

Informationen für Energieverbraucher



Passivhaus

Lebens(t)raum mit Zusatz-Rente

Energiekosten explodieren

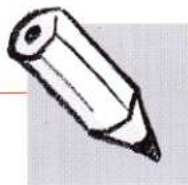
Die Armen leiden am meisten

Drei bis acht Prozent sparen

Nachtabenkung auf dem Prüfstand

Kampf gegen Strompreise

Kartellamt auf dem Vormarsch



Liebe Leserinnen und Leser,

der aktive Protest gegen die Gas- und Strompreise dauert nun bereits fast zwei Jahre. Eine solche Beständigkeit und einen solchen Erfolg hätten wir zu Beginn der Aktion nicht für möglich gehalten. Erstaunlich sind einerseits die hervorragenden Aussichten vor Gericht. Die Tendenz aller bisherigen Gerichtsentscheidungen ist eindeutig: Es ist zulässig, die überhöhten Preise zu boykottieren. Der Protest entspricht geltendem Recht.

Das muss im Zusammenhang damit gesehen werden, dass die Strom- und Gaspreise jede Akzeptanz in Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit verloren haben. Selbst für einen ganz oberflächlichen Beobachter ist offensichtlich, dass die gegenwärtigen Preiserhöhungen ausschließlich der Gewinnsteigerung dienen und damit weitgehend unberechtigt sind. Kein Wunder, dass die betroffenen Konzerne ihre Kalkulationen nicht offen legen wollen. Dass Versorger in dieser Situation die Preise immer weiter erhöhen, spricht für eine ganz erstaunliche Ignoranz gegenüber der Meinung des ganzen Landes. Wer sich so verhält, hat jedes Augenmaß verloren. So können nur Firmenimperien agieren, die ausschließlich ihren Aktionären möglichst viel Geld verschaffen wollen. Dies ist institutionell determinierte Unmoral. Ich bin überzeugt davon, dass ein Großteil unserer derzeitigen Wirtschaftsmisere auf dieses räuberische Verhalten zurückgeht.

Erstaunlich ist andererseits, wie viele Verbraucher sich immer noch einschüch-

tern lassen. Viele Versorger drohen und lügen, dass sich die Balken biegen. Jedoch: Wer nicht klein beigt, der wehrt sich umso wütender. So findet sich auch wieder das Gute im Schlechten.

Eine wachsende Zahl von Haushalten kann sich eine warme Wohnung nicht mehr leisten (Seite 28). Menschen frieren und fristen ihr Dasein im Kerzenschein. Das hat aber nichts mehr mit Energiesparen zu tun, sondern ist auch die traurige Konsequenz überteuerter Preise.

Für Energie geben sozial schwache Haushalte genauso viel aus wie für ihre gesamte Freizeitgestaltung. Eine 40-prozentige Steigerung der Energiekosten bedeutet somit eine ebenso große Verminderung der Freizeitausgaben. Die Milliarden Gewinne der Großkonzerne sind so betrachtet schmutziges Geld, widerrechtlich herausgepresst aus Millionen wehrlosen Mitbürgern – ermöglicht durch das Leitungsmonopol, unglaubliche Konzentration von Marktmacht und gekauften politischen Einfluss. Die Konzerne und Aktionäre sollten sich schämen, anstatt ihre Erfolge zu feiern wie die verdienten Früchte ehrlicher Arbeit. Steigende Energiepreise machen eine Bevölkerungsmehrheit zu armen Opfern und eine kleine Minderheit von Aktionären und Managern zu reichen Tätern.

Aber auch ohne den Marktmachtmissbrauch der Energiekonzerne bedrohen steigende Energiepreise den sozialen Frieden. Denn mit explodierenden Energiepreisen gerät der Lebensstandard der

meisten Deutschen in Gefahr. Der Energiegipfel zeigt, dass diese Bedrohung von den meisten Menschen und auch von den Verantwortlichen in Berlin immer noch verdrängt wird (Seite 20).

Erstaunlich auch, mit welcher Unverfrorenheit die Stromerzeuger ihren Strom an der Börse doppelt so teuer verkaufen, wie sie für die Herstellung bezahlt haben. Erfreulich, dass nun das Kartellamt einschreitet (Seite 22). Der Kampf wird jedoch mit ungleichen Waffen geführt: Auf der einen Seite Hundertschaften bestbezahlter Anwälte, gegen eine Handvoll mutiger Beamte. Auf deren Seite steht aber auch die Bundesnetzagentur. Ein Interview mit Chef Matthias Kurth lesen Sie auf Seite 26.

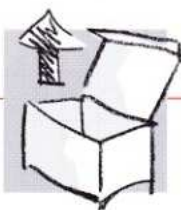
Der Bund der Energieverbraucher gewinnt an Reputation und jede Menge neuer Mitglieder. Sein wichtiger jüngster Erfolg ist die verbesserte Verordnung zur Versorgung von Haushalten (Seite 12).

Erfolgreich sind auch die freiwilligen Vereinbarungen zwischen Industrie und EU-Kommission zur Verminderung des Stand-By-Verbrauchs (S. 36).

Beim Energiesparen hilft demnächst auch der Effizienz-Shop vom Bund der Energieverbraucher (Seite 32).

Viel Vergnügen bei der Lektüre wünscht Ihnen wie immer Ihr

Aribert Peters



Nr 2 Juni 2006

www.energieidespeche.de

20. Jahrgang



Seite 14: Quadratisch, praktisch, gut: das Passivenergiehaus der Bauern



Seite 26: Matthias Kurth, Präsident der Bundesnetzagentur



Seite 32: Günstig und einfach Energiespar-Produkte kaufen

Editorial	2
Aktuelles	4
Der billige Preis	8
Eine Bundesrichterin kommentiert	9
Nachtabenkung spart	11
Verbraucherrechte gerettet?	12
Passivhaus: Wohlig-warmer Lebens(t)raum	14
Energie-Quiz	17
Leserforum	18
Der Energiegipfel	20
Kartellamt nimmt Strompreise ins Visier	22
Strom aktuell	24
Regulierer bremst Gier der Versorger	26
Brennstoff-Armut	28
Energiepass: Zahlenspiele mit geringem Wert	30
Effizienz-Shop erleichtert den Einkauf	32
Aktuelle Klimadaten	33
Energietipp der Woche	33
Öl/Gas aktuell	34
EU-Verhaltenscodex	36
Impressum	37
Solar aktuell	38
Die Stunde der Abrechnung	39
Intern	40
Service	41
Vor-Ort-Energieberater	42
Staatliche Fördergelder	43
Literatur und Veranstaltungen	43



Benzin

Sparschwein fährt mit

Die Deutschen sind im vergangenen Jahr weniger Auto gefahren und haben entsprechend weniger Kraftstoff verbraucht. An den Tankstellen sank die Menge des versteuerten Benzins im Vergleich zum Vorjahr um 7,3 Prozent auf 30,7 Milliarden Liter. Das sei das dickste Minus seit Beginn der Statistik im Jahr 1970, so das Statistische Bundesamt in Wiesbaden.

Weitere Kurzmeldungen unter
STROM aktuell auf Seite 24,
ÖL/GAS aktuell auf Seite 34 und
SOLAR aktuell auf Seite 38

Ähnliche Werte habe es nur in den Ölkrisen der 70er-Jahre gegeben. Auch beim Diesel sank der versteuerte Kraftstoff um 4,5 Prozent auf 31,8 Milliarden Liter. Bei den Heizstoffen stieg der Verbrauch von versteuertem Erdgas um 4,1 Prozent auf 895,2 Millionen Megawattstunden, der Absatz an versteuertem leichtem Heizöl blieb mit 27,5 Milliarden Liter unverändert. Das Mineralölsteuer-Aufkommen sank gegenüber 2004 um 4,0 Prozent auf 40,1 Milliarden Euro. Die wichtigsten Steuerquellen waren 2005 Benzin mit 20,1 Milliarden Euro vor Diesel mit 15,0 Milliarden Euro, Heiz-Erdgas mit 4,9 Milliarden Euro und leichtes Heizöl mit 1,7 Milliarden Euro.

Effizienz

EU tritt auf Energiebremse

Jedes Mitgliedsland soll im Jahr 2015 gegenüber heute neun Prozent weniger Energie verbrauchen. Eine entsprechen-

Hier schlafen die Medien

Die „Initiative Nachrichtenaufklärung“ wurde im Mai 1997 gegründet, um einmal im Jahr eine Rangliste der in der Bundesrepublik Deutschland am meisten vernachlässigten Themen und Nachrichten zu veröffentlichen. Zur Jury gehören Journalisten und Medienwissenschaftler. Zu den Top Ten der von den Medien verschmähten Themen gehören 2005 die folgenden beiden:

Deutschland verschläft die Energiewende

Deutschland bezieht derzeit 84 Prozent seines Primärenergiebedarfs aus fossilen Energieträgern. Obgleich diese nur noch wenige Jahrzehnte verfügbar sind und die Nachfrage weltweit steigt, will die Bundesregierung den Anteil der erneuerbaren Energien bis 2020 auf zehn Prozent des Primärenergiebedarfs steigern – heute sind es 3,6 Prozent.

Ein hundertprozentiger Ersatz der fossilen Energieträger ist weder geplant noch in Sicht. Um die abschbare Versorgungslücke zu schließen, müssten wesentlich intensivere Anstrengungen unternommen werden. Zwar wird über neue Energien und auch über das Ende der fossilen Energien berichtet, nicht jedoch darüber, dass es keinen adäquaten Ersatz gibt.

Korruptionsbekämpfung durch die UNO – Deutschland ist nicht dabei

Ecuador hat es geschafft, Uganda und Peru auch. Nur Deutschland war nicht dabei, als die UN-Konvention gegen Korruption am 14. Dezember 2005 in Kraft trat. Sie verbietet Politikern jegliche Annahme von Präsenten und Annehmlichkeiten und macht eine schärfere strafrechtliche Verfolgung möglich.

Vorteilsnahme wird bei deutschen Bundestagsabgeordneten bislang nur dann strafrechtlich verfolgt, wenn der Verkauf einer Stimme bei einer Abstimmung nachgewiesen werden kann. Nach Ansicht von Korruptionsbekämpfern könnte mit einer Umsetzung der Konvention der zentrale Schwachpunkt in den deutschen Anti-Korruptions-Bestimmungen beseitigt werden.

de Richtlinie (2006/32/EG) dazu hat der Präsident des Europäischen Parlaments am 5. April unterzeichnet. Sie ist am 27. April 2006 im Amtsblatt der EU erschienen und tritt am „zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung“, also am 17. Mai 2006 in Kraft. Sie wendet sich an die Mitgliedsstaaten.

Die Richtlinie gilt in Teilen sofort. Für die Umsetzung in die wesentlichen Rechts- und Verwaltungsakte in nationales

Recht besteht jedoch eine Übergangsfrist von zwei Jahren bis zum 17. Mai 2008.

Die EU überwacht dabei genauestens, ob und wie das Ziel erreicht wird. So muss zum Beispiel jeder Staat einen so genannten „Energieeffizienz-Allokationsplan (EEAP)“ aufstellen und aktualisieren, zum ersten Mal bereits zum 30. Juni 2007.

Als handelnde Akteure sieht die Richtlinie einerseits den Staat, andererseits Anbieter.

Verbraucher dagegen müssen keine besondere Anforderungen erfüllen. Mit vielfältigen Instrumenten soll das Sparziel erreicht werden. Dazu gehören Förderprogramme, Energieberatungen, die Verbrauchserfassung und transparente Abrechnung, die Bereitstellung von Finanzinstrumenten und Energiedienstleistungs-Musterverträgen sowie ein Verbot für Maßnahmen, die das Energiesparen behindern. Von letzterem dürften auch so genannte „flat rates“ von Stromanbietern betroffen sein, also Tarife, die eine unbegrenzte Elektrizitätsmenge zu einem Festpreis offerieren.

Atomkraft

EU-Volk begehrt auf

Bis zum 1. Oktober 2006 läuft das erste EU-weite Volksbegehren gegen Atomkraft und EURATOM. Eine Millionen Unterschriften sollen gesammelt werden. 290.000 Bürger haben bereits unterschrieben. Die Petition beruft sich auf einen Passus in der noch umstrittenen EU-Verfassung. Sie fordert den Stopp für den Neubau von Atomanlagen in Europa, Investitionen in erneuerbare Energien und Effizienzverbesserung sowie das Auslaufen des EURATOM-Vertrags.

Internet: www.million-against-nuclear.net

Energieberater

Tipps für die Ausbildung

Die Zeitschrift „Gebäudeenergieberater“ hat im Heft 1/2006 einen umfassenden Überblick über alle aktuellen Fort- und Weiterbildungsangebote zum Gebäudeenergie-

berater erfasst und dokumentiert. Dargestellt sind die Kosten, die Dauer der Ausbildung, Adressen und Ansprechpartner.

Mit freundlicher Genehmigung des Verlags kann diese Übersicht von energieverbraucher.de Seite 991 heruntergeladen werden.

Neuer Stirling

Strom aus Holz

Das erste mit Pellets betriebene Blockheizkraftwerk für Einfamilienhäuser wird seit März 2006 in Nürnberg produziert. Es soll im kommenden Jahr in Serie gehen. Die kleine Maschine (80 x 120 x 150 Zentimeter) hat eine Wärmeleistung von 4,5 bis 10,5 Kilowatt und eine elektrische Leistung von 1,5 bis drei Kilowatt. Der elektrische Wirkungsgrad liegt bei 25 Prozent, der thermische bei 70 Prozent. Daraus ergibt sich ein Gesamtwirkungsgrad von 90 Prozent. Die Maschine knattert mit circa 48 Dezibel vor sich hin, das ist etwa so laut, wie eine normale Unterhaltung.

Die „Sunmachine“ ist das erste Blockheizkraftwerk seiner Art. Betrieben wird diese Heizung mit handelsüblichen Pellets. Die Besonderheit bei dieser Maschine ist der eigens entwickelte Stirlingmotor. Der integrierte Generator liefert einspeisefähigen Strom. Über die im Energieeinspeisegesetz garantierte Vergütung erhält der Betreiber nach Herstellerangaben bei einem Euro Pelleteinsatz circa 1,30 Euro Einspeisevergütung zurück.

Auch die Maschinenfabrik KBW in Graz setzt auf das Stirling-Prinzip. Sie hofft auf die Marktreife ihres Pellets-Stirling-Motors bis 2007/2008. Für den kommenden Winter ist ein Feldtest in Kleinstserie

geplant. Der Hersteller will ausschließlich Serienteile aus der Kraftfahrzeugfertigung verwenden und dadurch auf Kosten von rund 5.000 Euro für das Stirlingmodul ohne Heizung kommen.

Weitere Informationen unter www.sunmachine.com und www.stirlingpowermodule.com

Vergütung

Mehr Geld für BHKW-Strom

Die Einspeisevergütung für Strom aus Mini-Blockheizkraftwerken hat sich innerhalb des vergangenen Jahres verdoppelt. Besitzer kleiner kompakter Anlagen profitieren so von den steigenden Strompreisen. Die Wirtschaftlichkeit der Minianlagen verbessert sich dadurch, die Anlagen gewinnen an Attraktivität.

Solaranlagen

Pflicht in Spanien

In einer Verordnung hat Spaniens Regierung vorgegeben, dass alle neuen Gebäude mit Solaranlagen ausgestattet werden müssen. Gewerbebauten müssen mit PV-Anlagen ausgestattet werden. In neuen oder renovierten Wohngebäuden müssen zukünftig zwischen 30 und 70 Prozent

der Warmwasserversorgung solar erfolgen. Die Verpflichtung staffelt sich regional nach Klimazonen. Alle Gebäude sollen dadurch künftig 30 bis 40 Prozent Energie sparen und bis zu 55 Prozent weniger CO₂ verursachen.

Strommarkt

EU erzwingt Öffnung

Die EU-Kommission hat gegen Deutschland und 16 weitere Staaten ein Vertragsverletzungsverfahren eröffnet. Der Grund: Sie haben ihre Strommärkte nicht in dem von der EU vorgeschriebenen Ausmaß geöffnet. Deutschland muss nun innerhalb von zwei Monaten reagieren, um ein förmliches Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof abzuwenden. Auch in der Bundesrepublik stößt der fehlende Stromwettbewerb zunehmend auf Kritik.

Erdwärme

Global brandheiß

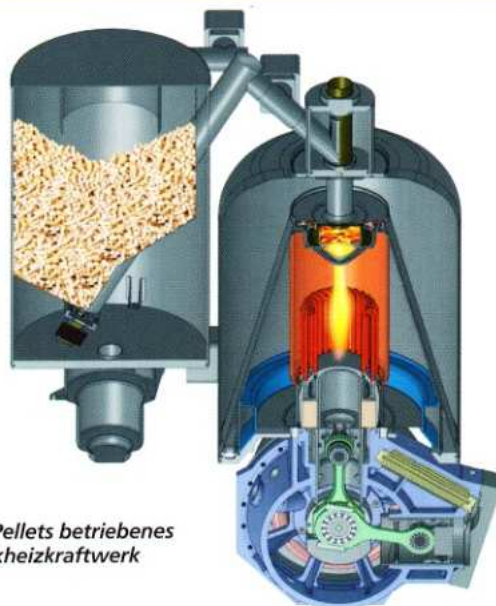
Derzeit sind weltweit knapp 9.000 Megawatt elektrischer Leistung geothermisch an den Netzen. Die amerikanische Geothermal Energy Association (GEA) verweist weltweit

auf Vorhaben von 13.500 Megawatt. Das würde eine Steigerung von rund 50 Prozent gegenüber 2005 bedeuten. In den USA wurden 2005 Stromlieferverträge für neue 500 Megawatt abgeschlossen und in elf Bundesstaaten Felder und Kraftwerksstandorte identifiziert. Auf den Philippinen werden in den nächsten vier Jahren bis zu 700 Megawatt neu in Betrieb genommen. Ziel sind 10.000 Megawatt, davon sollen bis zum Jahr 2010 rund 2.000 Megawatt für die Stromproduktion zur Verfügung stehen. In Indonesien sind 800 Megawatt am Netz, bis 2009 sollen 1.200 Megawatt hinzukommen. Neue Kraftwerke entstehen derzeit auf Island, in Neuseeland und Nicaragua. In Kürze kommen Vorhaben in Kanada und Indien dazu. Auch der Iran baut gegenwärtig sein erstes Erdwärmekraftwerk. Für Ostafrika hat die Weltbank ein Förderprogramm zur Erschließung von etwa 7.000 Megawatt Leistung aufgelegt.

Heizanlagen

Zweifelhafte Optimierung

Ein neuer Datenschieber der Firmen Wilo und Danfoss ermöglichen die schnelle Bestandsaufnahme und Optimierung von Heizanlagen. Der kleine Rechenschieber kann scheinbar alles im Handumdrehen ausrechnen: Heizleistung ermitteln, Pumpendimensionierung berechnen und den hydraulischen Abgleich aller Heizkörper vornehmen. Die einfache Handhabung ist bestechend. So kann aus der Länge und der Tiefe eines Heizkörpers seine Heizleistung ermittelt werden. Eine Bauhöhe von 66 Zentimetern wird



Mit Pellets betriebenes Blockheizkraftwerk



unterstellt. Der Einstellwert des Ventils lässt sich wie durch Zauberei auch gleich ablesen. So faszinierend die Schieberei ist: Es wird eine Optimierung vorgegaukelt, die in Wirklichkeit gar keine ist. Somit ist der Schieber wohl mehr ein Gag als ein nützliches Tool. Er kann konsequenterweise kostenlos unter Telefon (069) 47 86 86 21 bestellt werden.

Autoheizkraftwerk

Zweifacher Nutzen

Kurzfristig fehlen in Deutschland Kraftwerke mit einer Leistung von 40 Gigawatt (GW). Die gesamte Kraftwerkskapazität beträgt 110 GW. In der Garage steht ein

weitgehend ungenutztes motorisches Leistungspotenzial von 3.000 GW. Wenn in den kommenden Jahren nur zwei Prozent dieser Reserve als Hybrid-Fahrzeug auch zur Stromerzeugung genutzt würde, könnten so 60 GW elektrischer Leistung ohne Kraftwerksneubau entstehen. In der Garage könnten die AHKW (Automobile Heizkraftwerke) Strom und Wärme erzeugen und ins Haus abgeben. Die Gesamteffizienz steigt durch die gekoppelte Stromerzeugung ganz beträchtlich. Die dezentrale Stromerzeugung belebt den erfolgreichen freien Wettbewerb und drückt die Kosten. Zudem wird das Netz auf diese Weise sicherer. Die AHKW wären überdies ein Exportschlager in Länder mit

ungenügend abgesicherten Stromnetzen. Das Konzept kommt vom Grünen-Mitbegründer Max Winkler aus Simbach am Inn (vgl. „Solarzeitalter“ 2/2006). Die Automobilindustrie lehnt die Idee mit Verweis auf die Brennstoffzelle ab.

Autonomie

Wohnblock autonom

Eine Langzeitdokumentation des Südwest-Rundfunks begleitet die Umrüstung eines Wohnblocks. Seit Februar wird ein 40 Jahre alter Wohnblock in Karlsruhe komplett auf erneuerbare Energien umgerüstet und soll ganz vom Netz gehen. Es geht um die Frage, ob dies

ohne Erhöhung der Warmmiete möglich ist.

Arbeitstitel des Streifens: Tschüss Öl, ciao Gas.

64 Wohnung sollen durch eine Pelletheizung und ein Blockheizkraftwerk versorgt werden. Gelingt das Projekt, so ließe es sich sofort auf ganz Deutschland übertragen. Karlsruhe wäre dann überall. Sendetermin ist voraussichtlich im Frühjahr 2007.

Internet: www.swr.de

Preisgleitklauseln

Westfalen AG unterliegt

Der Flüssiggasanbieter Westfalen AG ist auf eine Klage des Bundes der Energiever-

Verbraucher siegen vor Gerichten

Derzeit laufen zahlreiche gerichtliche Auseinandersetzungen um die Höhe der Gas- und Strompreise und die Anwendbarkeit des § 315 BGB. Der aktuelle Stand auf einen Blick:

1. Klagen von Versorgungsunternehmen auf Zahlung des vollen Preises: Zwei Verfahren laufen in Sachsen gegen Verbraucher. Der Versorger lässt die Verfahren ruhen, bis das Landgericht Chemnitz in der Verbraucherklage gegen die Erdgas-Südsachsen entschieden hat. Ein Verfahren gegen fünf Verbraucher führen die Stadtwerke Ratingen vor dem Landgericht Düsseldorf (vgl. Seite 8). Ein weiteres Verfahren von E.ON Westfalen-Weser gegen 23 Verbraucher läuft vor dem Landgericht Dortmund. Rechtskräftige Urteile sind bisher noch in keinem Fall ergangen.

2. Wesentlich häufiger klagen Verbraucher gegen die Preiserhöhungen der Versorger. Dabei handelt es sich um Einzelklagen oder Sammelklagen mehrerer Verbraucher. Einige dieser Klagen werden von Verbraucherzentralen koordiniert (VZ Sachsen gegen ENSO und Erdgas Südsachsen, VZ Brandenburg ge-

gen EMB, EWE und Spreegas, VZ Berlin gegen GASAG, VZ Bremen gegen SWB, VZ Hamburg gegen E.ON Hanse). Zwei dieser Verfahren liegen bereits dem Bundesgerichtshof zur Entscheidung vor (Heilbronn, Karlsruhe). Das Landgericht Bremen ist unlängst zur Überzeugung gekommen, dass die Preisanpassungsklausel in den Verträgen unwirksam ist. Das Landgericht Hamburg ist der Auffassung, dass die von E.ON Hanse vorgelegten Unterlagen für eine Beurteilung der Billigkeit nicht ausreichen. Die zuständige Verbraucherzentrale hat ein Gutachten erstellen lassen, das die Anforderung an eine Offenlegung spezifiziert (Leprich-Gutachten). Amtsgerichte haben einzelne Verbraucherklagen abgewiesen (Witlich) oder die Verfahren befinden sich in der Berufung (Euskirchen/Bonn).

3. Rückforderungsprozesse von Verbrauchern sind derzeit nicht bekannt.

4. Einstweilige Verfügungsverfahren gegen angedrohte Versorgungssperren enden fast immer mit dem Sieg der Verbraucher: Der Versorger hat dann die Kosten zu tragen.

5. Verbandsklagen gegen unzulässige Preisgleitklauseln: Der Bund der Energieverbraucher klagt vor dem Landgericht Köln gegen die Preisgleitklausel der Rheinenergie Köln. Die Verbraucherzentrale Sachsen hat gegen die Preisänderungsklauseln der Drewag Dresden vor dem Landgericht Dresden obsiegt. Eine weitere Klage des Bundes der Energieverbraucher gegen eine Preisgleitklausel bei Flüssiggas gegen Propan Rheingas liegt dem Bundesgerichtshof zur Entscheidung vor.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Verbraucher in der juristischen Auseinandersetzung bisher sehr erfolgreich waren. Die Gerichte folgen der Auffassung des Bundesgerichtshofes (vgl. Seite 9).

Schon die Technik der 50er-Jahre ermöglichte einen Spritverbrauch, von dem Umweltschützer heute nur träumen können. Für einen Liter Benzin musste man damals etwa eine halbe Stunde arbeiten.

braucher hin vom Landgericht Dortmund am 2. Oktober 2003 dazu verurteilt worden, seine Preisgleitklausel nicht mehr zu verwenden. Gegen diesen Beschluss hat die Westfalen AG nach Meinung des Bundes der Energieverbraucher verstoßen.

Darauf hin wurde auf Antrag des Bundes der Energieverbraucher die Westfalen AG mit Beschluss vom 10. April 2006 (Az. 8 O 296/03) zur Zahlung einer Strafe von 5.000 Euro, ersatzweise Ordnungshaft, verurteilt. Gegen diesen Beschluss legte die Westfalen AG Beschwerde beim Oberlandesgericht Hamm ein.

Vor dem Landgericht Dresden siegte die Verbraucherzentrale Sachsen mit einer Klage gegen die Preisklausel der Stadtwerke Dresden (Urteil vom 11. Mai 2006, Az: 6 O 3611/05, n. rk).

Spritverbrauch

Kein Fortschritt

Der ADAC vergibt seit 2003 Sterne für umweltfreundliche Autos. Die diesjährigen Umwelt-Untersuchungen geben keinen Anlass zur Freude. Die Automobil-Industrie trete zum großen Teil auf der Stelle, schimpft der Automobilclub. Das für 2008 selbst gesteckte Emissionsziel von 140 Gramm CO₂ pro Kilometer erreichten gerade mal 50 von 360 untersuchten Fahrzeugen. Ein Armutszeugnis, so der ADAC. Dabei sind die Technologien vorhanden, um den Verbrauch zu senken.

Selbst sparsame Kleinwagen verbrauchen über 6,5 Liter je 100 km. Nur der Citroën C1.0 bildet mit 5,9 Litern eine Ausnahme. Die Oberklasse kommt mit acht bis zehn Litern aus.

BMW 600



BMW 600, 1957, 19 PS, Spitze: 100 km/h, Platz für vier Personen. Verbrauch: 5,78 Liter/100 km

BMW Isetta



BMW Isetta 1959, 160.000 mal gebaut, 13 PS, 85 km/h Spitze. Verbrauch: 3,9 Liter/100 km

Heinkel Kabine



Heinkel Kabinenroller, gebaut 1956 bis 1968 in Deutschland und England, 10 PS, Spitze: 85 km/h, Platz für zwei Erwachsene und zwei Kinder. Verbrauch: 3,5 Liter/100 km

Goggomobil



Glas Goggomobil, gebaut von 1955 bis 1969 in 200.000 Exemplaren, Typ T 400 mit 20 PS, vier Sitze. Verbrauch: 4,95 Liter/100 km

Messerschmitt



Messerschmitt KR 200, gebaut von 1953 bis 1964 in 67.000 Exemplaren, Typ KR 200, 10 PS, Zweisitzer. Verbrauch: 7 Liter/100 km

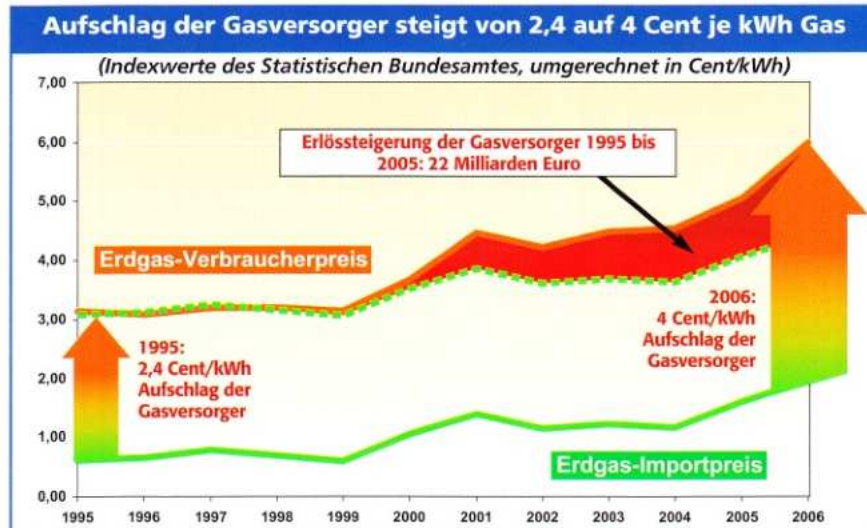
Der „billige“ Preis

Der Haushaltskunde schuldet seinem Versorger wegen der einseitigen Preisfestsetzung nur den „billigen“ Preis (§ 315 BGB). Aber was heißt „billig“?

Die Verbraucher zweifeln zu Recht daran, ob die einseitige Preisfestsetzung ihrer Energieversorger korrekt ist. Die Kunden sind jedoch genauso wenig wie der Versorger dazu berechtigt, den billigen Gas- oder Strompreis zu bestimmen. Der Verbraucher ist dazu auch gar nicht in der Lage. Rechtlich gesehen ist der in Rechnung gestellte Preis bis zu einer gerichtlichen Festsetzung unverbindlich und damit nicht fällig. Faktisch verbraucht der Kunde aber jedoch Energie. Deshalb empfiehlt der Bund der Energieverbraucher, lediglich den Preis von September 2004 zu bezahlen. Eine völlige Zahlungsverweigerung würden auch die Gerichte nicht akzeptieren.

Dreifach überhöhter Preisanstieg

Es gibt zahlreiche Anhaltspunkte dafür, dass die Gaspreissteigerungen überzogen sind. Der Preisanstieg des Erdgasimports zwischen April 2003 und Februar 2006 betrug 0,78 Cent pro Kilowattstunde. Da 20 Prozent des Erdgases im Inland gefördert werden, fällt diese Preissteigerung nur für 80 Prozent des Gases an. Rechnerisch ergibt sich so eine zulässige Preiserhöhung von durchschnittlich 0,62 Cent pro Kilo-



wattstunde. Laut Statistischem Bundesamt sind die Haushaltsgaspreise in diesem Zeitraum aber um 1,82 Cent pro Kilowattstunde gestiegen, also das Dreifache. Wenn die Gasverteilungsunternehmen höhere Einkaufspreise ihres Vorlieferanten akzeptiert haben, dürfen sie die Kosten dieser überteuerten Beschaffung nicht auf den Kunden abwälzen.

Zwischen Januar 2005 und 2006 sind die Haushaltsgaspreise um 1,1 Cent pro Kilowattstunde gestiegen, die Importpreise jedoch nur um 0,56 Cent pro Kilowatt-

stunde. Die Haushaltsgaspreise sind damit um satte 67 Prozent stärker gestiegen als Importpreise!

100 Prozent Aufschlag

Beim Strom ist unumstritten, dass die Stromerzeugung 2,5 Cent pro Kilowattstunde kostet, die Verbraucher jedoch mit über fünf Cent pro Kilowattstunde für die Strombeschaffung zur Kasse gebeten werden (vgl. Seite 22). Auch die Netzentgelte für Strom liegen um etwa zwei bis drei Cent je Kilowattstunde zu hoch. ■

Stadtwerke Ratingen erleiden Schiffbruch mit ihrer Klage gegen Verbraucher

Die Stadtwerke Ratingen dürfen ihren Verbrauchern den Gas- und Stromhahn nicht zudrehen:

Im vergangenen Herbst erließ das Landgericht Düsseldorf eine entsprechende einstweilige Verfügung gegen die Stadtwerke. Daraufhin erhoben die Stadtwerke umgehend genau gegen die betroffenen Verbraucher Zahlungsklage. Die Verfahren sind anhängig bei der 14. Zivilkammer des Landgerichtes Düsseldorf.

Bereits in der ersten mündlichen Verhandlung im März 2006 wies die vorsitzende Richterin darauf hin, dass die Stadtwerke zum Nachweis der Fälligkeit des geforderten Gaspreises ihre Kalkulation offen zu legen haben. Hierbei müsste auch ein längerer Zeitraum betrachtet werden, um die Preiserhöhung zu rechtfertigen. Ein Hinweis auf erhöhte Beschaffungskosten reiche nicht aus. Auf Bitten der Stadtwerke

verkündete das Gericht einen Hinweisbeschluss, der die Eckdaten der Kalkulationsgrundlage aufzeigt. Während die Verbraucher innerhalb der gewährten Schriftsatzfrist zu dem Beschluss bereits Stellung genommen haben, liegt eine Reaktion der Stadtwerke bisher nicht vor.

Die Zahlungsklage der Stadtwerke Ratingen gegen die Verbraucher war also bisher nicht erfolgreich. Die Stadtwerke haben erst dann eine Chance vor Gericht, wenn sie durch Offenlegung ihrer Kalkulation für einen längeren Zeitraum das Gericht davon überzeugen können, dass die geforderten Preise der Billigkeit entsprechen. Bisher hat noch kein Gasversorger seine Kalkulation so weit offengelegt, dass daraus ein Rückschluss auf die Billigkeit möglich gewesen wäre.

Eine Bundesrichterin kommentiert

Die Billigkeitskontrolle der Energiepreise hat in der jüngeren Vergangenheit verstärkt auch den Bundesgerichtshof beschäftigt. Barbara Ambrosius, Richterin am Bundesgerichtshof, hat die Karlsruher Positionen in einem Vortrag zusammengefasst („Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zur Billigkeitskontrolle von Tarifen der Versorgungsunternehmen“, Referat auf dem Deutschen Mietgerichtstag 2006). Die Energiedepesche fasst die wichtigsten Punkte zusammen.

1. Anwendbarkeit der gerichtlichen Billigkeitskontrolle

„Der BGH hat klar gesagt, dass § 315 BGB auf die einseitigen Tariffestsetzungen der Versorgungsunternehmen anwendbar ist.“ Konkret zur analogen Anwendung der Vorschrift führt Richterin Ambrosius aus: „Allein aus der einseitigen Gestaltungsmacht des einen (Vertragsteils, die Redaktion) ergibt sich die Schutzbedürftigkeit des anderen Teils. Ob der Bestimmungsberechtigte im Wettbewerb steht oder ein Monopol besitzt, ist für § 315 BGB ohne Bedeutung.“

2. Verhältnis zum Kartellrecht

„Der BGH hat auch entschieden, dass das Kartellrecht keine spezialgesetzlichen Regelungen enthält, die § 315 BGB verdrängen.“ Weiter heißt es: „Die Grenzen des kartellrechtlichen Missbrauchsverbots fallen nicht mit den Grenzen der Billigkeitsentscheidung nach § 315 BGB zusammen.“ Eine Konkurrenzsituation zwischen Kartellrecht und Billigkeitskontrolle besteht also nicht. Allerdings sei jede kartellrechtswidrige Preisforderung selbstverständlich unbillig im Sinne des § 315 BGB.

3. Kontrolle des Anfangspreises

Der BGH habe mit seinem Urteil vom 18. Oktober 2005 entschieden, dass auch der Anfangspreis nicht zwischen den Parteien vereinbart, sondern vom Versorgungsunternehmen aufgrund seines Leistungsbestimmungsrechts einseitig festgesetzt worden sei. Damit wendet sich der BGH gegen die Ansicht, Anfangspreise seien individuell vereinbart und der Billigkeitskontrolle entzogen.



Ein Gerichtssaal im Bundesgerichtshof

4. Ausschluss des Unbilligkeits Einwands

Zu diesem Thema zeigt Richterin Ambrosius die unterschiedlichen Ansätze des VIII. und des X. BGH-Senats auf: Jener habe entschieden, dass § 30 AVBV sich gar nicht auf die unbillige Leistungsbestimmung beziehe. Dieser habe eine dem § 30 entsprechende Ausschlussklausel wegen unangemessener Benachteiligung als unwirksam nach § 307 BGB beurteilt, den Versorgungsunternehmen aber die Möglichkeit offen gelassen, einen drohenden Liquiditätsengpass darzulegen.

5. Beweisfragen

„Wenn der Bestimmungsberechtigte die Leistung verlangt, muss er darlegen und beweisen, dass seine Bestimmung billig war.“ Weiter heißt es: „Das bleibt nach der Rechtsprechung des BGH auch so im Rückforderungsprozess, wenn der Schuldner unter Vorbehalt gezahlt hat.“

Zum Inhalt der Darlegung der Billigkeit führt die Richterin aus, der BGH habe in einer früheren Entscheidung (Urt. v. 02. Oktober 1991, Aktenzeichen VIII ZR 240/90, NJW-RR 1992, 183) geurteilt, dass die Energieversorgung so sicher und

preisgünstig wie möglich zu gestalten sei. „Deshalb verlangte der BGH die Offenlegung der Preiskalkulation.“ Zu der Aktualität dieses Urteils sowie der eventuellen Überprüfung anhand von Vergleichspreisen müsse sich der BGH noch äußern.

Nach Ansicht der Autorin „... dürften Preise, die auf eine schlechte Betriebsführung zurückgehen, unbillig sein.“

6. Rechtsfolgen

Bei Bejahung der Billigkeit durch das Gericht: „Der Tarif war von Anfang an wirksam, der Kunde verliert deshalb den Prozess. Er muss die zurückbehaltenen Rechnungsbeträge nachzahlen und außerdem Verzugszinsen entrichten.“

Bei Verneinung der Billigkeit: „Das Gericht müsse ein Gestaltungsurteil erlassen, mit dem es ersatzweise selbst einen billigen Tarif festsetzt. Die Frage, ob der angemessene Teil einer Forderung von Anfang an verbindlich sei und damit Verzug entstehen könne, sei noch nicht eindeutig geklärt.“ Demgegenüber hat der X. Zivilsenat im Urteil vom 5. Juli 2005 entschieden, dass bei Ersatzbestimmung die Forderung erst mit Rechtskraft des Gestaltungsurteils fällig wird. **TR 1700*** ■

*Die Reaktion
der Versorger*

Viele Versorger schüchtern derzeit die Verbraucher durch Schreiben von Anwaltsbüros ein oder drohen mit einem Gerichtsverfahren. Weil die Versorger ihre schlechten Aussichten vor Gericht kennen, bleibt es voraussichtlich bei der Drohung. In den vergangenen Wochen wurden keine neuen Klagen gegen Protestkunden bekannt. Im Falle einer Klage müssen Versorger ihre Kalkulation offenlegen. Erst dann kann überhaupt beurteilt werden, ob die verlangten Preise der Billigkeit entsprechen.

*Niederlagen
der Versorger*

Vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf nahmen die Niederrheinwerke Viersen nach einer mündlichen Verhandlung am 12. April 2006 vor dem Kartellsenat (Az. VI - 2 U 16/05 (Kart)) ihre Berufung gegen eine einstweilige Verfügung des Landgerichts Mön-



Viele Verbraucher wehren sich gemeinsam, unterstützt durch den Bund der Energieverbraucher

So handeln Sie richtig

- **Jahresabrechnung konsequent kürzen**
- **Sich nicht einschüchtern lassen. Die geforderten Preise werden erst nach einem gerichtlichen Urteil zur Zahlung fällig, nachdem die Unbilligkeit schriftlich gerügt wurde. Drohungen und Schreiben des Versorgers einfach ignorieren.**
- **Drohung einer Versorgungssperre ernst nehmen und dagegen gerichtlich vorgehen. Infopaket dazu beim Bund der Energieverbraucher anfordern.**
- **Andere Verbraucher über deren Rechte informieren. Kostenlose Broschüren beim Bund der Energieverbraucher anfordern.**

chengladbach zurück (Az: 7 O 116/05).

Der Fall: Ein Verbraucher hatte seine Gasrechnung wegen fehlender Billigkeit gekürzt, nachdem er zuvor schriftlich die fehlende Billigkeit bemängelt hatte. Der Versorger hatte ihm darauf hin den Versorgungsvertrag gekündigt. Durch eine einstweilige Verfügung verpflichtete das Landgericht auf Antrag des Verbrauchers die Niederrheinwerke zur weiteren Versorgung. Gegen diese einstweilige Verfügung hatte der Ver-

sorger Berufung eingelegt. Das Landgericht hatte die einstweilige Verfügung darauf hin durch ein ausführliches Urteil bestätigt.

Gegen dieses Urteil hatten die Niederrheinwerke Berufung eingelegt und nach mündlicher Verhandlung zurückgenommen. Der Kartellsenat des Oberlandesgerichts hat den Niederrheinwerken eine Pflichtverletzung vorgeworfen, weil diese ihrerseits nicht gegen die überhöhten Preise des Vorlieferanten vorgegangen seien. Das sei durchaus möglich gewesen, wie das „Lichtblick-Urteil“ des BGH vom 18. Oktober 2005 gezeigt habe. Der Versorger sei zur Offenlegung seiner Kalkulation verpflichtet, weil der § 315 BGB hier direkt anwendbar sei. Das Landgericht konnte die Gaspreise nicht prüfen, da das Unternehmen die Kalkulation nicht offengelegt hatte. Das Unternehmen sei als Grundversorger nach dem neuen Energiewirtschaftsgesetz zur Versorgung verpflichtet.

*Die Verbraucher
formieren sich*

Überall entstehen neue Protestgruppen gegen die überhöhten Energiepreise. Der Bund der Energieverbraucher hat

Faltblätter und Broschüren drucken lassen, um Verbraucher über ihre Rechte zu informieren. Auf Anfrage werden diese Broschüren auch in größeren Stückzahlen kostenlos versendet.

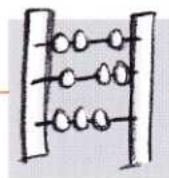
Der Prozesskostenfonds des Vereins unterstützt Mitglieder im Fall einer Klage. Der Fonds verfügt derzeit über rund 18.000 Euro. Geschützt werden alle **Mitglieder**, die zehn Euro pro Jahr einzahlen.

(Konto-Nr. 518 37 72, Voba Neuwied, BLZ 574 601 17).

**Sonderheft zum Preis
von 5,90 Euro**

Der Verein hat einen Bericht von Rechtsanwalt Thomas Fricke als Sonderausgabe 1/2006 der Energiedepesche veröffentlicht. Der Titel lautet: „Bericht zum Stand der zivilrechtlichen Billigkeitskontrolle von Energiepreisen nach § 315 BGB“. Dabei handelt es sich um eine juristische Ausarbeitung zur Rechtsprechung und Schrifttum, die im Fall einer juristischen Auseinandersetzung hilfreich sein kann. Das Heft ist zum Preis von 5,90 Euro inklusive Versand beim Verein erhältlich.

Im Online-Forum des Vereins (www.forum.energienetz.de) haben 1.700 Verbraucher über 12.000 Beiträge geschrieben. In die öffentliche Protestliste haben sich bereits 3.500 Verbraucher eingetragen.



Nachtabsenkung spart fünf Prozent

Einfacher geht es nicht: Wer nachts auf etwas Wärme verzichtet, spart etwa fünf Prozent Energie. Für die Aufheizung am nächsten Morgen reicht in den meisten Fällen die normale Heizleistung.

Wenn man nachts die Raumtemperatur absenkt, verbraucht man in dieser Zeit zwar weniger Energie. Am nächsten Morgen muss man dann dafür stärker heizen. Viele Verbraucher glauben deshalb, dass unter dem Strich die Nachtabsenkung keine Energie einspart. Das ist falsch.

3 bis 8 Prozent Einsparung

Richtig gemacht, ergibt sich durch die Nachtabsenkung netto eine Energieeinsparung von etwa drei bis acht Prozent. Wenn man allerdings nur die Aufheiztemperatur des Heizwassers verringert und die Pumpen weiterlaufen lässt, öffnen sich in den Räumen alle Thermostatventile, eine druckgeregeltere Pumpe fährt somit auf volle Leistung. Das verbraucht unnötig Strom, obwohl die Raumtemperatur nur geringfügig sinkt. Besser ist eine echte Nachtabstaltung.

Die Einsparung hängt davon ab, wie schnell die Temperatur im Gebäude sinkt. Bei Gebäuden in Leichtbauweise ist eine größere Ersparnis durch Heizungsunterbrechung zu erwarten als bei Gebäuden in schwerer Bauweise.

Zusätzliche Aufheizleistung

Am kältesten Tag des Jahres reicht die Heizleistung gerade aus, um die Temperatur im Gebäude zu halten. Für diesen Extremfall müssen alle Komponenten der Heizung (Kessel, Heizkörper) ausgelegt sein. Wenn nun das Gebäude nachts zusätzlich auskühlt, dann reicht die Heizleistung nicht aus, um das Gebäude noch zusätzlich vom abgesenkten Zustand auf den Normalzustand zu erwärmen. Man benötigt dann eine zusätzliche Aufheizleistung. Manch ein Bauherr scheut die damit verbundenen zusätzlichen Kosten und verzichtet auf die Aufheizleistung. Die seit Oktober 2004 verbindliche neue

Norm DIN EN 12831 für die Bestimmung der Heizlast schreibt deshalb vor, dass der Planer die Aufheizleistung mit dem Auftraggeber vereinbaren muss.

Die Aufheizleistung je Quadratmeter Wohnfläche ist umso höher, je kürzer die gewünschte Aufheizzeit ist und je größer die Absenkung ist.

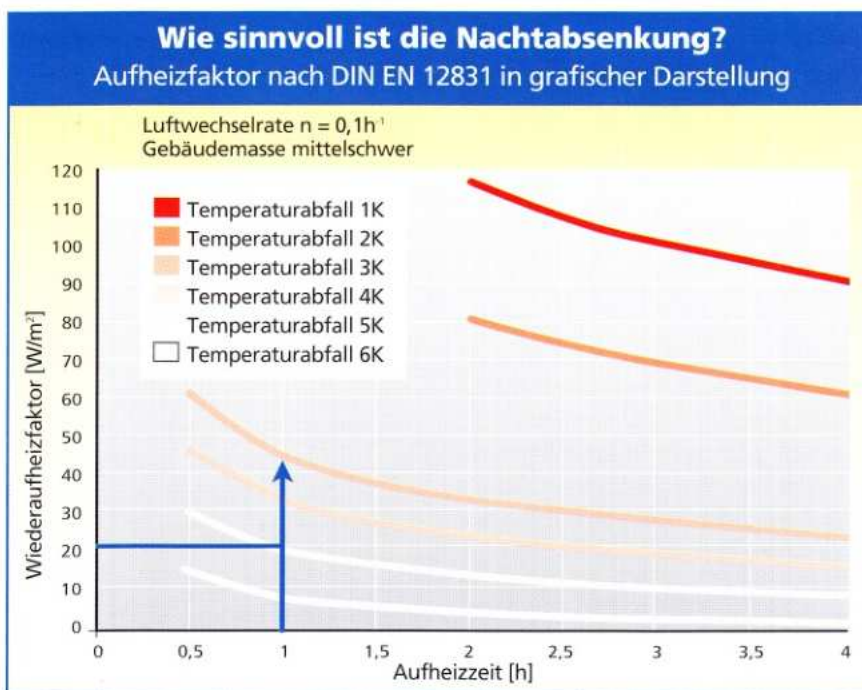
Günstiger: Keine Extraleistung

Der Bauherr entscheidet sich am besten gegen eine extra Aufheizleistung. Denn nur an sehr wenigen Tagen im Jahr ist es so kalt, dass die Heizungsleistung voll ausgeschöpft wird. An diesen wenigen Tagen kann man gut auf die Nachtabsenkung verzichten, etwa, indem man sie, je nach Wetterbericht, manuell ausschaltet. Andernfalls muss man nicht nur eine größere

Heizung bezahlen, sondern auch die Kosten dafür, dass die Heizung insgesamt zu groß ist und damit auch im Normalbetrieb einen höheren Energieverbrauch hat.

Sonderfälle

Für vermietete Wohnungen kann der höhere Komfort durch eine Aufheizleistung den Mietwert erhöhen. Die höheren Energiekosten könnten andererseits die Vermietbarkeit vermindern. Für Gebäude mit sporadischer Nutzung wie Sportstätten, Tagungsstätten, Ferienheime usw. sollte eine Aufheizleistung unbedingt eingeplant werden. Raumweise ist dies auch zu empfehlen für Nebenräume in Gaststätten, für Schlafzimmer etc. In diesem Fall werden die Heizkörper entsprechend größer dimensioniert. ■



Die Aufheizleistung liegt bei einer Abkühlung von zwei Grad und einer Aufheizzeit von einer Stunde bei 20 Watt je Quadratmeter. Sie erreicht damit fast 50 Prozent der Nettoheizlast.



Punktsieg für Verbraucherrechte

Der massive Verbraucherprotest hat Wirkung gezeigt: Die geplante Verordnung zur Strom- und Gasversorgung ist in vielen Punkten zu Gunsten der Verbraucher nachgebessert worden. Doch weitere Änderungen sind kurzfristig einzufordern.

Der Bund der Energieverbraucher hatte in der vorigen Ausgabe der Energiedepesche Alarm geschlagen. Eine neue Verordnung drohte die Verbraucherrechte gravierend zu beschneiden. Jeder Leser sollte eine Postkarte an seinen Ministerpräsidenten schreiben. „Wir wissen nicht, wie viele Postkarten geschrieben wurden. Die Reaktionen waren aber erstaunlich“, fasst Dr. Aribert Peters zusammen. So haben sich etwa die Bundesländer des Themas angenommen. Es gab Gespräche mit dem Bundeswirtschaftsministerium. Und der derzeitige Verordnungsentwurf weist deutliche Verbesserungen auf.

Baden-Württemberg vorn

Die Aktion verzeichnete schon bald einen ersten wichtigen Erfolg: Baden-Württembergs Wirtschaftsminister Ernst Pfister (FDP) hat die Bundesregierung mitten im Landtagswahlkampf aufgefordert, im Zuge der Novellierung der Verordnungen für Strom und Gas die Stellung der Verbraucher gegenüber den EVU zu stärken. Das rechtliche Verhältnis zwischen EVU und Kunden sei zu einseitig von den Interessen der Versorger geprägt, so Pfister. Es könne nicht sein, dass die Unternehmen ihre Preise ohne persönliche Mitteilung an den Kunden erhöhen dürften. Außerdem sollten die Verbraucherrechte gegenüber den Energieversorgern gestärkt werden. Ein Schreiben des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten folgte: „... versichere ich Ihnen, dass sich die rheinland-pfälzische Landesregierung – ebenso wie ich ganz persönlich – im anstehenden Bundesratsverfahren für eine Regelung einsetzen wird, bei der die berechtigten Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher hinreichend berücksichtigt und gerade in Haftungsfragen vor Willkür geschützt werden.“ (Schreiben Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) vom 23. März 2006).

„Der Energiewirtschaft dürfen bei Haftungsfragen gegenüber anderen vergleichbaren Branchen keine unberechtigten

Vorteile zukommen. ... Ferner müssen bei einer Versorgungseinstellung ... gravierende Umstände vorliegen, die einen solchen Schritt rechtfertigen ...“ (Schreiben des Sächsischen Wirtschaftsministerium vom 21. März 2006).

Der Bund der Energieverbraucher war am 24. März 2006 zu einer Diskussion im Bundeswirtschaftsministerium eingeladen. Es ergab sich ein sachliches Gespräch mit dem für Energiefragen zuständigen Abteilungsleiter Dr. Andreas Schuseil, dem zuständigen Referenten Heiner Bruhn und der Unterabteilungsleiterin Dr. Dorothee Mühl. Der Verbraucherprotest hatte Wirkung gezeigt, denn das Ministerium hatte wichtige Regelungen zugunsten der Verbraucher geändert. Die Haftung der Netzbetreiber soll deutlich erweitert werden. Details blieben jedoch vorerst geheim.

Neuer Verordnungsentwurf

Am 4. Mai 2006 war es dann soweit: Ein überarbeiteter Verordnungsentwurf war von der Bundesregierung beschlossen worden und wurde als Bundesratsdruck-

sache 306/06 öffentlich bekannt. Denn der Bundesrat muss diesen Verordnungen noch zustimmen. Die beiden Verordnungen zum Netzanschluss Strom und Gas sind wegen der strittigen Haftungsregelungen offenbar zurückgestellt worden.

Die vorliegenden Verordnungsentwürfe (Stromgrundversorgungs- und Gasgrundversorgungsverordnung (StromGVV, GasGVV)) sind in etlichen Punkten im Sinne der Verbraucher geändert worden:

- Bei der Abrechnung ist auf Anregung des Bundes der Energieverbraucher eine neue Regelung aufgenommen worden: „Macht der Kunde glaubhaft, dass sein Verbrauch erheblich geringer (als vom Versorger berechnet) ist, so ist dies angemessen zu berücksichtigen“ (§ 13 Abs. 1 StromGVV).
- Vordrucke für Rechnungen müssen einfach verständlich sein (§ 16 Abs. 1). Neu ist das Wort „einfach“.
- Die Versorgung säumiger Verbraucher darf nach Mahnung erst vier Wochen nach Androhung eingestellt werden (§ 19 Abs. 2). Bisher waren es zwei

Anschriften der Wirtschaftsminister

Bundesland	Name	Straße	PLZ	Ort
Baden-Württemberg	Ernst Pfister	Theodor-Heuss-Straße 4	70174	Stuttgart
Bayern	Erwin Huber	Prinzregentenstraße 28	80538	München
Berlin	Harald Wolf*	Martin-Luther-Straße 105	10825	Berlin
Brandenburg	Ulrich Junghanns	Heinrich-Mann-Allee 107	14473	Potsdam
Bremen	Jörg Kastendiek*	Zweite Schlachtpforte 3	28195	Bremen
Hamburg	Gunnar Uldall*	Alter Steinweg 4/ Wexstraße 7	20459	Hamburg
Hessen	Alois Rhiel	Kaiser-Friedrich-Ring 75	65185	Wiesbaden
Mecklenburg-Vorpommern	Dr. Otto Ebnet	Johannes-Stelling-Str. 14	19053	Schwerin
Niedersachsen	Walter Hirche	Friedrichswall 1	30159	Hannover
Nordrhein-Westfalen	Christa Thoben	Haroldstraße 4	40213	Düsseldorf
Rheinland-Pfalz	Hendrik Hering	Stiftsstraße 9	55116	Mainz
Saarland	Dr. Hanspeter Georgi	Franz-Josef-Röder-Str. 17	66119	Saarbrücken
Sachsen	Thomas Jurk	Wilhelm-Buck-Straße 2	01097	Dresden
Sachsen-Anhalt	Dr. Reiner Haseloff	Hasselbachstraße 4	39104	Magdeburg
Schleswig-Holstein	Dietrich Austermann	Düsterbrooker Weg 94	24105	Kiel
Thüringen	Jürgen Reinholz	Max-Reger-Straße 4-8	99096	Erfurt

* Senator

Schreiben Sie an Ihren Wirtschaftsminister

*Mischen Sie sich ein und sorgen Sie für
eine verbraucherfreundliche Verordnung.*

Ausschneiden und an den Wirtschaftsminister Ihres Bundeslandes schicken! (Adressen siehe unten)

An den Wirtschaftsminister des Landes

Name

Straße

Ort

Bitte
ausreichend
frankieren

Sehr geehrter Herr Minister/ geehrte Frau Minister / Herr Senator

die Bundesregierung will meine Bürgerrechte beschneiden. Die mögliche Sperre der Strom- und Gasversorgung, die Verhängung von Vertragsstrafen durch den Energieversorger, Preiserhöhungen ohne persönliche Mitteilung und die Verpflichtung zur Zählerablesung verletzen meine Rechte als Bürger und Verbraucher. Ferner muss auch der Ausschluss des Unbilligkeitseinwands unmissverständlich formuliert werden. Auch sollten zur Erhöhung der Effizienz die Zähler automatisiert und die Abrechnungsperioden verkürzt werden. Die heute von den Verbrauchern verlangten Zählergebühren erlauben die Anschaffung neuer automatischer Zähler.

Ich bitte Sie, im Bundesrat der Stromgrundversorgungsverordnung StromGVV und Gasgrundversorgungsverordnung nicht ohne entsprechende Änderungen zuzustimmen:

Retten Sie wichtige Verbraucherrechte!

Vielen Dank im Voraus.
Mit freundlichen Grüßen

Wochen. Und auch dann nur, wenn die Verhältnismäßigkeit gewahrt ist.

Andere wichtige Punkte wurden bedauerlicherweise nicht geändert:

- Strom- und Gassperren für säumige Zahler sind nach wie vor zulässig (§ 19). Der Bund der Energieverbraucher will jedoch erreichen, dass Strom- und Gassperren völlig abgeschafft werden. Durch Münzzähler lässt sich erreichen, dass selbst zahlungsschwache Verbraucher weiter Strom und Gas beziehen können und dafür auch bezahlen.
- Zustimmungsfiktion: Das Umlegen eines Lichtschalters wird als Zustimmung zu Preisen und Vertragsbedingungen gewertet, die der Verbraucher gar nicht kennt (§ 2 Abs. 1).
- Preise dürfen ohne persönliche Mitteilung an die betroffenen Verbraucher erhöht werden und brauchen nur öffentlich und im Internet mit einer sechswöchigen Frist bekannt gegeben zu werden (§ 5 Abs. 2).
- Der Versorger darf bei unrichtigen Angaben und bei Strom- oder Gasdiebstahl Vertragsstrafen gegen die Verbraucher verhängen (§10). Die Verhängung von

Strafen muss Gerichten vorbehalten bleiben.

- Verbraucher sind dazu verpflichtet, ihre Zähler selbst abzulesen und dem Versorger den Zählerstand mitzuteilen. Der Kunde darf dies nur bei Unzumutbarkeit ablehnen (§ 11 Abs. 2). Es erscheint grotesk, dass man im Computerzeitalter keine Automatisierung der Messung vorschreibt, die durchaus im Interesse von

Die Verordnung kann und darf in der vorliegenden Form keinesfalls verabschiedet werden:

Alle Verbraucher sind aufgerufen, sich an die Wirtschaftsminister ihres Bundeslandes zu wenden und dort Änderungen im Verbrauchersinne einzufordern.

Verbrauchern und Versorgern läge (vgl. S. 39), sondern bei der Handablesung bleibt. Offensichtlich will die Regierung den Versorgern auch das Meß- und Zählmonopol nicht wegnehmen, sonst müsste die Verordnung an dieser Stelle anders aussehen.

- Eine Abrechnungsperiode von zwölf Monaten bleibt zulässig (§12 Abs. 1), obwohl dies deutlich zu lang ist und dem Einsparziel und der Effizienzerhöhung und auch der neuen EU-Richtlinie zuwider läuft (vgl. Seiten 4 und 39). Energieeffizienz ist sogar ein übergeordnetes Gesetzesziel (EnWG § 1).

Unbilligkeitseinwand

Bei der Berücksichtigung des Billigkeitseinwands wollte die Bundesregierung offensichtlich die Verbrauchervünsche berücksichtigen. Die gewählte Formulierung (§ 17 Abs. 1) ist jedoch missverständlich und könnte bei verbraucherfeindlicher Auslegung genau das Gegenteil bewirken. Eine entsprechende klarstellende Änderung durch den Bundesrat ist deshalb unausweichlich und fände auch die Zustimmung der Bundesregierung.

Fazit: Die Sache eilt sehr!

Die Verordnung wird im Wirtschaftsausschuss des Bundesrates voraussichtlich am 1. Juni 2006 behandelt und kann dann frühestens am 16. Juni 2006 im Plenum verabschiedet werden.



Wohlig-warmer Lebens(t)raum mit Zusatzrente

Passivhäuser stehen zu Unrecht im Ruf schlechter Wohn- und Lebensqualität. Das zeigt Familie Bauer aus Wilhelmsdorf. Kinder spielen immer gerne dort, wo es heimelig und gut temperiert ist.

Es ist wirklich schön anzuschauen, wie unsere Kinder sich in dem wohl temperierten Haus zum Spielen auf dem Fußboden ausbreiten. Ihre kleinen Autos flitzen durch den ganzen Raum, und oft wird dann in Bauchlage die detaillierte Unfallszene nachempfunden.

Wir Eltern werden dann und wann auf unsere Fußbodenheizung angesprochen, die es gar nicht gibt. Wir haben lediglich auch den Fußboden so gut gedämmt, dass die Körperwärme nicht abfließt. Deshalb bekommt man bei uns keine kalten Füße. Auch die dreifach verglasten Fensterscheiben sind im Winter innen nicht kalt. Zum Staunen der Kinder finden sich, nach so mancher kalter Winternacht die von unserer Oma beschriebenen Eisblumen wieder. Aber eben nur auf der Außenseite, denn die Wärme, welche innen geblieben ist, hat das Kunstwerk der Natur nicht abgetaut und uns unserer morgendlich bestaunten „Ice-Art“ beraubt. Die Fenster reichen im Erdgeschoss passivhaus-typisch meist bis an den Fußboden, was unseren „Kurzen“ einen Ausblick aus dem Fenster ermöglicht.

Schwäbische Häuslebauer sparen – aber nicht am falschen Fleck

Sie lieben sie vielleicht wegen des guten Geschmacks oder wegen der vielen Geschmacksrichtungen und Zutaten: Die aus dem Schwäbischen stammende Schokolade mit dem Slogan: quadratisch, praktisch, gut. Nach diesem Prinzip haben wir unser Haus geplant und gebaut.

Zugegeben: Wir haben auf der Zubehörliste so manches gestrichen, was uns lieb (und teuer) geworden wäre. Aber das Streben nach Unabhängigkeit haben wir verknüpft mit dem Ziel, uns frei zu machen vom Monopol der Energielieferanten. Ganz gelungen ist das nicht, doch



Quadratisch, praktisch, gut: das Passivenergiehaus der Bauers

sind wir frei von der Preistreiberei der Öl- und Gaslieferanten und brauchen nur für 130 Euro im Jahr Pellets zu kaufen: Für Warmwasser und Heizung. Das ganze Jahr. Das ganze Haus. Das hat uns in der

Bauphase etwa acht Prozent Mehrkosten verursacht – oder anders: 100 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche mehr gegenüber einem Niedrigenergiehaus. Das sind unsere Extras.

Grundriss des Erdgeschosses





Kuschelig warm trotz geringen Energiebedarfs

Kurioserweise warten wir ab und zu zu lange mit dem Nachheizen mit Pellets. Die Sonne könnte ja kommen und wir könnten ja da und dort doch noch einige Cent sparen. Da kommt dann der Schwanbe durch.

Wir haben keinen Keller und keine Sauna. Aber auf jeden Fall genügend Ab-

stellraum für die nötigen Dinge für das Leben im Jahreskreis und darüber hinaus: Kartoffeln und Äpfel kaufen wir beim Bauer direkt. Ein Fahrradraum und ein Vorratsraum sind im Carport integriert. Zudem haben wir Abstellräume im Haus – und die wollen auch alle aufgeräumt und gepflegt werden.

Der ausreichend kleine Grundriss und die geringen Unterhaltskosten nehmen uns die Sorge um die prickelnde Rentenauszahlung in der dritten Lebensphase.

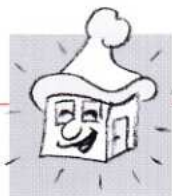
Selbst wenn der Wiederverkauf zur Debatte stünde, wäre ein zukunftsfähiges Bauwerk eher an den Mann/Frau zu bringen, als ein Energiefresserchen, gebaut in der Neuzeit nach Richtlinien der Vergangenheit.

Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung: ein Gewinn für das ganze Haus

Sie dürfen sich das mal vorstellen: Sie stehen aus dem mit Sommerdecken bestückten Bett auf und Ihr Schlafzimmer ist bereits gelüftet. Die Dämpfe beim Duschen werden abgezogen und der sonst typische Badgeruch ist nach kurzer Zeit verschwunden. So auch die Alltagsgerüche menschlichen Seins – selbstverständlich meine ich das Kochen: nachdem die Lieblingsspeise angerichtet und verzehrt wurde, ist nur noch kurz ein Hauch des wohlriechenden Gerichts zu erhaschen – bis dann auch dieser abgezogen ist. Und sollten Sie nach einem Arbeitstag nach Hause

Technische Daten

- **Einfamilienwohnhaus**
- **Wohnfläche: 154 m²**
- **Holzkonstruktion**
- **Außenwand:**
U-Wert: 0,116 W/(m²K)
- **Bodenplatte:**
U-Wert: 0,113 W/(m²K)
- **Dach:** U-Wert: 0,104 W/(m²K)
- **Fenster und Türen:**
Profil: Ultrapur S Holz,
U_w = 0,7 W/(m²K),
U_g = 0,60 W/(m²K),
g = 60%
- **Lüftung: Zu- und Abluftanlage mit Wärmerückgewinnung und Zuluft-Nachheizung, Luft-Erdwärmetauscher mit erdverlegtem PE-Rohr, Fabrikat: Heka-therm DN 200**
- **Heizung: Holzpellet-Kaminofen mit Heizwasser-Wärmetauscher, Verteilung über Zuluft der Lüftungsanlage**
- **Pelletverbrauch im Winter 2005/2006: 850,5 kg x 0,15408 €/kg = 131,05 €**
Der günstige Einkaufspreis der Pellets von brutto 154,08 €/Tonne resultiert aus einer Einkaufsgemeinschaft der Wilhelmsdorfer Pelletverbraucher.
Zusätzlich hat mir mein Nachbar Adolf zum Geburtstag zwei Eimer Pellets geschenkt, in denen wiederum vier Flaschen Weizenbier versteckt waren. Diese zusätzliche Menge ist nicht einbezogen und somit in obiger Aufstellung nicht enthalten.
Trotz des längeren Winters und der tieferen Temperaturen ist kein merklicher Mehrverbrauch entstanden.
- **Warmwasser: Solaranlage mit Duospeicher 750 l, Pelletofen mit Heizwasserwärmetauscher, elektr. Heizstab**
- **Luftdichtheit: 0,37**
- **Ökologische Aspekte:**
8 m² Solaranlage für Warmwasserbereitung
- **Heizwärmebedarf:**
14,8 kWh/m²a
- **Primärenergiebedarf:**
81 kWh/m²a
- **Baukosten pro m² Wohnfläche:**
1.623 Euro
- **Planung Grundriss:**
Martin Wamsler,
Freier Architekt,
Weinsteige 2, 88677 Markdorf
- **Planung der Haustechnik:**
Ingenieurbüro Gerlach,
Arlener Str. 22, 78239 Rielasingen
- **Bauzeit:**
Baubeginn: Mai 2002
Fertigstellung: Dezember 2002
- **Weitere Details:**
www.architekt-wamsler.de/projekte/bauer/Passivhaus.jpg



Gütesiegel Passivhaus



Das RAL-Institut vergibt ein Gütesiegel für Niedrigenergiehäuser und Passivhäuser. Damit erhält der Verbraucher Sicherheit, dass er wirklich ein gut geplantes und gebautes Haus erhält.

Das RAL-Gütesiegel Niedrigenergie-Bauweise kennzeichnet Gebäude mit besonders niedrigem Heizenergiebedarf. Es bezieht sich auf Planung und Bauausführung.

Folgende Anforderungen sind zu erfüllen:

- Einhaltung festgelegter Grenzwerte für den Wärmeschutz
- Vermeidung von Wärmebrücken
- Einhaltung von Grenzwerten für die Luftdichtheit
- Heizanlage mit geringen Verlusten
- Effiziente Lüftungsanlagen

Das Gütesiegel wird durch die Gütegemeinschaft Niedrigenergie-Häuser e. V. vergeben. Planung und Bauausführung werden durch unabhängige Güteprüfer überwacht. Unangemeldete Stichproben finden regelmäßig statt.

Infos: www.guetesiegel-neh.de

Auto. Dort drehen wir im Winter alle an der Gebläsekurbel und lassen das Fenster geschlossen. Apropos Fenster: Auf unseren Fenstersimsen können die Blumen das ganze Jahr über stehen bleiben und müssen nicht bei jeder Stoßlüftung abgeräumt werden!

Lebensraum – ein Lebenstraum

Nicht zuletzt wegen der immer frischen Raumluft war es möglich, die Küche, das Esszimmer und das Wohnzimmer in einen ‚Lebensraum‘ zu fassen. Ein Raum für alle, in dem alle Bewohner sich für die verschiedensten Dinge des täglichen Tuns und Erlebens aufhalten. Respekt vorausgesetzt. Wussten Sie, dass Krisen auch die Beziehungen untereinander stärken? Räume prägen das Leben der Bewohner. In guter Art und Weise konnten wir in den vergangenen drei Jahren erleben, wie sich dieses Haus mit Wärme und Licht gefüllt hat und wie dieser Funke auf uns Bewohner übergesprungen ist. CO₂-neutral, versteht sich.

Das hat auch positive Auswirkungen auf den Alltag. Dass wir dabei auch noch Geld sparen, ist eine enorme Rendite im Bezug auf die Mehrkosten.

Hans-Jürgen Bauer



Die ideale Ergänzung für Ihre Solaranlage

hilft Energie und Chemie auf intelligente Weise zu sparen. Bei der MS1002 führen Sie über die SOLARANLAGE ökologisch erwärmtes Wasser zu und minimieren so den Energieverbrauch jeder Waschmaschine.



Buchwaldstr. 53 • D-97769 Bad Brückenau
Tel. 09741/2555 • Fax 09741/5343
e-mail: sparsteuerung@ms1002.de, www.ms1002.de

kommen, können Sie getrost ins T-Shirt wechseln. Die fast immerwährend herrschenden 21 Grad Celsius lassen auch im Winter Sommergefühle wach werden.

Aber Lüftungsanlagen sind ja nichts Neues. Wir begegnen solchen Systemen im Kino, im Tanzlokal und natürlich im



Eisblumen auf gut gedämmten Fenstern



Energie-Quiz

Kennen Sie sich aus im Bereich Energiesparen und regenerative Energien?
Dann testen Sie Ihr Wissen in unserem Energie-Quiz. Lachen erlaubt!

1. Wofür steht die Abkürzung BHKW?

- A Badehaus kleiner Wichte
- B Blockheizkraftwerk
- C Blindes Huhn kann wenig
- D Gibt es nicht

2. Was ist der Hauptbestandteil einer Solarzelle?

- A Holz
- B Beton
- C Stahl
- D Silicium

3. Was kann man mit einem Sonnenkollektor machen?

- A Heizen
- B Fernsehen
- C Strom erzeugen
- D Seilspringen

4. Wie kann man Energie sparen (mehrere Antworten richtig)?

- A Fenster zu beim Heizen
- B Lampen angeschaltet lassen, auch wenn keiner im Zimmer ist
- C Wasserhahn nur zum Gebrauch öffnen
- D Besser mit dem Auto als mit dem Fahrrad fahren

5. Wie viele Eier kann man mit einer Kilowattstunde Strom kochen?

- A 4
- B 40
- C 100
- D 240

6. Was passiert beim Verbrennen von Benzin im Auto?

- A Nützlicher Sauerstoff entsteht
- B Wasserstoff entsteht
- C Stickstoff entsteht
- D CO₂ entsteht, schädlich fürs Klima



Energiewissen ist keine Glücksache

7. Was bedeutet PVA?

- A Präsident von Amerika
- B Polnisches Verkehrsabkommen
- C Photovoltaikanlage
- D Polizei von Augsburg

8. Womit rechnen Experten bei einer Erwärmung des Klimas (mehrere Antworten möglich)?

- A Häufige und starke Stürme
- B Dürreperioden
- C Überschwemmungen
- D Waldbrände

9. Wie lange muss man Fahrrad fahren, um die Energie zu erzeugen, die einen Liter Wasser zum Kochen bringt?

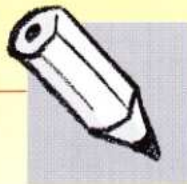
- A Zwölf Minuten
- B 56 Minuten
- C 35 Minuten
- D Eine Stunde und 14 Minuten

10. Was macht man mit einem Hausschwamm?

- A Putzen, weil umweltfreundliches Reinigungsmittel?
- B Entfernen, weil gefährlich
- C Essen, weil schwäbische Spezialität
- D Anschauen, weil dekorativ

Auflösung

1. B 2. D 3. A 4. A/C 5. D 6. D 7. C 8. A/B/C 9. B 10. B
- Erläuterung der Antwort auf Frage 9:
Die Energie, die man benötigt, um 1l Wasser von 20°C auf 100°C zu erhitzen beträgt
 $4,19 \text{ (J/g}^\circ\text{K)} \cdot 1000 \text{ g} \cdot 80 \text{ K} = 335200 \text{ J}$
Leistung beim Fahrradfahren durchschnittlich: 100 W
Ermittlung der Zeit, welche man benötigt, um diese Energie zu erhalten:
 $W = P \cdot t \rightarrow t = W/P \rightarrow 335200/100 \text{ W} = 3352 \text{ s}$, das entspricht etwa 56 min



Zu ED 4/05:

Die Strippenzieher

Vor 15 Jahren hätte ich nach dem Lesen gesagt: völlig überzogen, aber nach 15 Jahren Erfahrung mit dem „real existierenden Kapitalismus“

AUF DIESEN SEITEN SOLLEN SIE ALS LESER ZU WORT KOMMEN:

Mit Ratschlägen, Anregungen und Meinungen, auch Polemik. Zu kontroversen Themen sollen möglichst beide Seiten zu Wort kommen. Kürzere Zuschriften werden bevorzugt, wir behalten uns Kürzungen vor. Also greifen Sie gleich zur Feder.

kann ich nur feststellen: Karl Marx hatte uns belogen – dieser Kapitalismus ist noch schlimmer als er ihn uns vorausgesagt hatte. Mit einer Ausnahme: die relative Verelendung des Proletariats tritt nur allmählich in Kraft, man braucht uns ja als Konsumenten.

Gerhard Petzholtz
Stahnsdorf bei Potsdam

Zu ED 1/06:

Die frohe Botschaft: 700 x 700 km

Kaweh, kaweh
– ohje, ohje!

Es ist schon amüsant: Im März 2004 schmückt ein provozierendes Titelbild die ED:

„700 km x 700 km decken den Weltenergiebedarf“

Nach zwei (!) Jahren rech-

net uns der „schnelle Brüder“, Herr Hoffleisch aus Dachau einen völligen Schmarren vor und die Redaktion der ED fällt darauf rein und erwidert mit einer ähnlich falschen Berechnung.

Es ist eine unbestreitbare Erfahrungstatsache, dass in unseren Breiten eine installierte Leistung von 1 kW Peak einen Jahresertrag von 1.000 Kilowattstunden garantiert, die Nächte berücksichtigt, Herr Hoffleisch!

Dazu benötigt man in unseren Breiten eine Fläche von zehn Quadratmetern, nicht „1“, liebe Redaktion!

Die in 100 Millionen Jahren abgelagerten Kohle- und Erdölprodukte sind bereits zur Hälfte weg, aber unser Hirn erlaubt es uns, Einrichtungen zu bauen, die die fossile Zwischenlagerung nicht mehr benötigen.

Dazu eine intelligente Nutzung über Energiemanagement, Kraft-Wärmekopplung, gute Dämmung und etwas mehr Bescheidenheit bei den Raumgrößen und der Motorisierung.

So einfach ist das!

Wolf-Rüdiger Weiß
Niedertraubling

Im oben genannten Artikel sind Ihnen in der Tat einige Fehler unterlaufen, welche die sonst völlig richtige Aussage unnötigerweise angreifbar machen.

1. eine Fläche von $700 \times 700 \text{ km}^2 = 490 \times 10^9 \text{ m}^2$ wird mit einer jährlichen Energie von (bei 1.000 kWh/m^2) $490 \times 1.0^{12} \text{ kWh}$ beschienen, das heißt, dem Fünffachen des Weltenergieverbrauchs, nicht dem 500-fachen, bei 2.500 kWh/m^2 etwas über dem Zehnfachen.
2. Bei zehn Prozent Wirkungsgrad kommt man also gerade auf den Weltenergiebedarf, was ja immer noch erheblich ist und Ihre Aussage grundsätzlich bestätigt, vor allem, da ja kein Mensch ernsthaft das ganze Weltenergieproblem zentral durch Solarkraftwerke lösen will.

Das ist ja gerade der Unterschied zu der utopischen Kernfusionsidee von H. Hoffleisch, dass man bei der Solarenergie dezentral denken muss. Die obige Berechnung zeigt daher vor allem, dass eine solare Versorgung möglich ist. Dagegen weiß man bei der Kernfusion weder, ob sie im Großmaßstab überhaupt funktioniert, noch, wann und was sie gegebenenfalls kostet. Und wenn alles klappen sollte, so käme sie viel zu spät zur Lösung der dringenden Energieprobleme.

Dr. Otfried Holtricher
Burghausen

Zu ED 1/06:

Clever heizen leicht gemacht

Sie merken, wie attraktiv das Heft ist, wenn Sie sooo schnell eine Rückmeldung bekommen.

Öl-Kessel reinigen halte ich für sinnvoller zweimal im Jahr:

- direkt nach der Heizperiode und
- im November

Denn gerade bei solarunterstützten Systemen bleibt der Kessel im Sommer aus und die Schwefelablagerungen haben

in den Sommermonaten mit der Luftfeuchte Zeit für ihr Zerstörungswerk im kalten, feuchten Kessel.

Dietrich Beitzke, Aachen

Zu ED 4/05:

Der Film lohnt sich!

Wir sind beim Umdenken – besser Durchdenken – zum Thema Energiesparen ... Nachdem ich von Ihrem Film gelesen habe, fiel die Entschei-



Von Stiftung Warentest empfohlen:

Abenteuer Energieeinsparen 2
DVD oder VHS, 19,90 Euro
(für Vereinsmitglieder 15 Euro)
zzgl. drei Euro Versandkosten

dung doch recht schnell: Kaufen! Ihr Film – der mir relativ teuer erschien – hat sich nach zehn Minuten schon bezahlt gemacht – deswegen, weil es ein unüberschaubares Angebot von mehr oder weniger Brauchbarem gibt und Ihre Zusammenstellung hier klar weiterhilft.

Heinz-Jürgen König

Danke!

An dieser Stelle möchte ich einmal Danke sagen für die vielen guten Tipps und Anregungen, die ich im Laufe der Jahre vom Bund der Energiever-

Mitgliederpost

Von Herzen danke ich Ihnen für all die deutlichen und wertvollen Pressemitteilungen, die Sie seit Jahren an die Öffentlichkeit richten. Stolz bin ich, schon lange Jahre Mitglied im Bund der Energieverbraucher zu sein. Die Energiedepesche ist dabei mein wertvoller Begleiter.

Werner Rathgeb, Stuttgart



Biomasse in einer ihrer schönsten Formen

braucher erhalten habe (unter anderem besitze ich eine Röhrenkollektoranlage, seit 2000 eine Phönix-Solarstromanlage, wir kochen mit Induktion, 95 Prozent aller Lampen in unserem Haushalt sind Energiesparlampen, beide TV inklusive Satellit und Stereoanlage hängen am Power Safer, seit 2004 haben wir den Stromanbieter gewechselt, im Moment plane ich, die Ölheizung gegen einen Pelletskessel auszutauschen, etc.).

Ich bin schon wieder gespannt auf die sicherlich wieder interessanten Beiträge der neuen Energiedepesche! Was bleibt uns Verbrauchern in dieser Zeit der Gewinnmaximierung der Stromkonzerne anderes, als den Energieverbrauch zu Hause so kritisch und effektiv wie nur möglich zu gestalten!

Thomas Klein, Woldert

Zu ED 4/2005:

Waschmaschinen ans Warmwasser

Bei einem Anschaffungspreis von 250 Euro kann ich nicht feststellen, wie hier Energie und somit letztlich ja Kosten eingespart werden. Ich muss zuerst einmal mindestens fünf Jahre dieses Gerät nutzen, damit sich

der Anschaffungspreis rechnet. Geht das Gerät in dieser Zeit kaputt, kommen auch noch Reparaturkosten hinzu. Viel effektiver ist das Umstecken des Wasserzulaufschlauchs der Waschmaschine mittels Steckkupplung – die es in jedem Gartencenter gibt – auf den Kalt- beziehungsweise Warmwasserhahn, je nach Bedarf. Das ist zwar immer ein Handgriff mehr, aber sehr effektiv. Praktiziere dieses Einfach-Verfahren bereits seit acht Jahren ohne Probleme mit einer Miele-Waschmaschine.

Joachim Rutka, Meckenheim

Ich bin sehr froh, jetzt beim „Bund der Energieverbraucher“ zu sein, weil ich mich nicht mehr so allein gelassen fühle. Denn in der immer krasser werdenden Abkassiergesellschaft, in der die Dominierenden nur darauf aus sind, den Mittelstand und dem kleinen Bürger auf das Unverschämteste auszusaugen, hat der Einzelne keine Chance mehr auf Recht und Gerechtigkeit!

Deshalb meinen herzlichen Dank an Sie, für die aktuellen und freundlichen Informationen, die ich sehr gern in Empfang nehme.

Hätte ich schon früher Kontakt zum Internet und zu

Ihnen gehabt, wäre mir der schwere Fehler, einen Stromlieferungsvertrag, ausgerechnet bei „Flextrom“ abzuschließen, niemals passiert. Ich hoffe nun, mit meinem Rechtsbeistand Schlimmeres abzuwenden!

*Hans-Joachim Parsch
Bermatingen*

Vielen Dank für Ihr promptes Antwortschreiben – wir fühlen uns wirklich gut bedient und beraten.

Gudrun Frey, Laubach

Korrektur

Bitte korrigieren Sie bei der nächsten Ausgabe Ihrer Energiedepesche ‚Die letzte Seite‘ – unter: staatliche Zuschüsse in Bezug auf Blockheizkraftwerke –, dass pro eingespeistem kWh nur 5,11 Cent und nicht 5,5 Cent vom Staat bezuschusst werden.

*Erwin Engelniederhammer
Königsutter*

Zu ED 1/2006:

Verbraucherrechte in Gefahr

Der Autor des besagten Artikels befürwortet in seinen Ausführungen die Installation von Münz- oder elektronischen

Kartenzählern bei Problemkunden durch den Stromversorger.

Die von ihm vorgeschlagene Maßnahme hat meines Erachtens aber den Nachteil, dass der von dem Energieversorger von diesen Kunden verlangte Strompreis wahrscheinlich viel höher ist als der von „Normalkunden“, und zudem sofort abgerechnet wird. Eine Begründung für den höheren Preis fällt den Stromlieferanten immer ein, und sei dies noch so weit hergeholt.

Die betroffenen Verbraucher wären dadurch stark benachteiligt. Sie können sich aufgrund dieser Zahlungsmethode gegen das Preisdiktat des Stromversorgers nicht zur Wehr setzen.

Den Energieversorgern wäre deshalb eine sinnvollere Lösung des Problems zu empfehlen. Mit ihren angehäuften Gewinnen haben diese bei gutem Willen sicherlich die finanzielle Möglichkeit, Studien erstellen zu lassen, wie dieses Problem für den betroffenen Personenkreis auf hilfreichere Weise zu lösen ist.

Manfred Ramseger, Remscheid

Zu ED 1/2006:

Flache Fernseher und die Macht des Wollens

Herr Unfried erwähnt nicht die Macht der Werbung. Ein frappantes Beispiel ist das Motorrad, meines Erachtens das gefährlichste, ungesündeste und unzweckmäßigste Transportmittel überhaupt. Trotzdem hat es die Werbung geschafft, es als schick, sportlich, cool usw. darzustellen. Ich weiß, wovon ich spreche, denn ich bin selbst jahrelang mit so einem Ding durch die Lande gerast.

Klaus Giermann, Budenheim



Der Energiegipfel

Der „Energiegipfel“ am 3. April 2006 bei Bundeskanzlerin Angela Merkel brachte kaum konkrete Ergebnisse. Aber er machte wie ein Vergrößerungsglas die gegenwärtigen Probleme sichtbar.

Dreieinhalb Stunden diskutierten 27 Teilnehmer am 3. April mit Bundeskanzlerin Angela Merkel über die Zukunft der Energieversorgung für Deutschland. Mit am Tisch saßen die Energiebosse, Klaus Töpfer (UNEP), Frank Asbeck (Solarworld), Aloys Wobben (Windkrafthersteller Enercon) und Edda Müller (Verbraucherzentrale Bundesverband). Und doch war es nach Ansicht von Edda Müller ein „Energiekonzerngipfel“.

Das sind die Ergebnisse des Gipfels

Bis 2007 soll ein nationales Energiekonzept entstehen. Es soll aufzeigen, wie die Energieversorgung Deutschlands bis 2020 gesichert werden kann, wie die Importabhängigkeit verringert werden kann, wie der Klimaschutz zu sichern ist und wie der Energiepreisanstieg gestoppt werden kann.

In den nächsten Wochen werden dazu drei Arbeitsgruppen gebildet. Ein Team beschäftigt sich mit der internationalen Zusammenarbeit zur Rohstoffsicherung. Eine zweite Arbeitsgruppe diskutiert das nationale Energiekonzept. Eine dritte Gruppe bearbeitet Forschungs- und Effizienzstrategien. Die Gruppen sollen den

nächsten Gipfel, der im kommenden Herbst stattfinden soll, vorbereiten. Er soll erste Impulse für die kommende EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands geben.

Energiegipfel lief „wie geschmiert“

Großspenden von 100.000 und 70.000 Euro der Essener Ruhrkohle AG (RAG) an SPD und CDU sind auf scharfe Kritik gestoßen. Grünen-Chefin Claudia Roth sagte der Tageszeitung „Die Welt“, die Spende erwecke den Eindruck einer „großpolitischen Landschaftspflege im Vorfeld wichtiger politischer Entscheidungen“. „Es ist schon verblüffend, dass ausgerechnet vor dem Energiegipfel, bei dem es um milliardenschwere Interessen geht, die Steinkohlelobby gezielt an die Regierungsparteien spendet“, sagte Roth.

Auch der Bund der Steuerzahler kritisierte die Spende. Die RAG kassiere Subventionen aus Steuergeldern, bemängelte Georg Lampen, Vorsitzender des Steuerzahlerbundes Nordrhein-Westfalen. „Wenn das Unternehmen an die Parteien spendet, die letztlich den entscheidenden Einfluss haben, was an wen wie lange und in welcher Höhe an Subventionen fließt, ist das befremdlich.“

Vorstandsvorsitzender der zum E.ON-Konzern gehörenden RAG ist Werner Müller. Der langjährige Energiewirtschafts-Manager war zwischenzeitlich Bundeswirtschaftsminister der rot-grünen Bundesregierung.

Engpass nicht in Sicht?

Die Bundesministerien für Wirtschaft und Umwelt haben zum Energiegipfel einen Statusbericht vorgelegt. Darin heißt es: „Bis 2030 sind weltweit voraussichtlich keine grundlegenden Versorgungsengpässe zu erwarten“ (S. 75).

„Wer von dermaßen grundlegend falschen Voraussetzungen ausgeht, muss zwangsläufig auch zu falschen Schlussfolgerungen kommen“, kommentierte Aribert Peters. „Nur wer die richtigen Fragen stellt, kann richtige Antworten erhalten.“

Hermann Scheer: Sie wollen die „Erneuerbaren“ stützen

Der „Energiegipfel“ hat über viele Wochen Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Dabei sollte wieder einmal die sprachliche Überhöhung – „Gipfel!“ – den Eindruck erwecken, hier werde Entscheidendes bewegt. Dieses Mal waren nicht nur einzelne Regierungsmitglieder und Stromkonzerne dabei, sondern unter anderem auch drei Unternehmer der Erneuerbaren Energien und die Vorsitzenden der Verbraucherverbände. Deswegen war und ist nicht zu erwarten, dass es zu einem Konsens aller Beteiligten kommt. Damit war der „Energiegipfel“ nicht mehr als eine Gesprächsrunde.

Das Treffen kam zustande, weil sich Union und SPD in ihren Koalitionsverhandlungen in wesentlichen Energiepunkten uneins blieben. Denjenigen in der CDU/CSU, die jahrelang gegen das Gesetz zum Ausstieg aus der Atomenergie und das Erneuerbare-Energie-Gesetz (EEG) gewettert hatten, sollte auf diese Weise ein



Die RAG, Firma des Ex-Wirtschaftsministers Werner Müller, spendete der SPD 100.000 Euro und der CDU 70.000 Euro



Ein neuer Anfang



„Wir wissen genau, wie der Öldurst verringert werden könnte. Aber wir tun es nicht“ sagt Richard Haas

Hoffnungsschimmer bleiben. Die Atombefürworter benutzen dabei stets das Standardargument, es fehle an einem „energiepolitischen Gesamtkonzept“. Dahinter steckt die Sehnsucht nach einer Energieplanwirtschaft, die alle einzelnen Energieentscheidungen aufeinander abstimmt. Dies ist eine strukturkonservierende Vorstellung. Offenbar läuft den Verantwortlichen, die so denken, ein Wandel der Strukturen ebenso zuwider, wie den betroffenen Energiekonzernen – von einer echten Marktliberalisierung ganz zu schweigen, die das traditionelle Anbieteroligopol der Energiewirtschaft durchkreuzen würde. Die Atombefürworter entsprechen damit

voll und ganz den Interessen der Energiewirtschaft. Diese versucht, die Kontrolle über freie Investitionen wieder an sich zu reißen, nachdem das Erneuerbare-Energie-Gesetz sie dieser Schlüsselposition beraubt hat. Schließlich erlaubt das EEG eine dezentrale Einspeisung, ohne dass die Betreiber von Solaranlagen oder Windparks die Konzerne fragen müssen, ob ihre Leistung in das Konzept für Kraftwerksneubauten passt.

Milliardenschwere Planungssicherheit?

Auf dem Energiegipfel ging es um Neuinvestitionen in der Höhe von 70

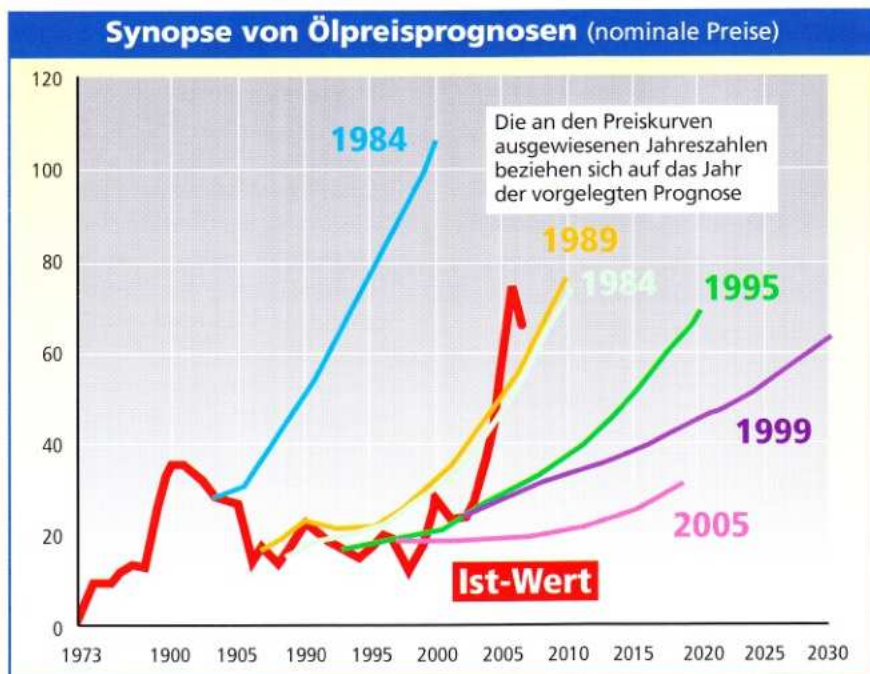
Milliarden Euro. Über sie wurde diskutiert, als sei es völlig gleichgültig, wer sie bezahlt und für was das Geld ausgegeben wird. Tatsächlich handelt es sich um zwei sehr unterschiedliche Beträge: 40 Milliarden für Erneuerbare Energien, 30 Milliarden haben die Stromkonzerne versprochen, wenn sie dafür „Planungssicherheit“ erhalten. Doch Letzteres wäre nur der Fall, wenn das EEG politisch gestützt würde. Hinter beiden Zahlen stecken miteinander unvereinbare Strategien – und damit ein Konflikt, der dort gipfeln muss, wo er hingehört: in der politischen Öffentlichkeit. Ein „Energiegipfel“ ist kein Ersatz dafür.

Dringender Handlungsbedarf

Richard N. Haas ist Präsident des Council on Foreign Relations. Er kommentiert die Lage auf den Ölmärkten in der Zeitschrift „Newsweek“:

Nach einer aktuellen Studie von Goldman Sachs haben die Ölkonzerne und die Ölförderländer in den vergangenen 25 Jahren nicht genügend in die Erschließung neuer Ölfelder investiert. Nicht einmal ein sofortiges Crash-Investitionsprogramm würde die Situation stabilisieren, weil es sieben Jahre dauert, bis diese Investitionen zu einer höheren Ölförderung führen. In den vergangenen 20 Jahren sei die weltweite Reservekapazität der Ölförderung von 15 Prozent etwa ein Prozent gefallen. Ein Terroranschlag, ein kriegsähnlicher Konflikt, politische Unruhen in Venezuela oder Nigeria, ein Wirbelsturm oder ein Erdbeben genüge, um die Märkte überreagieren und die Preise auf über 100 Dollar hochschnellen zu lassen, so Haas.

„Es dauert sehr lange, bis wirksame Maßnahmen greifen, die den Öldurst spürbar verringern. Wir wissen ziemlich genau, was dafür zu tun wäre. Aber wir tun es dennoch nicht. Wir überlassen uns lieber den Kräften des freien Ölmarktes oder denjenigen, die diese Märkte manipulieren. Politische Lösungsvorschläge wie die Auflösung der Ölreserven oder eine Verminderung der Benzinsteuern bleiben oberflächlich und kurzfristig. In Wahrheit übersteigt weltweit die Nachfrage das Angebot. Lediglich eine Verminderung des Ölverbrauchs ist eine sinnvolle Reaktion. Heftige Steuererhöhungen sind der sicherste Weg zur Verbrauchsminderung.“



Die Prognosen sind längst von der Wirklichkeit überholt. Weltweit übersteigt die Nachfrage das Angebot.



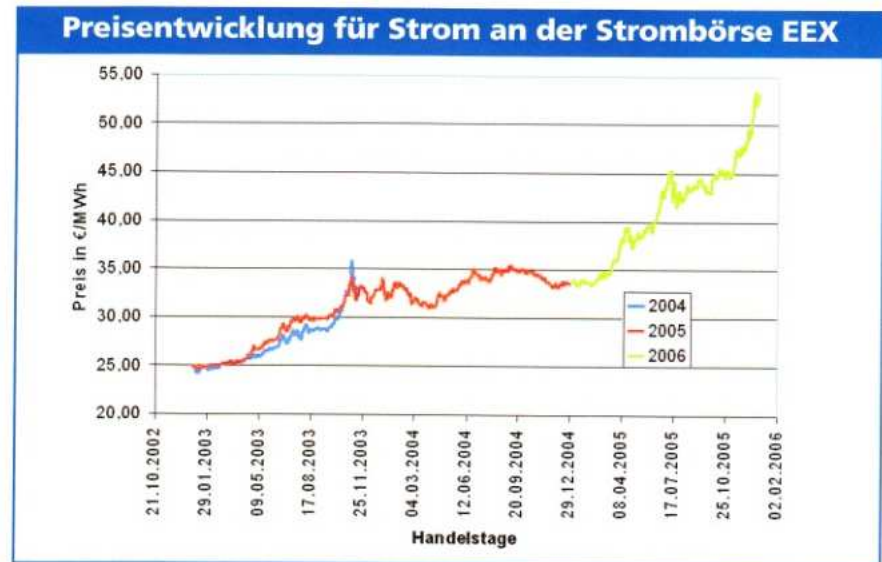
Kartellamt nimmt Strompreise ins Visier

Obwohl die Erzeugung einer Kilowattstunde Strom laut RWE nur rund 2,4 Cent kostet, wird Strom derzeit für rund 5,5 Cent gehandelt. Die Stromerzeuger verdienen daran jährlich etwa fünf Milliarden Euro zusätzlich. Dabei kalkulieren sie nach eigenen Angaben auch die ihnen kostenlos zugeteilten Emissionszertifikate als Kosten in ihre Preise ein.

Das Bundeskartellamt hat auf die Beschwerde von industriellen Stromkunden ein Missbrauchsverfahren gegen E.ON und RWE eingeleitet (Geschäftszeichen B 8 88/05). Am 30. März 2006 fand dazu in Bonn eine öffentliche Anhörung des Bundeskartellamtes statt.

E.ON und RWE rechtfertigten sich in der Anhörung damit, dass sie die zugeteilten Zertifikate an der Börse verkaufen oder selbst verwenden könnten. Die eigene Verwendung bedeute also einen Verzicht auf die Veräußerung und damit entgangenen Gewinn. Die eigene Nutzung, zum Beispiel für die Stromerzeugung, vertereure sich also um den entgangenen Veräußerungsgewinn – auch, wenn die Zuteilung kostenlos war. Der Börsenpreis für Strom sei ein reiner Marktpreis, der sich durch Angebot und Nachfrage ergebe. Im Übrigen habe man keine marktbeherrschende Stellung.

Die Beschwerdeführer beklagten, dass eine solche Preisgestaltung nur möglich sei, weil es an der Börse keinen wirksamen

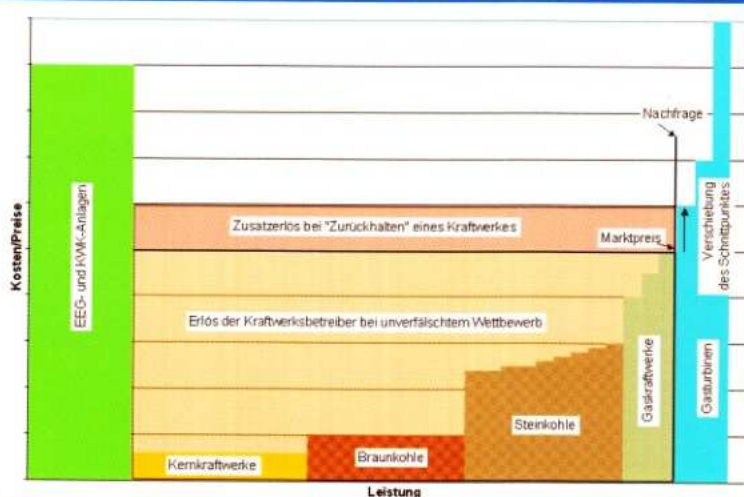


Wettbewerb gebe. Auffallend sei eine Strompreissteigerung um 60 Prozent seit Beginn des Emissionshandels im März 2005: von 3,3 auf 5,5 Cent pro Kilowattstunde. Das sei Ergebnis gewinnmaximierenden Handelns marktbeherrschender Unternehmen.

Der Industrieverband VIK führte in seinem Statement zahlreiche Indizien dafür an, dass der Stromwettbewerb nicht funktioniert:

- 90 Prozent der Stromerzeugungskapazitäten werden von den vier Großen kontrolliert.
- Vergleichbare Unternehmen in anderen Branchen können die CO₂-Zertifikate nicht einpreisen.
- Der Strompreis verändert sich völlig losgelöst von den Brennstoffkosten.
- Die Strombörse EEX bestimmt trotz eines relativ kleinen Marktanteils von circa 15 Prozent den gesamten Marktpreis.
- Der Strompreis ist von den großen Vier beeinflussbar, die sowohl auf der Anbieter- und Nachfragerseite tätig sind.
- Die Preisbildung am EEX-Spotmarkt ist sehr unvollkommen: Der Marktpreis reagiert auf geringste Schwankungen von Angebot oder Nachfrage sehr heftig.
- Trotz hoher Spotpreise bestehen große ungenutzte Erzeugungskapazitäten:

Preisbildungsmechanismus am Spotmarkt



Argumente im Überblick

- Wirksamer Wettbewerb kann bei der Stromerzeugung nur entstehen, wenn Dritte zu gleichen Bedingungen wie die etablierten Stromerzeuger Kraftwerke bauen und betreiben können.
- Dem stehen folgende Hindernisse entgegen:
 - Dritte haben Nachteile beim Brennstoffzugang, Netzanschluss und Kraftwerksstandort (RWE Facts & Figures).
 - Die großen etablierten Stromerzeuger verfügen über einen Kraftwerkspark, mit dem sie bereits jetzt ihre künftigen Investitionen verdienen (was dem Wesen einer Investition widerspricht).
 - Bei Fertigstellung neuer Kraftwerke müssen etablierte Betreiber nur noch die variablen Kosten verdienen. Drittanbieter haben deswegen weitgehend keine Chancen.
- „Der Wettbewerb im Strommarkt funktioniert wie ein Pferderennen, in dem nur die Hälfte der Jockeys Pferde hat.“ Helmut Jantos, Independent Power.
- Im Strom- und Zertifikate-Markt sind Insidergeschäfte an der Tagesordnung.
- Rechtliche Lage:
 - § 2 Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) i. d. F. vom 22. Mai 2005 zählt Stromderivate und CO₂-Zertifikate zu den so genannten Insiderpapieren
 - § 14 WpHG verbietet Insidergeschäfte
 - Beispiele für Insiderinformationen: Kraftwerksausfälle, Revisionen von Kraftwerken, Leitungskapazitäten
 - Derartige Informationen stehen Dritten generell nicht zur Verfügung
- Durch die Einpreisung zum jeweiligen „so genannten“ Marktpreis in Form der Opportunitätskosten entfällt jeglicher Anreiz, die Preise für CO₂-Zertifikate zu senken und den Ausstoß von CO₂ zu reduzieren. Begründung:
 1. Jeder Emittent erhält mehr Zertifikate kostenfrei, als er zukaufen muss.
 2. Damit profitiert jeder Emittent von hohen Zertifikatspreisen, da auch seine kostenfrei zugeteilten Zertifikate zum „Marktpreis“ einkalkuliert werden.
 3. Sollten tatsächlich CO₂-Reduktionsmaßnahmen zu einem Überschuss an Zertifikaten führen, würde der Marktpreis für CO₂-Zertifikate drastisch sinken und somit jeder Emittent Erträge verlieren, die weit über den Erlösen aus dem Verkauf seiner eingesparten Teilmengen liegen.

Durch Kapazitätszurückhaltung treiben Erzeuger die Preise bewusst nach oben.

- Die zurückgehaltenen Kapazitäten bringen auf dem Regenergiemarkt zusätzliches Geld.

Die kostenlose Zuteilung von Emissionszertifikaten entspricht einer staatlichen Subvention von 13 Milliarden Euro (500 Millionen Zertifikate zu je 26 Euro je Tonne CO₂). Allerdings war eine solche Subvention nicht beabsichtigt. Und die Einpreisung der Emissionszertifikate in die Preisgestaltung verhindert die beabsichtigte Emissionsvermeidung. Denn der Handelswert der Zertifikate liegt fast dreimal höher als die Kosten für verminderte Emissionen.

Stärkste Belastung für private Haushalte

Die für die Stromversorger sprechenden Professoren Axel Ockenfels (EWI Köln) und Wolfgang Ströbele (Uni Oldenburg) rechtfertigten die fragwürdige Preisgestaltung mit der Theorie der so genannten Grenzpreise. Danach bestimmen die Preise des jeweils teuersten Kraftwerks den Gesamtpreis. Dort seien die Emissionszertifikate reale Kosten, weil sie einen definierten Marktwert hätten.

Den VIK überzeugten diese Argumente nicht, weil die Preisbildung aufgrund der Monopolsituation ohnehin nicht der Grenzkostentheorie folgten. Außerdem seien für Wind- und Kernkraftwerke überhaupt keine Zertifikate notwendig.

Das Bundeskartellamt hat zu der Anhörung ein ausführliches Sachstandspapier vorgelegt und im Internet veröffentlicht. Wenn das Kartellamt beweisen kann, dass

durch Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung die Strompreise über den Marktpreis getrieben wurden, dann kann es dagegen eine Missbrauchsverfügung erlassen.

Allein die Tatsache, dass ein Missbrauchsverfahren in die Wege geleitet wurde, hat eine Fülle von Tatsachen ans Tageslicht gebracht, die die betroffenen

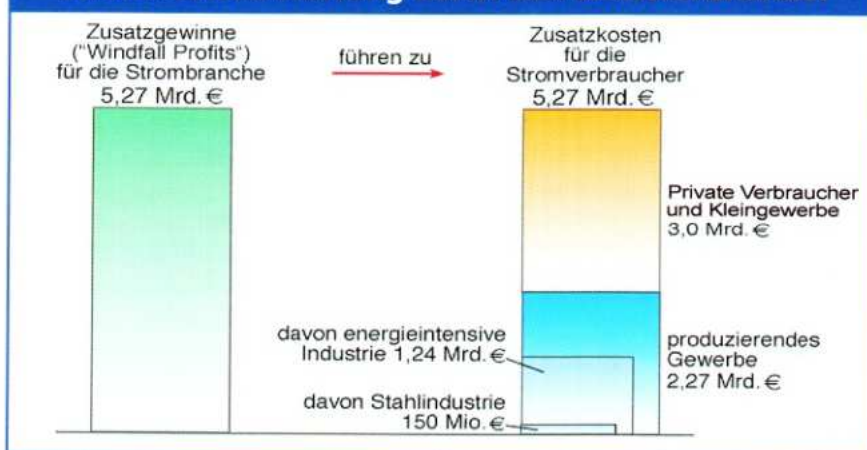
Unternehmen nicht widerlegen konnten. Der grobe Missbrauch von Marktmacht zum Vorteil der Versorgungskonzerne wurde ebenso deutlich wie die verheerende Wirkung überhöhter Strompreise auf die deutsche Wirtschaft. Am stärksten betroffen sind jedoch die privaten Verbraucher.

Nur Kartellamt kann Strompreise bremsen

Das Verfahren des Bundeskartellamtes ist deshalb von grundlegender Bedeutung, weil die Stromerzeugungspreise keinerlei staatlicher Kontrolle unterliegen und deren steiler Anstieg wegen der Monopolsituation nicht durch den Markt, sondern nur durch die Kartellbehörden zu bremsen ist. Die Diskrepanz zwischen privater Vorteilsabschöpfung und volkswirtschaftlichen Verlusten ist politisch nicht mehr tragbar. Sie ist, wie die Anhörung gezeigt hat, auch rechtlich unhaltbar.

Mit einer baldigen Entscheidung ist nach Angabe des Kartellamtes nicht zu rechnen.

Stromkostenbelastung durch den Emissionshandel





Münsterland

Strommasten doch spröde

Spröder Stahl schlampig sanierter Strommasten war offenbar doch mitverantwortlich für den tagelangen Stromausfall im Münsterland im November 2005. Das geht laut einem Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ aus einer Untersuchung des Bundesamtes für Materialforschung (BAM) hervor. Das Amt hatte im Auftrag der Bundesnetzagentur untersucht, wie es zu dem Blackout kommen konnte.

Hätte RWE bei der Sanierung alle tragenden Teile aus Thomasstahl ersetzt, „kann vermutet werden, dass der Mast das Wetterereignis „Münsterland 2005 überlebt hätte“, heißt es in dem Bericht. Das RWE-Sanierungskonzept müsse überprüft werden, fordern die Gutachter.

RWE hatte im Februar ein Gutachten des Essener Baustatikers Georg Thierauf vorgelegt. „Ein selbst bezahlter Freispruch“ hatte der Bund der Energieverbraucher kritisiert. RWE war auch auf Anfrage nicht bereit, seine Beziehung zum Gutachter offenzulegen.

Rezzo Schlauch

Grüner berät Atomkonzern

Rezzo Schlauch, Grünen-Politiker und ehemaliger Staatssekretär im Bundesumweltministerium, sitzt seit Ende 2005 im Beirat des baden-württembergischen Energiekonzerns EnBW. Im Beirat befindet sich Schlauch in prominenter Gesellschaft: Expolitiker wie Klaus Kinkel (FDP), Theo Waigel (CSU) und Matthias Wissmann (CDU) hat Kon-

zernchef Utz Claasen um sich versammelt. Der Energiekonzern betreibe laut Lobby Control „Greenwash“. Ein Grünen-Politiker in einem Energiekonzern vermittelt leicht den Eindruck, dass umweltfreundlich gewirtschaftet werde.

Neben Rezzo Schlauch freut sich der EnBW-Beirat über einen weiteren Neuzugang: Willi Steul. Der Landessendendirektor des Südwestrundfunks sieht seine Mitgliedschaft auch im Interesse seines Senders, zitiert die „Stuttgarter Zeitung“.

SWB

Gewinn mehr als verdoppelt

Der Bremer swb-Konzern, der rund zu 51 Prozent der holländischen Essent und zu 49 Prozent der EWE gehört – eine Aktie hält die Stadt Bremen, hat 2005 mit 999,2 Millionen Euro einen um 13,7 Prozent höheren Umsatz als im Vorjahr erzielt. Proportional zum Umsatz stiegen die Ausgaben der Beschaffung wegen höherer Rohstoff- und Energiepreise um 30 Prozent oder 121,9 Millionen Euro. Der ausgewiesene Gewinn nach Steuern verbesserte sich gegenüber 2004 von 34,7 auf 86,6 Millionen Euro.

Stadtwerkekauf

E.ON-Tochter schmiert OB

Der Korruptionsprozess gegen den amtierenden Hildesheimer OB Kurt Machens wird neu aufgerollt. Die Freisprüche gegen ihn und zwei Vorstände der Hildesheimer Stadtwerke durch das Landgericht Hildesheim wurden vom Bundesgerichtshof mit Urteil vom 11. Mai 2006 aufgehoben.



ben. Machens habe sich im Zusammenhang mit Spenden bei der Teilprivatisierung der Hildesheimer Stadtwerke zumindest wegen Vorteilsannahme sowie wegen Untreue strafbar gemacht, so der Bundesanwalt.

Die Beteiligten hätten sich auf einen gemeinsamen Plan zur Umgehung eines offiziellen Bieterverfahrens für den

Verkauf von Anteilen an den Stadtwerken verständigt. Dazu sei eine Spende der E.ON-Beteiligung Thüga und der Ruhrgas von insgesamt knapp 500.000 Euro im eigens gegründeten Verein „Pecunia non olet“ versteckt und der städtischen Kontrolle entzogen worden. Nachdem beide Energieversorger im Februar

Strompreise in großen Städten

Anbieterwechsel lohnt sich!

Strompreisvergleich für große deutsche Städte bei einem Jahresverbrauch von 4.000 Kilowattstunden
Preis beim örtlichen Versorger in Euro

Stadt	Preis	Ersparnis durch Wechsel zum günstigsten Anbieter oder günstigsten Tarif des örtlichen EVU	Günstiger Anbieter bzw. Tarif
Aachen	773	7 %	Stadtwerke Düsseldorf
Berlin	813	11 %	eprimo
Bremen	793	4 %	Geno
Dortmund	757	4 %	Stadtwerke Düsseldorf
Duisburg	793	9 %	Stadtwerke Düsseldorf
Düsseldorf	752	4 %	eprimo
Dresden	785	3 %	Yello Strom
Essen	778	7 %	Stadtwerke Düsseldorf
Frankfurt	767	1 %	Geno
Hamburg	819	9 %	Stadtwerke Flensburg
Hannover	736	0	günstigster Tarif des örtlichen Versorgers
Köln	754	4 %	Stadtwerke Düsseldorf
Leipzig	831	5 %	eprimo
München	783	4 %	Yello Strom
Nürnberg	737	1 %	Yello Strom
Stuttgart	812	10 %	eprimo

Ein Wechsel des Stromanbieters lohnt sich

Quelle: Bund der Energieverbraucher, Verivox, Stand: 12. Mai 2006

2000 die Zahlung zugesagt hätten, sei der Verkauf von 25,2 Prozent der Stadtwerke an die beiden beschlossen worden.

RWE

Clement im Aufsichtsrat

Der ehemalige Bundeswirtschaftsminister und frühere NRW-Ministerpräsident Wolfgang Clement wurde in den Aufsichtsrat der RWE-Kraftwerkstochter RWE Power AG, Essen, gewählt. Er vertritt in dem 21-köpfigen Gremium die Seite der Anteilseigner. Vorsitzender des Aufsichtsrats ist RWE-Konzernchef Harry Roels. Die Grünen kritisierten das Engagement: Die SPD müsse sich die Frage stellen, ob sie in den Energiekonzernen eine Art Versorgungsinstitut für ausgeschiedene Regierungspolitiker sehe.

Strompreiserhöhung

Hessen bleibt hart

Nicht nur E.ON Mitte in Kassel, auch sechs weitere Stromunternehmen in Hessen wollen die Strompreise ihres Allgemeinen Tarifs noch stärker als bisher beantragt anheben. So wollte E.ON Mitte beispielsweise zum 1. Mai 2006 die Entgeltbeträge um 14,8 Prozent erhöhen. Das Hessische Wirtschaftsministerium hat die beantragten Erhöhungen der Strompreise nicht genehmigt: „Schlechte Argumente werden durch Wiederholung nicht besser. Auch die weiteren Anträge auf höhere Strompreise in Hessen sind nicht genehmigungsfähig. Die Erwartung sinkender Netzkosten und die hohen Gewinne lassen gemäß Bun-

destarifordnung Elektrizität die Preisanhebungen nicht zu“, heißt es in einer Erklärung des Ministeriums. Die Stromunternehmen hatten bereits zum 1. Januar 2006 im Durchschnitt die Preise um sechs bis sieben Prozent anheben wollen, was der Minister jedoch verhinderte. Für eine Erhöhung gebe es nach Aussagen von Alois Riehl (CDU) keine Rechtsgrundlage.

Fix-Strompreisangebote

Teuer, unflexibel und überflüssig

Strom- und Gaspreise sind in den letzten Monaten kontinuierlich gestiegen. Da scheint es auf den ersten Blick sinnvoll, einen Vertrag abzuschließen, in dem ein stabiler Strompreis für einen Zeitraum von zwei oder drei Jahren garantiert wird.

Nur auf den zweiten Blick ist zu erkennen, dass die darin festgeschriebenen Grund- und Kilowattstundenpreise zumeist um einiges höher liegen als die Preise der aktuellen Tarife mit „normalen“ Laufzeiten.

Verbraucherzentralen raten dringend davon ab, Fixpreisverträge für Strom oder Gas abzuschließen. Zum einen würden sich die Verbraucher mit der Unterschrift unter den Fixpreisvertrag die Chance nehmen, von eventuell sinkenden Energiepreisen zu profitieren. Bis zum Sommer will die Bundesnetzagentur zudem für niedrigere Netznutzungsentgelte sorgen, was sich auch auf den Strompreis auswirkt. Es wäre dumm, sich jetzt freiwillig und vielleicht für mehrere Jahre an einen höheren Strompreis zu binden.

Zum anderen akzeptieren die Verbraucher mit der Unterschrift unter den Fixpreis-

Satte Gewinne durch Gesetzesbruch

Die Gewinne der vier großen Energiekonzerne sind nicht nur exorbitant, sondern steigen Jahr für Jahr ganz kräftig. In der Tabelle sind die Geschäftsergebnisse in Milliarden Euro zusammengestellt, also die Differenz zwischen Ertrag und Aufwand. Beim Gesamtgewinn konnte E.ON 2005 sogar eine Steigerung von 71 Prozent erzielen.

Versorger	2003	2004	2005
E.ON-Ergebnis	5,3 +28%	6,8 +5%	7,2
RWE-Ergebnis	4,7 +19%	5,6 -14%	4,8
EnBW-Ergebnis	-0,7	0,3 +264%	1,08
Vattenfall Gewinn		1,68 +13%	1,9
Davon in Deutschland		0,7 +57%	1,1

Der Bund der Energieverbraucher ist der Auffassung, dass diese Gewinne das Ergebnis fortdauernder Gesetzesbrüche sind. Denn das Energiewirtschaftsgesetz schreibt in § 1 eine möglichst preisgünstige Versorgung vor. Der Gewinn gehört deshalb zum größten Teil den Kunden, denen unter Missbrauch einer marktbeherrschender Stellung zu hohe Preise abgefordert wurden. Der Verein fordert die Kartellbehörden auf, diese Missbräuche schnell abzustellen. Die Bundesnetzagentur muss die überhöhten Netzentgelte senken. Und die betroffenen Kunden und Unternehmen sollten Rückforderungsansprüche geltend machen und gerichtlich durchsetzen. Keinesfalls sollten künftig die überhöhten Preise entrichtet werden.

Quelle: Geschäftsberichte der Firmen

vertrag die darin enthaltenen Preise und können sie dann nicht mehr von Gerichten überprüfen lassen, wie es momentan deutschlandweit sowohl im Strom- als auch im Gasbereich geschieht (vgl. Seite 8).

VDE

Netze an der Grenze

Nach Einschätzung des Verbands Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnik (VDE), nimmt die Gefahr von Engpässen und Blackouts im

deutschen Stromnetz zu. Schuld daran seien unter anderem seit den 80er Jahren rückläufige Investitionen und der steigende Einsatz regenerativer Energien, der die Netze an ihre Kapazitätsgrenzen bringe.

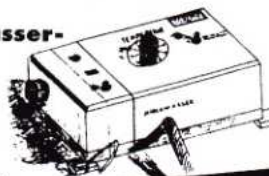
Dass die Netze anfälliger werden, zeige sich auch daran, dass die durchschnittliche Ausfallzeit 2004 von 15 auf 23 Minuten pro Jahr angestiegen sei. Der VDE fordert ein Aufrüstungsprogramm in IT und Leistungselektronik, da die künftigen Anforderungen nur mit intelligenterer Netztechnik zu bewältigen seien.

Energiesparen leicht gemacht

mit dem Einsatz eines

Waschmaschinen-Warmwasser-Steuergerätes WWS 300

- erlaubt den Anschluß von Warmwasser an jede Haushaltsmaschine
- einfache Nutzung von Solarenergie
- mit Temperatur- und Zeitprogramm
- spart bis zu 300 kWh Strom pro Jahr
- 3 Jahre Garantie

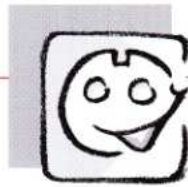


€ 250,90

inkl. Porto und Verpackung

Stemberg Solar- und Gebäudetechnik

Im Seelenkamp 7 · 32791 Lage
Telefon: (052 32) 70 27-0 · Fax: (052 32) 70 27-29
info@stemberg-solar.de · www.stemberg-solar.de



Regulierung bremst Gier der Versorger

Als Chef der Regulierungsbehörde für Telekommunikation hat er bereits die Telefongebühren in Deutschland auf ein Bruchteil reduziert. Jetzt ist Matthias Kurth Präsident der Bundesnetzagentur. Sinken die Energiepreise jetzt analog zu den Telefentarifen? In einem Gespräch mit der Eneriedepesche erläutert Matthias Kurth die Arbeit seiner Behörde.

Was macht die Bundesnetzagentur im Bereich Energie und wie sieht die Aufgabenteilung mit den Bundesländern aus?

Das ist gesetzlich festgelegt: Das zweite Gesetz zur Neuordnung des Energiewirtschaftsrechts (EnWG) vom 7. Juli 2005 setzt die Europäischen Binnenmarktrichtlinien Strom und Gas in nationales Recht um. Auf Seiten des Bundes wird bei der Regulierung des Strom- und Gasmarktes die Bundesnetzagentur, auf Seiten der Länder jeweils die zuständige Landesregulierungsbehörde tätig. Das Gesetz weist den Landesregulierungsbehörden jedoch verschiedene Aufgaben als eigene Angelegenheit zu. Hierzu zählt insbesondere die Entgeltregulierung, die besondere Missbrauchsaufsicht einschließlich der Vorteilsabschöpfung, die Überwachung der Entflechtung sowie die Kontrolle der Vorschriften zum Netzanschluss und die Aufsicht über die Vorschriften zur Systemver-

antwortung der örtlichen Netzbetreiber. Allerdings sind die Landesregulierungsbehörden nur für die Regulierung solcher Energieversorgungsunternehmen zuständig, deren Elektrizitäts- oder Gasnetz nicht über den Bereich eines Bundeslandes hinaus reicht und an das weniger als 100.000 Kunden unmittelbar oder mittelbar angeschlossen sind. Des Weiteren übt die Bundesnetzagentur auch solche Kompetenzen aus, deren bundeseinheitliche Wahrnehmung zur Gewährleistung einer effizienten Marktaufsicht von besonderer Bedeutung ist. Dazu zählen vor allem die Durchführung des Vergleichsverfahrens,

Wie gehen Sie konkret vor?

Entflechtung, effizienzorientierte Kostenkontrolle und klare Regelungen des Netzzugangs sind die ersten Schritte, die uns zur Verfügung stehen, um wirksamen und unverfälschten Wettbewerb in der Versorgung mit Elektrizität und Gas zu erreichen.

Was bedeutet „Entflechtung“ in diesem Zusammenhang?

Energieversorgungsunternehmen sind zum großen Teil vertikal integrierte Unternehmen, in denen sich Netzgeschäft und Vertrieb unter einem Dach befinden. Dies birgt die Gefahr von Intransparenz und Quersubventionierung und kann zur Folge haben, dass Schwesterunternehmen gegenüber fremden Unternehmen bevorzugt werden. Um das zu verhindern, schreibt das EnWG in § 6 grundsätzlich eine rechtliche, operationelle, informativische und buchhalterische Trennung des Netzbetriebs von anderen Tätigkeitsbereichen vor, zum Beispiel Vertrieb oder Erzeugung.

Welche Grundsätze gelten für die Netzentgelte?

Den Netznutzungsentgelten kommt bei der Schaffung von Wettbewerbsbedingungen auf dem Strom- und Gasmarkt eine maßgebliche Bedeutung zu. Außer-

dem gilt es, die Netznutzer vor überhöhten Netznutzungsentgelten zu schützen. Nach § 21 Abs. 1 EnWG müssen Netzentgelte angemessen, diskriminierungsfrei und transparent sein. Darüber hinaus dürfen sie nicht ungünstiger sein, als sie von den Netzbetreibern in vergleichbaren Fällen für Leistungen innerhalb ihres Unternehmens oder gegenüber verbundenen oder assoziierten Unternehmen veranschlagt werden. Damit die Netzbetreiber keine überhöhten Entgelte für die Nutzung ihrer Netze verlangen und somit einen wirksamen Wettbewerb in der Energiebranche verhindern, müssen sie diese von den Regulierungsbehörden genehmigen lassen.

Wie geht die Entgeltgenehmigung konkret vor sich?

Spätestens am 31. Oktober 2005, drei Monate nach In-Kraft-Treten der Stromnetzentgeltverordnung, mussten die Betreiber der Elektrizitätsnetze einen Antrag auf Genehmigung ihrer Netzentgelte bei der zuständigen Regulierungsbehörde stellen. Die Gasnetzbetreiber hatten dafür drei Monate länger Zeit. Sechs Monate nach Eingang des vollständigen Genehmigungsantrages endet die Frist zur Genehmigung der Netzentgelte. Ist bis zu diesem Zeitpunkt keine Entscheidung von der zuständigen Regulierungsbehörde erfolgt, so gilt das beantragte Entgelt unter dem Vorbehalt des Widerrufs für einen Zeitraum von einem Jahr als genehmigt. Dies ist nicht der Fall, wenn das Antragstellende Unternehmen einer Verlängerung der Frist zugestimmt hat oder wenn die Regulierungsbehörde aufgrund unvollständiger beziehungsweise unrichtiger Angaben oder wegen einer nicht rechtzeitig erteilten Auskunft nicht entscheiden

Aktuelle Informationen unter
www.bundesnetzagentur.de



Matthias Kurth, Präsident der Bundesnetzagentur

konnte und sie dies dem Antragsteller rechtzeitig mitgeteilt hat.

Zum heutigen Zeitpunkt ist festzustellen, dass kein Netzbetreiber seine Unterlagen vollständig zum gesetzten Termin vorgelegt hat. Das hat zur Folge, dass auch kein Netzbetreiber davon ausgehen kann, dass die beantragten Netzentgelte nach Ablauf der sechs Monate automatisch gültig sind. Netzentgeltabsenkungen können von den Netzbetreibern sofort umgesetzt werden.

Welche Kosten erkennen Sie als berechtigt an?

Bei der Prüfung der Netzentgelte berücksichtigt die zuständige Regulierungsbehörde nur die Kosten und Kostenbestandteile, die sich ihrem Umfang nach auch in einem Wettbewerbsmarkt einstellen würden (§ 21 Abs. 2 EnWG). Von den Unternehmen zu hoch angesetzte Kosten beziehungsweise Kostenbestandteile dürfen bei der Entgeltbildung nicht berücksichtigt werden.

Wie beurteilen Sie, ob die beantragten Entgelte nicht viel zu hoch sind?

Parallel zur Kostenprüfung und Genehmigung der Netzentgelte führt die Bundesnetzagentur ein Vergleichsverfahren durch. Der durchgeführte Vergleich wird anhand einer Einteilung der Unternehmen in Strukturklassen vorgenommen. Innerhalb einer Klasse werden die Kosten der verschiedenen Unternehmen miteinander verglichen. Bei den Netzbetreibern, deren Kosten oberhalb der entsprechenden Durchschnittswerte innerhalb ihrer Strukturklasse liegen, wird eine

ineffiziente Betriebsführung vermutet. Bestätigt sich diese Vermutung, muss der Netzbetreiber seine Kosten und damit einhergehend auch seine Entgelte entsprechend senken.

Welche Vorteile bietet eine Anreizregulierung?

Die Anreizregulierung soll ab 2008 die kostenorientierte Entgeltregulierung ablösen. Dieser Wechsel soll vor allem stattfinden, weil durch das gegenwärtige System Kostensenkungspotenziale nur unzureichend ausgeschöpft werden. Für die Unternehmen ist es nicht sinnvoll, die Herstellungs- beziehungsweise Bereitstellungskosten zu senken, da damit einhergehend auch die genehmigten Erlöse sinken würden und die Kostensenkung somit nicht zu einer Gewinnsteigerung führen würde.

Wo kommen die Anreize denn her?

Bei der Anreizregulierung setzt man für die Unternehmen Anreize zur Senkung der Kosten und somit zur Steigerung der Effizienz. Dies geschieht, indem die Entgelte nicht mehr basierend auf den tatsächlichen Bereitstellungskosten des Netzes genehmigt werden, sondern indem den Unternehmen eine erlaubte Obergrenze für die Preise (Entgelte) beziehungsweise für die Erlöse vorgegeben wird. Die Erlöse werden also von den Kosten entkoppelt. Gewinne, die dadurch entstehen, dass die Kosten unter das vorgegebene Niveau gesenkt werden, können die Unternehmen behalten. Im System der Anreizregulierung wird zum einen die Entwicklung der Inflation berücksichtigt, damit gesichert ist, dass bei einem Anstieg

des allgemeinen Preisniveaus auch die Netzentgelte entsprechend steigen können. Zum anderen ist die allgemeine Produktivitätssteigerung der Branche von Bedeutung, denn so wird gewährleistet, dass ein einzelnes Unternehmen seine Produktivität steigern muss, wenn dies auch beim Durchschnitt der Unternehmen der Fall ist. Darüber hinaus beinhaltet der Entwicklungspfad als dritten Parameter auch die individuelle Effizienzsteigerung eines Unternehmens im Vergleich zur Branche.

Bleibt dabei nicht die Versorgungsqualität auf der Strecke?

Nein. Die regulierten Unternehmen könnten zwar versuchen, ihre Gewinne durch eine Verringerung ihrer Produktivität zu erhöhen. Um dies zu vermeiden, sieht das Anreizregulierungssystem Möglichkeiten vor, diejenigen zu belohnen, die den Kunden eine besondere Qualität bereitstellen. Die vom Ausland gemachte Erfahrung zeigt, dass Anreize zum Erhalt der Versorgungsqualität gut in das System integriert werden können.

Wann wird der Gasmarkt endlich geöffnet?

Das neue EnWG schreibt in § 20 Abs. 1b EnWG bis zum 1. Februar 2006 die Schaffung eines bundesweit einheitlichen netzübergreifenden Marktgebietes vor. Zur Abwicklung des Zugangs zu den Gasversorgungsnetzen ist ein Vertrag mit dem Netzbetreiber, in dessen Netz eine Einspeisung von Gas erfolgen soll, über Einspeisekapazitäten erforderlich. Zusätzlich muss ein Vertrag mit dem Netzbetreiber, aus dessen Netz die Entnahme erfolgen soll, über Ausspeisekapazitäten abgeschlossen werden. Mehr ist nach dem gesetzlichen Leitbild nicht erforderlich, um den Gasnetzzugang zu bewirken. Dieses Vorgehen wird als Entry-Exit-Modell bezeichnet. Alle Netzbetreiber sind verpflichtet, untereinander in dem Ausmaß verbindlich zusammenzuarbeiten, das erforderlich ist, damit der Transportkunde zur Abwicklung eines Transports auch über mehrere, durch Netzkopplungspunkte miteinander verbundene Netze nur einen Einspeise- und einen Ausspeisevertrag abschließen muss, es sei denn, diese Zusammenarbeit ist technisch und wirtschaftlich nicht zumutbar (§ 20 Abs. 1b EnWG). ■



Die neue Brennstoff-Armut

Eine zunehmende Zahl von Haushalten kann sich keine warme Wohnung mehr leisten. Immer mehr Menschen müssen frieren oder fristen ihr Dasein im Kerzenschein. Das hat aber nichts mehr mit Energiesparen zu tun, sondern mit einem Versagen des Sozialsystems. Blanke Not ist aber auch Konsequenz überteuerter Preise.

In den Schlagzeilen sind es Cent und Prozent, um die Versorger die Energiepreise erhöhen. Für viele Betroffenen geht das an der Wirklichkeit vorbei. Für sie summieren sich die Preiserhöhungen auf mehrere hundert Euro, die für viele schlichtweg unbezahlbar sind. Die gestiegenen Energiekosten werden dadurch zu einer existenziellen Bedrohung. Denn wer die Preise für Strom und Gas nicht mehr aufbringt, rutscht schnell in die Schuldenfalle.

5,2 Millionen Haushalte haben pro Monat netto weniger als 938 Euro zur Verfügung.

Über drei Millionen Haushalte in der Bundesrepublik sind überschuldet. Einkommen und Vermögen reichen trotz Reduzierung des Lebensstandards über einen längeren Zeitraum nicht aus, um fällige Forderungen zu begleichen (vgl. Bericht: Lebenslagen in Deutschland, Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung).

Zwischen 2004 und 2006 sind die Gaspreise von 4,55 auf 5,74 Cent je Kilowattstunde gestiegen. Bei einem Jahresverbrauch von 20.000 Kilowattstunden sind die monatlichen Heizkosten von 76 auf 96 Euro gestiegen. 1999 waren noch 52 Euro für die Heizung fällig.

In der gleichen Größenordnung erhöhen sich die Stromkosten in den vergangenen beiden Jahren.

Trotz Wohngeld macht die Miete für einkommensschwache Mieter noch einen Anteil von rund 30 Prozent des verfügbaren Einkommens aus.

Die Ausgaben für Energie betragen für Haushalte mit einem Nettoeinkommen zwischen 500 und 900 Euro rund 65 Euro monatlich (Quelle: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003, Statistisches Bundesamt). Das sind etwa zehn Prozent des verfügbaren Monatseinkommens. Die Energiekosten sind halb so hoch, wie die



Die Ärmsten sind besonders hart von Preissteigerungen betroffen

Ausgaben für Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren etc. aus. Sie sind fast genauso hoch wie die monatlichen Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur, also 69 Euro durchschnittlich.

Betrachtet man das frei verfügbare monatliche Einkommen nach Abzug der Fixkosten, so schlagen die höheren Energiekosten besonders drastisch durch. Hier dürfte ein Anstieg in der Größenordnung von 20 bis 30 Prozent realistisch sein. Für Millionen Haushalte schränken die höheren Energiekosten das frei verfügbare Monatseinkommen drastisch ein. Viele Betroffene sehen keine andere Möglichkeit, als die Heizung schlichtweg abzustellen, um Geld zu sparen. Dadurch vermindert sich die Lebensqualität ganz dramatisch, ohne dass wegen der hohen Fixkosten eine wesentliche finanzielle Entlastung erfolgt.

Gegen falsche Rechnungen wehrlos

Überschuldete und arme Haushalte sind am stärksten von Versorgungssperren betroffen. Zudem leiden diese Haushalte unverschuldet am stärksten unter einer fehlerhaften Abrechnungspraxis. Denn Betroffene können die Abrechnung kaum überprüfen. Ihnen fehlt auch das Durch-

setzungsvermögen, das zur Korrektur einer falschen Abrechnung leider meist notwendig ist. Die traurige Erfahrung zeigt, dass betroffene meist die Hilfe eines Anwalts benötigen, um sich gegen die Versorger zu behaupten – für arme Haushalte unerschwinglich (vgl. Seite 29).

Gerade einkommensschwache Haushalte sollten die fehlende Billigkeit der Gas- und Strompreise bemängeln und die Rechnungen kürzen. Für sie spielen die eingesparten Kosten eine wichtige Rolle. Und es ist für diese Haushalte am allerwenigsten zumutbar, für die Erhöhung der Versorgergewinne den eigenen Lebensstandard noch weiter zu reduzieren.

Besonders stark betroffen sind auch ältere Rentnerhaushalte, häufig mit allein-stehenden Frauen. Ihre Durchschnittsrenten liegen etwa auf dem Niveau der Armuts-grenze. Hier ist die verdeckte Armut besonders hoch, weil Betroffene oft aus Angst und Scham auf Sozialhilfe verzichten. Gerade für diese Haushalte stellen die einseitig überhöhten Gas- und Strom-preiserhöhungen eine ernsthafte materielle Bedrohung dar.

In vielen Fällen sind Betroffene behindert oder gebrechlich. Für diese Men-

Nicht ohne meinen Anwalt

Ohne Hilfe durch Anwälte oder Verbraucherschutzorganisationen sind Verbraucher der Willkür der Versorger schutzlos ausgeliefert.

Beispiel 1: Frau B. gegen E.ON Hanse

Frau B. ist 65 Jahre alt und wohnt auf einem ehemaligen Bauernhof. Zwischen 1998 und 2004 verbrauchte sie jährlich 6.000 bis 7.000 kWh Strom. Im Jahr 2005 erhielt sie eine Rechnung über 29.000 kWh. Der Zähler wurde darauf hin ausgetauscht. Als Frau B. sich beschwerte, wurde lediglich der neue Zähler überprüft. Ein Fehler wurde seitens E.ON nicht eingeräumt. Frau B. schaltete einen Anwalt ein. Eine Hochrechnung des aktuellen Verbrauchs führte wieder zu einem Jahresverbrauch von 7.000 kWh. Das bereits eingeleitete Inkassoverfahren wurde durch die Intervention des Anwalts unterbrochen. Die neue Abrechnung wies sogar ein Guthaben auf. Ohne Einschreiten des Anwalts wäre das Inkassoverfahren seitens E.ON unerbittlich weitergeführt worden, weil der Stromversorger nicht bereit war, sich mit der Kundin überhaupt auseinander zu setzen.

Beispiel 2: Frau S. gegen Stadtwerke Kiel

Frau S. zahlt 2001 ordnungsgemäß 155 DM monatlich an die Stadtwerke Kiel. In der Abrechnung von 2003 waren bereits bezahlte Abschlagszahlungen nicht richtig verbucht worden. Persönliche Vorsprache und telefonische Bitten verliefen fruchtlos im Sande, Frau S. beauftragte deshalb einen Anwalt. Der Anwalt konnte den Sachverhalt klären und die Stadtwerke ließen die zu Unrecht erhobene Forderung fallen.

Im Januar 2006 kam überraschend eine neue Mahnung, obwohl der Versorger die Abschlagszahlungen kontinuierlich abgebucht hatte. Erst nach mehrmaligem Schriftwechsel und einer persönlichen Besprechung wurde die fehlerhafte Forderung fallen gelassen und das Konto auf Null gesetzt.

Die Beispiele zeigen:

Die Versorger machen bei der Abrechnung nicht nur vielfach Fehler. Sie sind auch oft nicht bereit, diese Fehler auf eine einfache Beschwerde des betroffenen Verbrauchers hin zu korrigieren. Ohne Hilfe eines Anwalts geht es deshalb vielfach nicht. Verbraucher sollten sich nicht einschüchtern lassen und auf korrekten Abrechnungen bestehen.

Der Bund der Energieverbraucher hilft Betroffenen:

- Er überprüft die Abrechnung für 20 € (Mitglieder: 10 €)
- Er stellt Kontakt zu einem fachlich versierten Anwalt her

schen sind Strom und Heizung unverzichtbar. Leider sind allzu viele Fälle bekannt, in denen Versorgungsunternehmen rücksichtslos auch Kranken und Behinderten über Wochen hinweg Strom und Gas gesperrt haben. „Es ist unfassbar, welches unmenschliche Ausmaß die Gewinnsucht, Schludrigkeit oder Gewissenlosigkeit hier angenommen haben“, kritisiert Dr. Aribert Peters.

Liste der schwarzen Schafe

Der Bund der Energieverbraucher will die Namen von Verantwortlichen in Unternehmen, die sozial Benachteiligten (Rentnern, Kranken, Behinderten) Strom oder Gas absperren, auf einer Liste im Internet veröffentlichen.

Sind Ihnen solche Fälle bekannt, dann teilen Sie das dem Verein mit. Allein die Aussicht, in die Liste der schwarzen Schafe aufgenommen zu werden, könnte die Verantwortlichen zu größerer Rücksichtnahme motivieren.

Kein Recht zur Sperre

Alle Verbraucher haben ein elementares Recht darauf, mit Wärme und Strom versorgt zu werden. Der Bund der Energieverbraucher ist der Meinung, dass Versorger kein Recht dazu haben, die Versorgung einzustellen.

Wer im Zahlungsrückstand ist, muss mit Vorinkassozählern ausgestattet werden, die den weiteren Bezug ermöglichen. In der Regel trifft den Versorger eine Mitschuld für aufgelaufene Zahlungsrückstände.

Billigkeitseinwand hilft Betroffenen

Bevor eine fällige Strom- oder Gasrechnung aus Geldmangel nicht beglichen wird, sollten Betroffene die Billigkeit der Forderung bestreiten. Vor Gericht geht das auch nachträglich. Wesentlich einfacher ist es, wenn der Billigkeitseinwand die Fälligkeit der Forderung von Anfang

an verhindert oder verzögert. Betroffene wissen meist zu wenig über diese Möglichkeiten. Deshalb ist verstärkte Aufklärung dringend notwendig.

E.ON hat begriffen

E.ON Bayern bietet sozial schwachen Stromkunden künftig einen um 40 Prozent verminderten Sozialtarif an. Davon sollen mindestens 10.000 Kunden in Bayern profitieren. Zusätzlich sollen Betroffene beraten werden, um die auf 20 Prozent geschätzten Einsparmöglichkeiten zu nutzen. Der Bund der Energieverbraucher hat dieses Experiment begrüßt.

Sonderservice für sozial Schwache in Großbritannien

In Großbritannien gibt es für sozial schwache Haushalte schon länger besondere kostenlose Serviceangebote.

Voraussetzungen dafür sind Rentenalter, Behinderung, chronische Krankheit, Sehbehinderung oder Blindheit.

Für diese Gruppen gibt es einen Service, der den Zähler an einer gut zugänglichen Stelle anbringt, den Verbrauch abliest, einen Sicherheitscheck für die Gasinstallation, Vorabinformation bei Versorgungsunterbrechung durch Bauarbeiten, Rechnungsversand an die Adresse eines Betreuers, Rechnung in Großschrift, Blindenschrift, Telefon oder Tonband, Ersatzkochgelegenheit für wartungsbedingte Gasunterbrechungen. ■

ALFA MIX

Das Vorschaltgerät für die Waschmaschine

ALFA MIX
Das Vorschaltgerät für die Waschmaschine

WARM-
WASSER

KALT-
WASSER

MISCHWASSER
zur
Waschmaschine

Heizkabel mit
Steckernetz-
gerät

ALFA MIX
ermöglicht die
Einspeisung von
Warmwasser aus
Solaranlagen
und anderen
umweltfreund-
lichen Heiz-
systemen in die
Waschmaschine.
Ein 4-Personen-
Haushalt kann
dabei mehr als
300 kWh Strom
im Jahr
einsparen.

Umweltschonende Technik

OLFS & RINGEN

Richtweg 4 · 27412 Kirchtimke

T (0 42 89) 92 66 92 · F (0 42 89) 92 66 93
e-Mail: alfamix@nwn.de · www.olfs-ringen.de



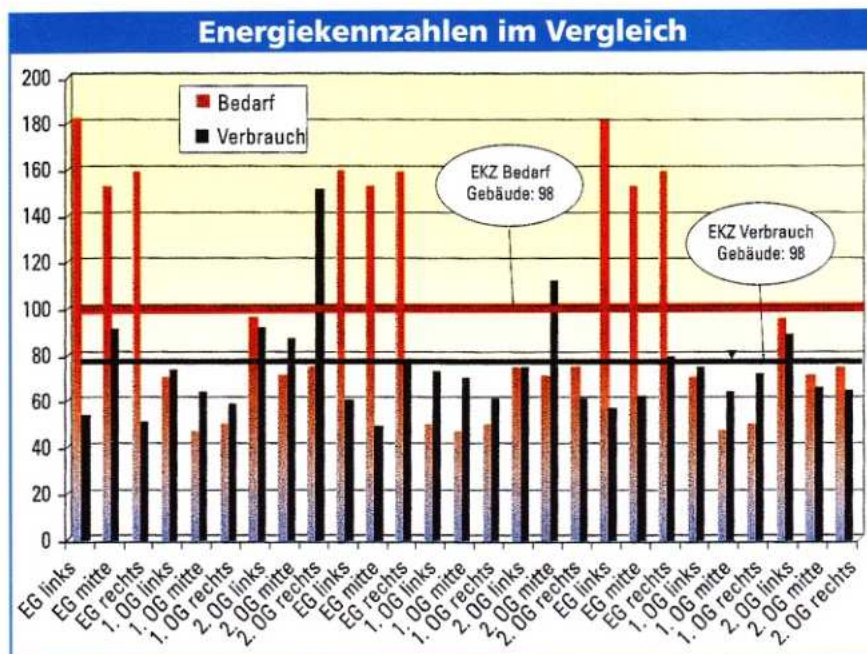
Zahlenspiele mit geringem Wert

Bundesbauminister Wolfgang Tiefensee (SPD) und Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) haben sich auf einen Energiepass geeinigt. Das Dokument kann wahlweise den berechneten Energiebedarf oder den tatsächlichen Energieverbrauch ausweisen. Da beide Werte wenig aussagekräftig sind, hat der Verbraucher nicht viel vom Energiepass.

In der Diskussion um den Energiepass gibt es zwei Fronten: die Befürworter der **Bedarfskennwerte** und die Verfechter der **Verbrauchskennwerte**. Die Befürworter der Verbrauchskennwerte halten die Bedarfskennwerte für zu ungenau und daher unbrauchbar. Umgekehrt argumentieren die Befürworter der Bedarfskennwerte. Die Wohnungswirtschaft bevorzugt ihrerseits den deutlich günstigeren Verbrauchskennwert, der auf den einfach zu erfassenden Verbräuchen der Vergangenheit basiert. Bauwirtschaft und die Energieberater dagegen schwören auf den bedarfsorientierten Ausweis, dem die Dämmwerte und die Geometrie des Gebäudes zu Grunde liegen.

In der Praxis sehr ungenau

Doch egal, für welchen Wert sich Betroffene entscheiden – mit den Berechnungen können sie in der Praxis nur wenig anfangen. Denn eine neue Studie des IFEU-Instituts für Umwelt und Energie Heidelberg ergab: Der Verbraucher kann weder mit Hilfe des Energiebedarfs, noch



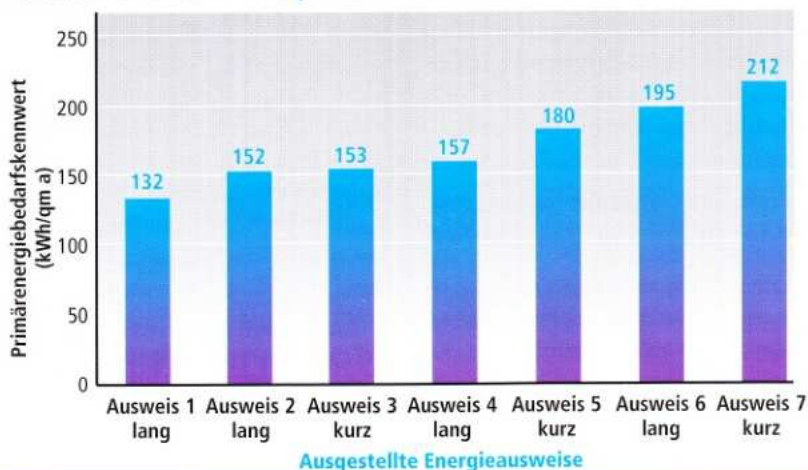
Vergleich von Energieverbrauch und -bedarf des Gebäudes und der Wohnungen bei einem Mehrfamilienhaus

des Energieverbrauchs seine persönlichen zukünftigen Energiekosten verlässlich einschätzen. Die Bedarfskennwerte basieren auf zu ungenauen Daten. Die Verbrauchs-

kennwerte wiederum sind stark durch die individuellen Verbrauchsgewohnheiten geprägt, die sich nicht erfassen und objektivieren lassen. Mieter und Käufer erwarten also vom Energiepass mehr, als er liefern kann.

Gutachten für dasselbe Gebäude: 60 % Unterschied

Sieben anerkannte Experten untersuchten dasselbe Gebäude

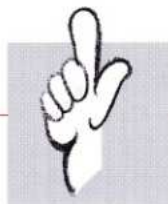


Ernüchternder Test

Ein Test brachte Ernüchterung: Sieben Experten untersuchten unabhängig voneinander ein einfaches Wohnhaus mit acht Wohnungen. Ergebnis: die Energiebedarfskennwerte schwankten zwischen 132 und 212 Kilowattstunden pro Quadratmeter, also um 60 Prozent. Die Kosten für die Ausweise lagen zwischen 240 und 1070 Euro (vgl. „Die Heizkostenabrechnung“, Nr. 2/3 2006). Jeder Experte hatte für seine Berechnung eine unterschiedliche Fläche zu Grunde gelegt. Der Bedarfsausweis verknüpft nach einem Rechenverfahren die Flächen mit deren Wärmedämmwerten. Der Wärmedämmwert kann

Eine objektive Bewertung des energetischen Zustands ist also mit dem bedarfsorientierten Ausweis unmöglich. Das deckt sich mit der persönlichen Erfahrung des Autors. Die von den Befürwortern des Bedarfsausweises beschworene höhere Objektivität des Bedarfsausweises ist – siehe oben – ein Glaubenssatz, der an der Wirklichkeit vorbei geht.

Der Energiepass ist nach der EU-Richtlinie für den Verkauf oder die Neuvermittlung von Wohnungen und Häusern vorgeschrieben. Vor dem In-Kraft-Treten der neuen Energieeinsparverordnung im Frühjahr 2007 ist ein Energiepass also nicht nötig. Vor unseriösen Angeboten und falschen Informationen sollten sich alle Verbraucher in Acht nehmen. *AP* ■



Effizienz-Shop erleichtert den Einkauf

Die Energieeffizienz lässt sich bereits durch wenige Handgriffe deutlich erhöhen: zum Beispiel durch Energiesparlampen, Ökosteckernetzteile und Sparbrausen. Die Einsparungen an Energie und Kosten sind im Einzelfall beträchtlich und, auf die Gesamtbevölkerung hochgerechnet, gigantisch. Jetzt wird die Beschaffung zum Kinderspiel – einfach online bestellen! Für Vereinsmitglieder gibt es zehn Prozent Nachlass. Der Shop entsteht in Kooperation mit EWS Schönauf.

Der Bund der Energieverbraucher hat besonders effiziente Geräte ausgewählt und bietet sie in einem Internetshop an. Damit will der Verein die Verbreitung solcher Geräte fördern. Eine qualitätsbewusste Auswahl erhöht das Vertrauen der Verbraucher in die angebotenen Produkte. Die flächendeckende Verfügbarkeit des Internets ermöglicht den Erwerb dieser Produkte noch im entferntesten Winkel der Republik. Die äußerst gut besuchte Internetpräsenz des Vereins bietet zudem eine hervorragende Marketingplattform.

Organisation

Der Verkauf und Versand der Effizienzprodukte erfolgt durch die Firma Hardt in Babenhausen. Das ist eine alteingesessene

Elektrofirma, die sich besonders um das Energiesparen kümmert. Die Auswahl und die Organisation des Shop und auch die Internetplattform energiespar-basar.de betreibt Ingenieur Carsten Herbert in enger Abstimmung mit den beiden Partnern des Effizienzshops, dem Bund der Energieverbraucher und der EWS Schönauf.

Der Einkauf kann online bei energiespar-basar.de erfolgen oder schriftlich über einen Bestellschein.

Mit jedem Kauf geht ein Spende von einem Euro an den Bund der Energieverbraucher e.V.

Neben energieeffizienten Geräten sollen auch Produkte angeboten werden, die den Spaß am Energiesparen vermitteln, die aufklären oder bilden.



Carsten Herbert und Hans-Dieter Hardt vor dem Versandlager Ihres Effizienz-Shops in Babenhausen

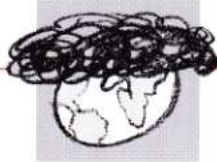
Zu den ersten Produkten des Shops gehören:

- Standby-Schaltgeräte (Powersafer), Hygrometer, Strommessgeräte, Master/Slave-Steckerleiste und Sparduschköpfe.

Mitglieder des Bundes der Energieverbraucher und Stromkunden der EWS erhalten im Shop einen Rabatt von zehn Prozent.

Im Juni 2006 geht der Shop online und Sie sind als Käufer willkommen. Effizienz ist immer ein gutes Geschäft! ■

Unter energiespar-basar.de kaufen Mitglieder mit 10 Prozent Rabatt



Aktuelle Klimadaten

Referenzstation	Februar 2006		März 2006		April 2006	
Mitteltemperatur in °C	aktuell	Ø 5 Jahre	aktuell	Ø 5 Jahre	aktuell	Ø 5 Jahre
1 Hamburg	1,5	2,4	1,7	4,7	8,5	9,5
2 Garm.-Partenkirchen	-2,8	-0,8	0,1	3,3	7,2	7,8
3 Ingolstadt	-1,4	0,1	1,8	4,0	8,7	9,4
4 Mannheim	1,9	3,9	4,7	7,6	10,9	12,1
5 Potsdam	0,1	1,2	1,8	4,2	9,3	9,8
6 Stolberg	-2,1	-0,1	-0,4	2,9	6,4	7,4
7 Müllheim	1,3	3,5	3,1	6,6	8,5	10,4
8 Hammelburg	-0,6	1,3	2,1	4,8	8,4	9,4
9 Hof	-2,9	-1,5	-0,4	1,9	6,8	6,8
10 Mainz	1,7	2,9	3,9	6,3	10,0	10,7
11 Wolfsburg	0,9	2,1	2,3	4,8	9,4	9,7
12 Chemnitz	-1,8	0,2	0,4	3,5	8,0	8,7
13 Baltrum	2,1	3,2	2,3	5,0	7,6	9,0
14 Freiburg	1,7	3,3	5,3	7,5	11,1	11,4
15 Juliusruh	0,6	1,6	1,2	3,2	6,8	7,2
Durchschnitt	0,0	1,6	2,0	4,7	8,5	9,3



meteo control
Energie & WetterService

meteocontrol GmbH Spicherer Straße 48 D-86157 Augsburg

phone (+49) 08 21 / 3 46 66 - 0
fax (+49) 08 21 / 3 46 66 - 11

e-mail info@meteocontrol.de
web www.meteocontrol.de

Energiespartipp der Woche

vom Bund der Energieverbraucher

Immer schmerzlicher spüren viele Menschen, dass Energie viel mit Geld zu tun hat. Energie kostet Geld, und zwar nicht wenig. Erprobte Energietipps veröffentlicht der Bund der Energieverbraucher jede Woche, auch für den Videotext des ZDF.

Wo gibt es gute Energiespartipps?

Ab sofort gibt es jede Woche einen aktuellen Energiespartipp vom Bund der Energieverbraucher. Dieser Tipp ist auch im ZDF-Videotext auf der Tafel 539 zu finden. Eine ausführliche Fassung findet sich auf den Internetseiten www.energieverbraucher.de.

Der Energietipp der Woche kann von allen Medien kostenlos mit Quellenangabe übernommen werden. Er wird einmal wöchentlich über den bundesweiten

E-Mail-Verteiler des Bundes der Energieverbraucher verbreitet.

Jeder Tipp hat folgende Bestandteile:

- Kurzer Text und Langfassung
- Hoch auflösendes Bild oder Grafik
- Fachlich vertiefende Hintergrundinformationen im Internet

Auch als Privatperson kann man den Energietipp wöchentlich erhalten. Man muss sich nur für den Newsletter auf energieverbraucher.de eintragen.

**Europaweit
Stundenwerte**

Solarstrahlung

In Kooperation mit der Universität Oldenburg

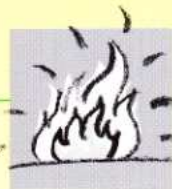
Für höchste Präzision

- Satellitendaten in hoher Auflösung
- Für jeden beliebigen Standort
- Langjährige Zeitreihe
- Global-, Diffus- und Direktstrahlung
- Spektrale Auflösung

Damit Sie wissen, wo die Sonne scheint!

Sprechen Sie uns an:
einstrahlung@meteocontrol.de

meteo control
Energie & WetterService
www.meteocontrol.de



Heizen

Warm mit Pflanzenpower?

Man kann mit Pflanzenöl Auto fahren. Kann man damit auch heizen? Diese nahe liegende Frage stellen sich viele Verbraucher, denn schon bald könnten die Heizölpreise über den Kosten für Pflanzenöl liegen.

In Deutschland unzulässig

Pflanzenöl zeigt andere chemische und physikalische Eigenschaften als Heizöl. Es ist zum Beispiel wesentlich zähflüssiger. Man kann es deshalb keinesfalls einfach in den Heizöltank füllen. Dazu müsste man es chemisch in Fettsäuremethylester (FAME) umwandeln. Im üblichen Dieseldieselkraftstoff sind mittlerweile schon bis zu fünf Prozent FAME enthalten. FAME kann pur oder als Beimischung Heizöl ersetzen. Seit 2003 gibt es dafür eine EU-Norm, die einige europäische Länder übernommen haben. In Deutschland ist die Beimischung nach der geltenden Norm für Heizöl unzulässig.

Noch im Forschungsstadium

Auch Stroh, Holz oder Energiepflanzen lassen sich über neue Verfahren direkt in Biotreibstoff umwandeln. Das Prinzip ist aus der Kohleverflüssigung seit langem bekannt. Je Hektar lassen sich

nach diesem Verfahren mit 3.000 bis 4.000 Liter doppelt so viel Brennstoff erzeugen wie über Pflanzenöle. Der so erzeugte Brennstoff ließe sich problemlos in heutiger Ölheizungstechnik einsetzen. Zur Herstellung sind jedoch großtechnische Anlagen erforderlich, die sich noch im Forschungsstadium befinden.

Gasmarkt

Öffnung lässt auf sich warten

Nach dem neuen Energiegesetz vom Juli 2005 hätte der Gasmarkt bis zum 1. Februar 2006 geöffnet werden müssen. Dieser Termin ist verstrichen, ohne dass die Gaswirtschaft das gesetzlich vorgeschriebene Entry-Exit-Modell eingeführt hat. Nach diesem Modell braucht man für die Durchleitung von Gas nur einen Vertrag zum

Einspeisen ins Transportnetz und einen zweiten Vertrag zur Gasentnahme. Die Bundesnetzagentur versuchte, in Gesprächskreisen eine Einigung zwischen Netzbetreibern und Händlern zu erreichen. Diese Gespräche, an denen auch der Bund der Energieverbraucher teilnahm, führten nicht zu einer wirklichen Öffnung der Gasnetze. Das Bundeskartellamt hatte angekündigt, Missbrauchsverfahren gegen eine Reihe von Gasversorgern einzustellen, wenn sich diese ab 1. April zu einer Öffnung nach dem Beistellungsmodell verpflichten. Kein Versorger wollte allerdings von dieser wirtschaftlich wenig interessanten Möglichkeit Gebrauch machen.

Die Bundesnetzagentur versucht derzeit, in weiteren Gesprächen die Gasnetzöffnung zu ermöglichen, die auch für neue Gasanbieter einen gleichberechtigten Zugang schafft.

Zeitlich parallel bereitet die Bundesnetzagentur rechtliche Schritte gegen sich sträubende Gasversorger vor.

Experten gehen davon aus, dass nicht vor Sommer 2007 mit einer wirksamen Öffnung der Gasmärkte zu rechnen ist.

Preisentwicklung

Im Winter günstiger tanken

In den vergangenen Jahren war Heizöl in den Sommerferien immer preiswerter als in anderen Zeiträumen. Bedingt durch den Urlaub ist zu dieser Zeit die Nachfrage gering.

Innerhalb der vergangenen drei Jahre trat jedoch ein Wandel ein. Die Raffinerien drosseln nun in den Sommermonaten einfach ihre Produktion. Eine künstliche Ölverknappung erreicht den Markt – die Preise steigen.

Als Nachfüllmonate kann man angesichts dieser Entwicklung nur noch Ende Dezember und Januar, Februar und März empfehlen. Der Bund der Energieverbraucher rät allen Verbrauchern, die Nachtankgewohnheiten an die neuen Umstände anzupassen. Es lohnt sich auch, die Öl Börse genau zu beobachten.

Öl- und Gaspreisübersicht



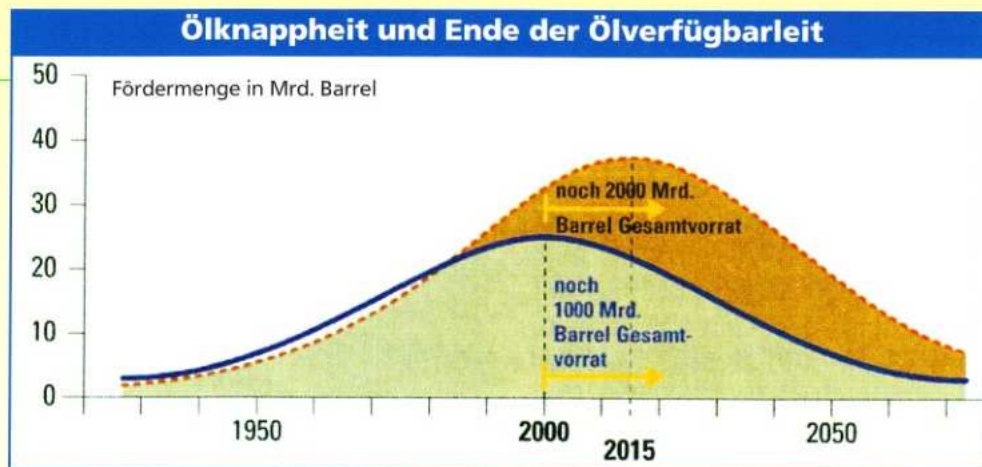
Gaspreisänderungen, alle Preise in Ct/kWh

		Gasimportpreis	Änderung	Citygate	Änderung	Haushaltspreise	Änderung
Juli	05	1,61		2,16		5,02	
Oktober	05	1,79	0,18	2,27	0,11	5,42	0,40
Januar	06	2,01	0,22	2,78	0,51	5,86	0,44
April	06	2,11	0,10	3,09	0,31	5,90	0,04
Juli	06			3,04	-0,05		
Oktober	06			3,25	0,21		

Der Citygate-Preis ist der Abgabepreis von E.ON Ruhrgas an die örtlichen Gasverteiler, hier nur der Arbeitspreis ohne Erdgassteuer. Man erkennt die mehrfach höhere Änderung der Haushaltsgaspreise gegenüber den Gasimportpreisen.

Ab wann wird's knapp?

Seit 20 Jahren hinkt das Volumen neu entdeckter Ölvorkommen mit steigendem Abstand hinter der Förderung hinterher. Das interessiert aber noch kaum jemanden. Denn seit 25 Jahren hört man den Satz: „die Erdölreserven reichen noch etwa 40 Jahre“. Aus der



Der Eintritt der Ölknappheit ist kaum beeinflusst von den noch förderbaren Ölmengen

Zeit stetig steigende Nachfragekurve sich von der Angebotskurve löst. Die Förderung liegt dann unter dem Ange-

rechnungen von Hans-Jochen Luhmann vom Wuppertal-Institut („E&M“ vom 15. März 2006, Seite 3) nur um 15 Jahre nach hinten verschoben. Das liegt am „Bauch“ der Glockenkurve, die den Gipfelpunkt nicht nur zeitlich nach rechts, sondern auch nach oben in die Höhe verschiebt. Im Ergebnis verschwinden auch große zusätzliche Mengen im Bauch der Glockenkurve und bringen deshalb auf der Zeitachse nur wenig Entlastung.

Fazit: Wer wie die Bundesregierung oder die Internationale Energieagentur von einer Mengen- und Preisstabilität bis zum Jahr 2030 ausgeht, der verschläft die Zukunft. Denn nach der Schätzung des Finanzökonom Shimon Averbuch („neue energie“ 04/06, Seite 59) zieht eine Verdopplung des Ölpreises in Deutschland ein Schrumpfen des Bruttoinlandsprodukts um zehn Prozent nach sich.

Gaspreise

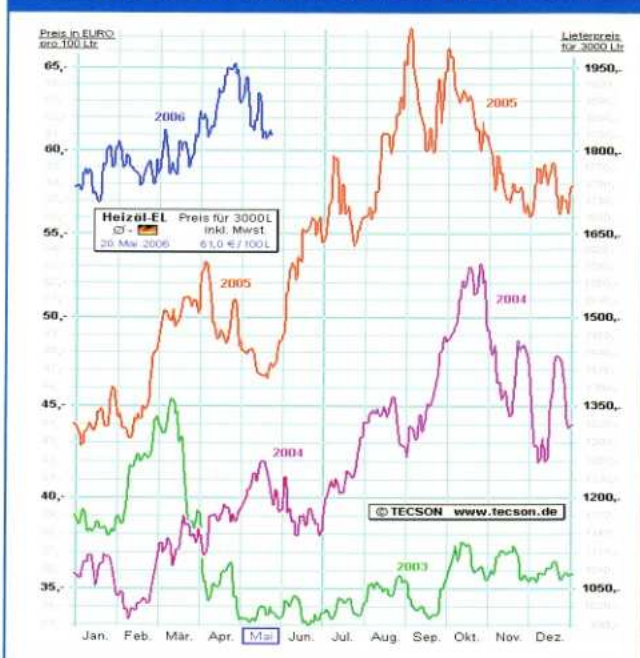
Es geht abwärts

Die Stadtwerke Uelzen, die STAWAG Aachen, der NVV, die Stadtwerke Munster und die Stadtwerke Lingen haben ihre Gaspreise gesenkt – zum 1. Januar beziehungsweise zum 1. April 2006. Als Begründung hieß es, die Beschaffungskosten seien in Folge des Ölpreises gesunken.

Viele weitere Versorger halten die Gaspreise zum 1. April 2006 stabil, etwa die Stadtwerke Leipzig und Salzuflen, aber auch E.ON-Regionalversorger wie etwa E.ON Hanse.

Schwer nachvollziehbar sind in dieser Situation die jüngsten Gaspreiserhöhungen einiger Versorger wie der Stadtwerke München. Denn die Beschaffungskosten entwickeln sich bundesweit weitgehend einheitlich.

Kein Sommertief der Ölpreise mehr



Erfahrung hat man gelernt, solche Behauptungen nicht mehr als Bedrohung zu empfinden.

Aus der Vergangenheit weiß man, wie viel Öl sich aus einer Lagerstätte fördern lassen. Nach einem Fördermaximum geht jeder Lagerstätte früher oder später die Puste aus. Die Fördermenge nimmt allmählich wieder ab. Die Förderkurve gleicht einer Glockenkurve. Diese Kurve gilt nicht nur für ein einzelnes Feld, sondern auch für die Summe aller Vorkommen.

Der Knappheitspunkt liegt demnach da, wo die mit der

bot. Nimmt die Nachfrage im gleichen Maße zu, wie das Angebot abnimmt, vergrößert sich diese Differenz ständig.

Wann der Knappheitspunkt erreicht ist, hängt von den noch insgesamt verfügbaren Ölreserven ab. Exakte Angaben dazu sind aber nur schwer zu machen. Für Öl könnte der Gipfelpunkt der weltweiten Förderung bereits überschritten sein, wenn insgesamt noch 1.000 Gigabarrel zur Verfügung stehen. Erstaunlich: Selbst wenn statt 1.000 noch 2.000 Gigabarrel zur Verfügung stünden, würde sich der Knappheitspunkt nach Be-

EVEBI
EnergieVerbrauchsBilanz

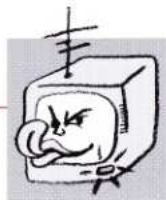
tel: 0 36 43 - 77 70 44
fax: 0 36 43 - 77 70 45
mail: info@envsys.de
web: www.envsys.de

Leistungsstärkste Energieberatersoftware*

- für alle Gebäudetypen
- Vor-Ort-Berichte
- Energiepässe
- Nachweise EnEV/KfW
- Wärme-/Feuchteschutz
- komplexe Anlagentechnik
- Variantengenerator

*gemäß Vergleich BfAG-Sachverständigen-Gesellschaft





Freiwillig, aber erfolgreich

Der „Code of Conduct“ ist eine freiwillige Vereinbarung zwischen der EU-Kommission und der Geräteindustrie. Damit ist es gelungen, den Stand-By-Verbrauch von Fernsehgeräten drastisch zu senken. Hans-Joachim Bruch berichtet über ein zu Unrecht völlig unbekanntes aber erfolgreiches Politikmodell.

Teurer Leerlauf: Der Stand-by-Verbrauch macht laut Studien des Umweltbundesamtes etwa elf Prozent der privaten Stromrechnung aus. Das ärgert besonders energiebewusste Verbraucher. Mit der Stecker-raus-Methode (Schaltsteckdosen, Stand-by-Wächter etc.) ist die Energievergeudung nur zum Teil beeinflussbar. Kaum eine Chance, die Leerlaufverluste zu verhindern hat, ein Normalverbraucher bei Klingeltrafo, Telefonanlage, Antennenverstärker (auch bei Kabel und Satellit) etc. Hier helfen letztlich nur grundlegend neue Konzepte der Hersteller, um diese unsinnigen Verluste zu verhindern.

Vereinbarung für Stromfresser

Unter den zahlreichen nationalen und internationalen Aktivitäten zur Reduktion von Leerlaufverlusten gibt es seit 1999 einen EU-Arbeitskreis für den „Code of Conduct“ (CoC). Er verhandelt Vereinbarungen zwischen der EU-Kommission und den Geräteherstellern. Dieser Arbeits-

kreis widmet sich zur Zeit einigen Gerätegruppen mit besonders hohem Stand-By-Verbrauch:

- Externe Netzgeräte
- Digitalfernsehdienste (TV-Geräte, Digitalempfangstechnik oder Pay-TV)
- Breitband-Telekommunikation (neu seit 2004)
- Für Netzteile zum Schutz gegen Netzstörungen etc., zu Deutsch: USV – unterbrechungsfreie Stromversorgung – befindet sich der „Code of Conduct“ noch in Vorbereitung.

Im Arbeitskreis treffen sich zweimal im Jahr Vertreter der Unterhaltungselektronik, Provider, Chiphersteller, TV-Anbieter oder des Vertriebs sowie Vertreter staatlicher Einrichtungen und unabhängiger Agenturen. Der „Code of Conduct“ ist nach einer Entscheidung der EU-Kommission der Versuch einer freiwilligen Vereinbarung vor einer Regulierung der Energieeffizienz. Auf diese Weise will man schneller die gewünschten Ziele erreichen.

Verringerung auf ein Drittel

Der 1999 begonnene „Code of Conduct“ für Netzteile ist bereits äußerst erfolgreich bei Endverbrauchsgeräten, wie Notebook- oder Mobiltelefonnetzteilen. Weniger effektiv war man dagegen bei Küchengeräten und Kompaktanlagen der Unterhaltungselektronik.

Der „Code of Conduct“ für Netzteile deckt nahezu alle Leistungskategorien bei Leerlaufverlusten und Effizienz in bestimmten Betriebsarten wie aktiv und passiv ab. Bei Geräten mit geringerer Leistung wurde die Verringerung der Leerlaufverluste in drei Schritten 2001, 2003 und 2004 auf ein Drittel vereinbart. Für Abgabeleistungen über 60 Watt ist noch ein weiterer Schritt für 2007 vorgesehen. Neuste Tests ergaben erfreulicherweise, dass der Mittelwert bei Leerlaufverlusten und Effizienz die Vereinbarungen einhalten wird.

Insgesamt beteiligen sich 19 Unternehmen am „Code of Conduct“ für externe Netzteile, das heißt Netzteil-, Unterhaltungselektronikhersteller oder Mobiltelefonproduzenten.

Den „Code of Conduct“ für Digital-TV gibt es seit 1999. Er wird momentan vorwiegend jedoch für STBs (Set Top Boxes – Digital-Receiver) oder IRDs (Integrated Receiver Decoders – eingebaute Pay-TV Entschlüssler) beachtet. Die Schwierigkeit dabei besteht in der ständigen Revision wegen neuer Geräte- und Anwendungsarten wie der inzwischen aufgenommene Festplattenrekorder (PVR), neuer hoch integrierter Chipsets mit neuen Funktionen sowie neuen (interaktiven) Diensten.

Überarbeitung notwendig

Erfreulicherweise überprüft die Industrie zur Zeit Vorschläge für ein umfangreiches Powermanagement, die ein überarbeiteten „Code of Conduct“ vorschlägt. Eine

Ziele des Code of Conduct

Ziele des Code of Conduct für stand-alone STBs: von 01-01-2003 bis 31-12-2005 (von 01-01-2006 bis 31-12-2007)

STB für:	Kabel	Terrestrisch	Satellit
Stand-by passiv	6.0 W (3.0 W)	6.0 W (3.0 W)	6.0 W (3.0 W)
Stand-by aktiv	9.0 W (7.0 W)	9.0 W (6.0 W)	9.0 W (8.0 W)

Ziele des Code of Conduct für Digitalkonverter: von 01-01-2003 bis 31-12-2005 (von 01-01-2006 bis 31-12-2006)

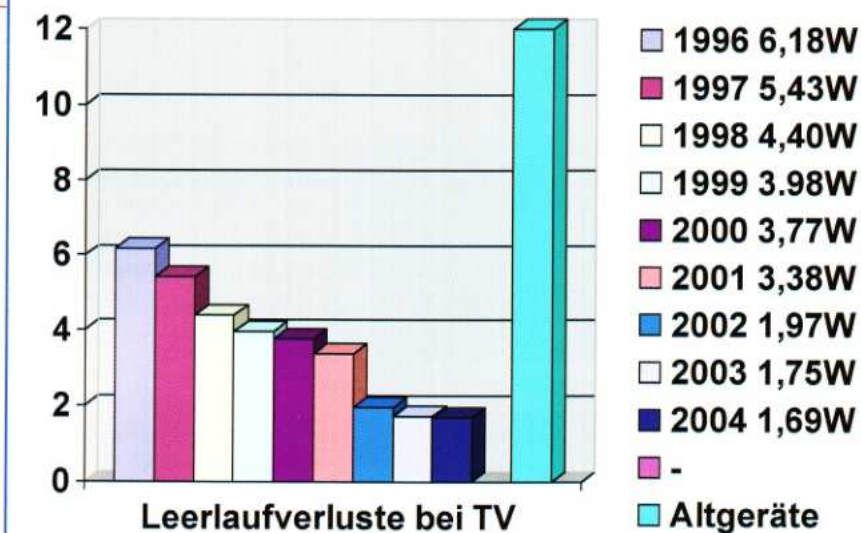
Digitalkonverter für:	Kabel	Terrestrisch	Satellit
Stand-by passiv	2.0 W (2.0 W)	2.0 W (2.0 W)	2.0 W (2.0 W)
„An“	11.0 W (7.0 W)	11.0 W (7.0 W)	14.0 W (10.0 W)

Ziele des Code of Conduct für IRDs: von 01-01-2005 bis 31-12-2006

IRD für:	Kabel	Terrestrisch	Satellit
Stand-by passiv	3.0 W	3.0 W	3.0 W
„An“	8.0 W	7.0 W	9.0 W

Quelle: JRC, Paolo Beroldi 11-2005

Leerlaufverluste nehmen ab



Bei TV-Geräten lassen sich die Bemühungen um die Verringerung von Leerlaufverlusten erkennen. Hier Zahlen des Europäischen IT-Verbands EICTA und der Studie 45/97 des Umweltbundes, bei der der Durchschnitt der Altgeräte bei zwölf Watt lag. Spitzenwerte lagen damals bei fast 30 Watt.

Quelle: EICTA (European Information and Communication Technology Industry Association)

Überarbeitung ist notwendig, da immer mehr Geräte neben Aufnahmen weitere Dienste übernehmen, die einen 24-Stunden-Betrieb erfordern.

Betriebsarten definiert

Für den „Code of Conduct“ wurden in Anlehnung an die IEC 62087 (International Electrotechnical Commission) vier Betriebsarten bei ständiger Verbindung mit dem Stromnetz festgelegt:

- **Aus:** keine Funktion, keine Betriebsarten mit Fernbedienung oder anderen internen und externen Signalen.
- **Stand-by passiv:** keine Hauptfunktion, Schaltmöglichkeit mit Fernbedienung und internen Signalen (Timer), keine externen Betriebsarten.
- **Stand-by aktiv:** keine Hauptfunktion, jedoch mit Datenübertragung von außen und externen Betriebsarten.

- **An:** Vollbetrieb inklusive unterstützender Signale für Zusatzgeräte.

Für die Effizienz im „An“-Betrieb gibt es noch keine Regelungen. Hier könnten noch je nach Betriebsart bestimmte Baugruppen abgeschaltet werden, wie der Entschlüsseler bei offenem Empfang. Für die beiden definierten Stand-by-Betriebsarten wurden über die Jahre bestimmte Reduzierungsziele für STBs-Set Top Boxes, Digitalkonverter, IRDs TV's mit integrierten Receiver Dekodern vereinbart.

Darüber hinaus wird eine Reihe sehr interessanter Vorschläge diskutiert wie ein Autostand-by, ein Heim-(Ablauf-) Powermanagement (HPMP) für die Kontrolle der Geräte untereinander oder ein Pflichtenheft für Großkunden wie Sozialämter, die letztlich den sinnlosen Leerlaufstrom bezahlen.



Die Arbeitsgruppe trifft sich in Ispra am Lago Maggiore

Impressum Nr. 2 · 2006

Die **Energiedepesche** erscheint einmal vierteljährlich.

Einzelheft:

4,00 Euro inkl. MwSt.,
Abo für 4 Hefte
inkl. Versandkosten: 18 Euro

Für Mitglieder ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Herausgeber:

Bund der Energieverbraucher e.V.,
Grabenstraße 17,
53619 Rheinbreitbach,
E-Mail:

redaktion@energiedepesche.de,

Tel.: 0 22 24 / 92 27-0,

Fax: 0 22 24 / 10 32 1,

www.energieverbraucher.de

Postgiro Köln, Kto 17573-508,
BLZ 370 100 50

Redaktion u.v.i.S.d.P.:

Aribert Peters

Redaktionsschluss:

20. Mai 2006

Mitarbeiter dieser Ausgabe:

Hans-Jürgen Bauer, Hans-Joachim Bruch, Matthias Kurth, Aribert Peters, Sebastian Petretschek, Tobias Reininghaus.

Die Beiträge liegen in der alleinigen Verantwortung der Autoren.

Layout:

DesignBüro Blümling, Köln,
E-Mail: mail@bluemlingdesign.de

Anzeigenleitung:

Erwin Bidder, Im Sand 56,
53619 Rheinbreitbach,
Tel.: 0 22 24 / 76 48 2,
E-Mail: Erwin.Bidder@t-online.de

Druck:

Krahe Druck GmbH, 53572 Unkel,
Tel.: 0 22 24 / 7 58 44
E-Mail: krahe@krahe-druck.de

Papier:

100% chlorfrei gebleicht,
ISSN 0933-8055,
Vertriebskz Z 2045 F



Nachdruck oder
Vervielfältigung,
auch auszugsweise, nur mit
ausdrücklicher Genehmigung
des Herausgebers.



Modultest

Mehr Licht als Schatten

Die Stiftung Warentest hat im Mai-Heft („test“ 5/2006, S. 66) Photovoltaik-Module und Wechselrichter getestet. Die meisten Module erbrachten im Test die versprochenen Leistungen. Bei Modellen von BP, Solarfabrik und Isofoton liegt der Mittelwert fünf geprüfter Module deutlich unter dem Nennwert. Suntechnics enttäuschte bezüglich der Haltbarkeit. Auch die beiden getesteten Dünnschichtmodule erhielten nur ein „Befriedigend“. Sie bieten auch preislich keine Vorteile, sondern sind im Gegenteil teurer als die anderen Module. Die besten Noten im Test erhielten die Module von Aleo Solar, Kyocera, Shell Solar und Sunways.

Der Ertrag pro Kilowatt Leistung wurde weder gemessen noch verglichen. Das ist auch im Labor nicht möglich und hängt unter anderem vom Wechselrichter und der Installation ab. Für einen Anlagenbetreiber ist dies jedoch neben dem Preis pro Kilowatt die allein entscheidende Größe: Wie viel Kilowattstunden erzeugt meine Anlage für jeden investierten Euro?



Gewaltig in Fahrt: Stiftung Warentest bestätigt Produktqualität von Photovoltaik

Von den ebenfalls getesteten Wechselrichtern schnitt der Branchenprimus Sunny Boy von SMA am Besten ab. Schlusslicht im Wechselrichtertest war der PT3000 von Aixcon (Mangelhaft). Hier stießen die Tester auf mehr Schwachpunkte als bei den Solarmodulen.

Übrigens: Wer vor drei Jahren 20.000 Euro nicht in eine Solaranlage sondern in die Aktien der Herstellerfirma Solar-

world investierte, hat inzwischen so viel Geld erwirtschaftet, dass es sowohl für die Solaranlage als auch für das dazu passende Einfamilienhaus reicht.

Vorsicht vor No-Name-Produkten mit unklarer Herkunft

Für eine Drei-Kilowatt-Anlage zahlt man laut Stiftung Warentest etwa 12.000 bis 17.000 Euro. Mit Wechsel-

richter und Montage kostet die Gesamtanlage mindestens annähernd 20.000 Euro. Pro Kilowatt Spitzenleistung produziert eine Solaranlage jährlich 700 bis 1.000 Kilowattstunden. Mit einer Drei-Kilowatt-Anlage lassen sich zum Beispiel bei 800 kWh/kW in 20 Jahren 48.000 Kilowattstunden ernten. Dafür zahlt das Versorgungsunternehmen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz 24.860 Euro. Mit der eigenen Anlage werden sich allenfalls Renditen von wenigen Prozent erzielen lassen.

Holen Sie auf jeden Fall mehrere Angebote von unterschiedlichen Installateuren ein, rät die Stiftung.

Wachstum

Solarwärme legt zu

2005 wurden in Deutschland 100.000 Solarwärmeanlagen neu installiert, 25 Prozent mehr als im Vorjahr, so der Bundesverband Solarwirtschaft (BSW). Insgesamt kamen 950.000 Quadratmeter Sonnenkollektoren und 665 Megawattstunden neu auf die Dächer. Die Solarwärmebranche erzielte 750 Millionen Euro Umsatz und bot insgesamt 12.500 Arbeitsplätze.

Fürs laufende Jahr erwartet die Branche ein Wachstum um 30 Prozent und erstmals eine Neuinstallation von mehr als einer Millionen Quadratmetern in einem Jahr. Bereits über zwei Millionen Bürger nutzen die Sonne zur Heizungsunterstützung oder Warmwasserbereitung. Die Bundesregierung fördert die Anlagen mit Zuschüssen im Marktanreizprogramm sowie mit zinsgünstigen Darlehen im KfW-Programm „Wohnraum modernisieren“.



...mit Sicherheit preiswert versorgt.

Die Alternative bei Bedarf von:

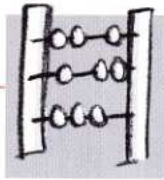
- Flüssiggas nach DIN 51622
- Flüssiggastanks
- Tankprüfungen
- Armaturen u. Zubehör

► ohne vertragliche Bindungen

Tafertinger Straße 15,
86368 Gersthofen

Tel. 0821/4530012, Fax 0821/4530013
www.fluessiggas-profi.de

Liefergebiet: Bayern



Zähler als Energiesparhelfer

Niemand käme auf die Idee, eine Telefonrechnung für ein ganzes Jahr zu erwarten. Bei Strom- und Gas, für viele Menschen viel teurer als die Telefonkosten, kennt man dagegen in Deutschland bisher nur Jahresabrechnungen.

Früher war telefonieren wesentlich teurer und Energie wesentlich billiger als heute. Damals war auch das Ablesen von Zählern und das Erstellen einer Abrechnung wesentlich aufwändiger als heute. Was einst seinen guten Grund hatte, das ist heute nicht mehr akzeptabel und zeitgemäß.

Feedback prägt das Verhalten

Um ein Bewusstsein für den eigenen Energieverbrauch zu bekommen, müssen wir wissen, wie viel Energie wir gerade verbrauchen, wie viel wir gestern verbraucht haben und im Monat zuvor.

Wie hoch war der Spitzenverbrauch?

Eine Messung kann diese Informationen liefern, wenn sie

- genau ist,
- sofort zur Verfügung steht,
- das eigene Verhalten abbildet,
- einen Vergleich mit zurückliegenden Zeiträumen erlaubt,
- den Verbrauch sichtbar macht,
- die Auswirkungen von Verhaltensänderungen zeigt.

Empirisch lässt sich eine klare Beziehung belegen: Haushalte, die sich energieeffizient verhalten, informieren sich besser und kennen auch ihren eigenen Verbrauch.

Zehn Prozent Einsparung

Wer heutzutage seinen Energieverbrauch ohne großen technischen Aufwand im Blick behält, verbraucht in der Regel zehn Prozent weniger. Das haben zahlreiche sozialwissenschaftliche empirische Studien in Großbritannien ergeben (vgl. Sarah Darby, www.eci.ox.ac.uk).

Eine häufigere Zählerablesung wäre zwar neu in Deutschland. Jedoch gibt es in Europa damit bereits Erfahrungen:

- In Schweden ist die monatliche Ablesung von Stromzählern ab 2009 gesetzlich vorgeschrieben. Bis 2020 will Schweden vom Import fossiler Energieträger unabhängig sein.

Die Stunde der Abrechnung naht

Strom- und Gasabrechnungen können in vielen Punkten falsch sein. Leider ist dies immer häufiger der Fall, so dass es sich empfiehlt, immer erst folgende Punkte zu überprüfen:

1. Stimmen alle Angaben zum Kunden und zum Lieferanten?
2. Stimmen die abgerechneten Zählerstände mit den tatsächlichen Zählerständen überein?
3. Wurden alle Werte richtig in die Abrechnung übertragen?
4. Arbeitet der Zähler korrekt?
5. Bei Gasrechnungen: Stimmt die Umrechnung von Kubikmeter in Kilowattstunden?
6. Bei Gasrechnungen: Stimmt der verwendete Brennwert?
7. Wurde der richtige Tarif berechnet?
8. Ist der angesetzte Energiepreis berechtigt, entspricht er der Billigkeit?
9. Wurden im Fall einer Tarifierhöhung die Zwischenzählerstände richtig geschätzt?
10. Wurden bereits geleistete Abschlagszahlungen korrekt verrechnet?

11. Wurden künftige Abschlagszahlungen richtig berechnet?

Erst wenn alle diese Fragen überzeugend mit „Ja“ beantwortet werden können, dann sollte man die Rechnung begleichen.

Zwei Prozent falsche Abrechnungen

Die Versorger sparen am Personal. Deshalb gibt es bei Rückfragen oft keine qualifizierte Auskunft. Die Abrechnungsprogramme sind meist schlecht und unübersichtlich. So kommt es immer wieder zu Bedienungsfehlern und falschen Abrechnungen. Versorger räumen intern ein, dass etwa zwei Prozent aller Abrechnungen falsch sind. Die tatsächliche Quote dürfte jedoch weit höher liegen. Allzu viele Verbraucher zahlen deshalb falsche und überhöhte Abrechnungen, weil ihnen eine Kontrolle nicht möglich ist oder weil sie sich mit ihren berechtigten Einwänden gegen das Versorgungsunternehmen nicht durchsetzen können.

- Norwegen diskutiert die Übernahme der schwedischen Regelung.
- In Italien sind bereits 23 Millionen intelligente Stromzähler installiert. Täglich werden es 40.000 Zählern mehr. Der Zählerersatz macht sich in weniger als fünf Jahren bezahlt. Die Umstellung kostet zwar 2,1 Milliarden Euro, spart aber 500 Millionen Euro jährlich. Italien hat die europaweit höchsten Strompreise.
- In Großbritannien laufen unterschiedliche Feldtests mit intelligenten Strom- und Gaszählern.

Falsche Zählerstände

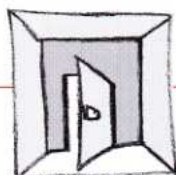
Die ständige Überwachung von Strom- und Gaszählern erlaubt einen Abgleich mit den Durchschnittswerten. Bei unge-

wöhnlich hohem Verbrauch werden der Kunde und der Versorger sofort alarmiert, um die Ursachen aufzuspüren. Denn viele Kunden wundern sich über Verbräuche,

Die intelligenten Stromzähler haben folgende Vorteile:

- Genauere Abrechnung
- Energieeinsparungen
- Geringere Kosten
- Verhinderung von Missbrauch und Energiediebstahl

die mehrfach über den Vorjahreszahlen liegen. Die Ursachen dafür lassen sich oft im Nachhinein nicht mehr aufklären. Ein intelligenter Zähler verhindert solche unangenehmen Überraschungen. ■



Büro München eröffnet

Am 24. April 2006 eröffnete das Büro München/Landesgeschäftsstelle Bayern des Bundes der Energieverbraucher seine Pforten. Mitglieder erhalten dort Unterstützung beim Kampf für gerechte Energiepreise.

Anschrift: Nymphenburger Str. 147, 80634 München
Tel: (089)12 02 70 80
E-Mail: muenchen@energieverbraucher.de
www.energieverbraucher.de/seite1791.html

Montag bis Freitag: 10.⁰⁰ bis 13.⁰⁰
Donnerstag: 16.⁰⁰ bis 20.⁰⁰



Pressekonferenz zu Eröffnung des Büro München: Axel Berg (MdB, SPD, München), Dr. Aribert Peters, Marian Offman (Stadt- rat, CSU), Prof. Thorsten Kingreen (Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Universität Regensburg)

Mitgliederzustrom reißt nicht ab

Die positive Mitgliederentwicklung hält an. Seit Jahresanfang verzeichnet der Bund der Energieverbraucher 1.200 Neumitglieder. Das sind viermal mehr als im Jahr 2004. Die Mitgliederzahl ist in diesem kurzen Zeitraum um zwölf Prozent gewachsen.

**Dank an alle, die dabei mit-
geholpen haben. Dies ist ein ganz
gewaltiger Erfolg.**

Regionalgruppen des Vereins

Name	Straße	PLZ	Ort	Telefon
Otto Neels	Ernst-Toller-Str. 24	01257	Dresden	0351 - 28 15 74 9
Gunhild Duske	Steinstr. 6	23552	Lübeck	0451 - 74 32 7
Gerd Marxen	Sachsenstr. 83	26121	Oldenburg	0441 - 86 86 8
Reinhard Bauer	Zeisigstr. 22	26802	Moormerland	04954 - 59 55
Joachim Weihrauch	Haßkamp 24	27572	Bremerhaven	0471 - 97 12 19 6
Christian Guhl	Harlinger Str. 6	29456	Hitzacker	05862 - 80 19
Claus Martin Richter	Kaiser-Friedrich-Promenade 35	61348	Bad Homburg	06172 - 22 66 6
Karl-Heinz Schreiber	Schöne Aussicht 24	63571	Gelnhausen	06051 - 14 17 8
Ulrich Autenrieth	Hirschpfad 3	63801	Kleinostheim	06027 - 86 38
Hans-Dieter Scherer-Gerbis	Im Flachland 3	65474	Bischofsheim	06144 - 62 63
Karl-Heinz Ebert	Hirschweg 20	97816	Lohr a. M.	09352 - 15 42

Delegiertenwahl

Im November 2006 findet wieder die Hauptversammlung des Bundes der Energieverbraucher statt. Nach der Satzung des Vereins sind ab einer Mitgliederzahl von 500 für die Hauptversammlung Delegierte zu wählen.

Gewählt werden können nur die unten aufgeführten fristgerecht als Delegierte vorgeschlagenen Mitglieder des Vereins. Gewählt sind die Kandidaten, die die meisten Stimmen auf sich vereinen. Da 50 Delegierte gewählt werden können, jedoch weniger als 50 Mitglieder vorgeschlagen wurden, reicht bereits eine einzige Stimme aus, um als Delegierter gewählt zu werden.

Alle ordentlichen Mitglieder des Bundes der Energieverbraucher sind berechtigt, aus den untenstehenden Vorschlägen zehn Delegierte durch Ankreuzen zu wählen.

Mitgliederliste

Im Internet kann man sich die Mitglieder des Vereins anzeigen lassen, die in der Nähe wohnen. Man muss dazu seinen eigenen Namen und Adresse eingeben. Das System sucht nach einem geografischen Suchalgorithmus.

Voraussetzung ist, dass die Betroffenen zugestimmt haben, dass ihre Daten veröffentlicht werden. Die Listen werden etwa alle vier bis acht Wochen aktualisiert. **1538***

Stimmzettel für Delegiertenwahl

Wahlvorschläge für die Delegierten zur Hauptversammlung 2006 (bitte höchstens zehn Kandidaten ankreuzen).

- ☐ Ulrich Autenrieth, Kleinostheim
- ☐ Jens Bardenhagen, Kaltenkirchen
- ☐ Reinhard Bauer, Mormeland
- ☐ Erwin Bidder, Rheinbreitbach
- ☐ Annette Braun, Bonn
- ☐ Dr. Walter Ebner, Altshausen
- ☐ Oliver Eschenfeld, Bonn
- ☐ Holger Fehsenfeld, Berlin
- ☐ Bernhard Gaberle, Tübingen
- ☐ Monika Gottwald, Gummersbach

- ☐ Theo Graff, Dillingen
- ☐ Birgit Hahn, Essen
- ☐ Jan Iversen, Bad Honnef
- ☐ Dr. Klaus Höfle, Giengen
- ☐ Berndt Kratisch, Prien
- ☐ Klaus Michael, Detmold
- ☐ Fritz Mückenhaupt, Bietigheim
- ☐ Ingo Ostrowski, Bad Honnef
- ☐ Dr. Aribert Peters, Rheinbreitbach
- ☐ Friedrich Rosenschon, Bad Hersfeld
- ☐ Oliver Stens, Ingelheim
- ☐ Wolfgang Suttor, Mengkofen
- ☐ Christel Weidig, Dessau

Name _____

Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Datum _____

Unterschrift _____

Die Stimmzettel müssen bis spätestens 15. Juli 2006 (Datum des Poststempels) eingesendet werden an:
Bund der Energieverbraucher e.V.,
Grabenstr. 17, 53619 Rheinbreitach



**ACHTUNG
NEU!!!**

Energietelefon

Alle Mitglieder können sich in Energiefragen telefonisch von Experten beraten lassen:

Allgemeine Energiefragen, Heizung, Dämmung

Mo. 20.00 - 21.00 040/39 02 93 9 Michael Hell

Hausgeräte, Energiesparlampen, Passivhäuser

Mo. 19.00 - 21.00 05231/39 07 47 Klaus Michael

Schornsteinfragen

Fr. 09.00 - 10.00 0681/97 64 91 0 Hans-Joachim Ternig

Flüssiggas - Technische Fragen

Do. 20.00 - 21.00 026 44/808 174 (nur für Mitglieder)

Rechtsberatung – direkt vom zugelassenen Anwalt

Tgl. 08.00 - 20.00 0900/1867 800 702 1,99 Euro/Min.

Flüssiggas-Anwaltshotline

Mo 10.00 - 12.00 0900/123 33 80 1,86 Euro/Min.

Di - Fr 16.00 - 18.00

Umzug: meine neue Adresse

Zeitschriftensendungen werden selbst bei Nachsendeantrag von der Post nicht weitergeschickt!

Name

Straße

Plz, Ort

Telefon

Meine neue Bankverbindung lautet:

Konto

BLZ

Kreditinstitut

Informationsgutschein

Bitte schicken Sie mir Informationen über:

(Bitte 2,90 Euro Rückporto beilegen, bei Mehrfachnennung fünf Euro)

- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Bund der Energieverbraucher e.V. | <input type="checkbox"/> EnWG (fünf Euro) |
| <input type="checkbox"/> Preis-Protest | <input type="checkbox"/> Schönauer Energiespartipps |
| <input type="checkbox"/> Flüssiggas | <input type="checkbox"/> EnergieEinsparverordnung (sieben Euro) |
| <input type="checkbox"/> Vor-Ort-Beratung | <input type="checkbox"/> Liste sparsamer Hausgeräte |
| <input type="checkbox"/> BHKW-Infos | <input type="checkbox"/> Liste sparsamer Büro- und Fernsehgeräte |
| <input type="checkbox"/> Fördermittelübersicht | |

Von Stiftung Warentest empfohlen



Abenteuer Energieeinsparen

DVD oder VHS

19,90 Euro

(für Vereinsmitglieder 15 Euro)
zuzüglich drei Euro Versandkosten

So helfen wir Ihnen

Strom

Prüfung Ihrer Jahresabrechnung

Ist Ihre Jahresabrechnung rechnerisch korrekt? Wir rechnen genau nach. Zählerstände und Höhe der Preise werden nicht geprüft. Senden Sie uns Ihre Jahresabrechnung und teilen Sie uns mit, welche Abschlagszahlungen Sie geleistet haben. Für Mitglieder 10 Euro, für Nichtmitglieder 20 Euro.

Wer kann Sie günstig mit Strom versorgen?

Wir sagen Ihnen, welcher Anbieter für Sie in Frage kommt. Senden Sie uns Ihre letzte Stromrechnung oder sagen Sie uns, wie viel Strom (Kilowattstunden) Sie im letzten Jahr verbraucht haben. Für Mitglieder einmal jährlich kostenlos, für Nichtmitglieder 10 Euro.

Erdgas

Verbrauchsdiagramm

Wollen Sie wissen, ob Sie am Ende nachzahlen müssen oder etwas zurück bekommen? Dann senden Sie uns Ihre letzte Gasrechnung. Wir berechnen Ihnen daraus den voraussichtlichen Gasverbrauch für jeden Zeitpunkt des laufenden Jahres. Für Mitglieder 10 Euro, für Nichtmitglieder 20 Euro.

Prüfung Ihrer Jahresabrechnung

Ist Ihre Jahresabrechnung rechnerisch korrekt? Wir rechnen genau nach. Zählerstände und Höhe der Preise werden nicht geprüft. Senden Sie uns Ihre aktuelle Abrechnung, die vorletzte Abrechnung (bei Abschlagsberechnungen) und die Abrechnung aus der die akzeptierten Preise hervorgehen. Für Mitglieder 10 Euro, für Nichtmitglieder 20 Euro.

Flüssiggas

Wollen Sie aus Ihrem Flüssiggasvertrag heraus?

Unser Rechtsanwalt prüft Ihren Vertrag. Schicken Sie uns eine Kopie Ihres Liefervertrags und eine eidesstattliche Versicherung, dass die lange Laufzeit nicht auf Ihren Wunsch zustande gekommen ist – Muster im Infopakett Flüssiggas, bei uns anfordern oder unter energieverbraucher.de, Seite 333. Für Mitglieder 25 Euro, für Nichtmitglieder 50 Euro.

Preisklausel ungültig?

Unser Rechtsanwalt prüft Ihre Preisgleitklausel. Schicken Sie uns eine Kopie Ihres Liefervertrags. Für Mitglieder 50 Euro, für Nichtmitglieder 100 Euro.

Heizkostenabrechnung

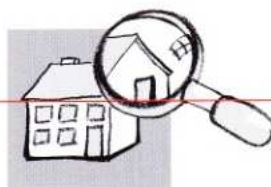
Ist Ihre Abrechnung richtig?

Unser Gutachten sagt es Ihnen. Schicken Sie uns die Heizkostenabrechnung Ihres Vermieters, Größe der Wohnung/Haus in Quadratmetern, möglichst Tarifinformationen Ihres Gas-/Fernwärmeversorgers. Für Mitglieder kostenfrei, für Nichtmitglieder 50 Euro.

Solarstrom-Einspeiseverträge

Werden Ihre Interessen als Solarstrom-Erzeuger im Einspeisevertrag fair berücksichtigt? Wir lassen Ihren Vertrag von einer Rechtsanwältin überprüfen. Schicken Sie uns den Einspeisevertrag. Nur für Mitglieder – eine Prüfung jährlich kostenfrei.

Einsenden an: Bund der Energieverbraucher e.V., Grabenstr. 17, 53619 Rheinbreitbach, Fax 02 22 4 - 10 32 1
service@energieverbraucher.de · www.energieverbraucher.de



Vor-Ort-Beratung

Die Bundesregierung fördert seit Juli 1998 die ausführliche Energie-diagnose von Wohngebäuden, die vor 1984 gebaut wurden. Der Förderzuschuss beträgt für Ein- und Zweifamilienhäuser 300 Euro. Darüber hinaus gehende Kosten, mindestens 222 Euro, trägt der Eigentümer. Die Diagnose deckt erfahrungsgemäß Einsparmöglichkeiten von mehreren hundert Euro auf, die bisher ungenutzt blieben.

Die folgende Liste führt Berater auf, die eine Vor-Ort-Beratung durchführen.

Nähere Informationen erhalten Sie gegen Einsendung von 2,50 Euro in Briefmarken.

- Die Liste soll Rat suchenden Verbrauchern bei der Suche nach geeigneten Energie-Beratungsingenieuren helfen.
- Ohne Anspruch auf Vollständigkeit.
- Ohne Gewährleistung durch den Bund der Energieverbraucher.
- Wird vierteljährlich aktualisiert.
- Alle Berater der Liste sind Mitglied im Bund der Energieverbraucher.
- Probleme bitte dem Bund der Energieverbraucher mitteilen.
- Vergleichen Sie die Beratungskosten verschiedener Berater, da es große Unterschiede gibt.
- Alle Berater beantworten einfache Fragen von Mitgliedern kostenlos.
- Das RKW, Düsseldorf Str. 40, 65760 Eschborn, Fax: 061 96 495 394, e-mail: tech@rkw.de, versendet kostenlos regionale Beraterlisten.
- Eine bundesweite Liste mit Beratern gibt es im Internet unter www.rkw.de/eb1-vorw.htm oder unter www.bafa.de

Leitzone 10000 • 10178 Berlin SDU Architekten, Franco Dubbers, Planung, Bauleitung, Gebäude-Energieberatung, Rosenthaler Str. 51, Tel.: 030/28099390 • 10829 Berlin (Schöneberg) AZIMUT, Andreas Heinrichs, Hohenfriedbergstr. 27, Tel.: 030/7877460 • 14163 Berlin Ing.-Büro für Energieberatung, Dipl.-Ing. Peter Fedkenhauer, Eschershauser Weg 25 e, Tel.: 030/84721161 • 14195 Berlin GMW Ing.-Büro, Dipl.-Ing. Harald Richter, Ladenberg Str. 20, Tel.: 030/841767-0 • 19069 Lübstorf Rudi Peters, Am Hegehof 6 A, Tel.: 03867/530184

Leitzone 20000 • 20259 Hamburg Thomas Nickel, Energieberatung, Fachingenieure Hochbau, Architektur, Bausanierung, Henriettenstr. 42, Tel.: 040/497645 • 21335 Lüneburg-Häcklingen Dipl.-Ing. Gerson Naunin, Ingenieurbüro für Bauwesen, Langenstücken 22, Tel.: 04131/401032 • 22145 Braak/Hamburg Ingenieurbüro für Energieberatung und Management, Andrea Wahl-Waldmann, Achterhoff 27, Tel.: 040/67589180 • 22147 Hamburg spar-Watt, Nienhagener Str. 168, 040/6047877 • 22339 Hamburg Ökoplan, B. Schwarzfeld, Hummelsbütteler Weg 36, Tel.: 040/5394143 • 22765 Hamburg H-M. Hell, Behring Str. 23, Tel.: 040/3902939 • 24306 Plön Architekt Rainer Marcus Birkner, Knivsberggring 49, Tel.: 04522/593722 • 24629 Kisdorf/ Kisdorfer Wohld Dipl.-Ing. Carsten Heidrich, EnergieSystem, Ing.-Büro für Gebäudetechnik, Segeberger Str. 71a, Tel.: 04194/9881883 • 25337 Elmshorn Dipl.-Ing. Max-Peter Hell, Effiziente Energie, Hans-Böckler-Str. 13, Tel.: 04121/450852 • 26316 Varel TARA Ing.-Büro, Susanne Korhammer, Lange Str. 6, Tel.: 04451/81331 • 26382 Wilhelmshaven IBP Bauplan Ing. ges. mbH, André Mantay, Ebertstr. 110, Tel.: 04421/926411 • 27283 Verden/Aller Dipl.-Ing. Ralf Spleet, Ing.-Büro für Haustechnik, Rosenweg 19, Tel.: 04231/930301

Leitzone 30000 • 30161 Hannover Eva Ibrügger, Büro Planen mit Energie, Gretchenstr. 31, Tel.: 0511/1623175 • 30952 Ronnenberg Energieberatung Lau & Partner, Andreas Lau, Schilfweg 24, Tel.: 0511/435350 • 31061 Alfeld Dipl.-Ing. Hans-Dieter Efkes (VDI), Eimser Weg 7, Tel.: 05181/280068 • 31863 Coppenbrügge Dipl.-Ing. Architekt Boris Schwitalski, Steinweg 8, Tel.: 05156/785252 • 35614 Asslar Matthias Muchel, Loher Str. 6, Tel.: 06441/679030 • 35686 Dillenburg Dietermann Energieberatung, Ing.-Büro f. Gebäudeanalyse u. Thermografie, Kellersgraben 2, Tel.: 02771/850486 • 38104 Braunschweig Friese & Röver, Ökologische Haustechnik, Thomas Röver, Alte Dorfstr. 15, Tel.: 0531/7012480 • 38518 Gifhorn Hartwig Höfers, Ringstr. 31, Tel.: 05371/53440

Leitzone 40000 • 46244 Bottrop Ecoteam GmbH, Auf der Kämpfe 8, Tel.:

02045/412880 • 47877 Willich Dipl.-Ing. Rainer Schneider, Jupiterstr. 36, Tel.: 02154/205203 • 49124 Georgsmarienhütte Energieberatung Seeber, Dipl.-Ing. Dietmar Seeber, Falkenstr. 6, Tel.: 05401/363637 • 49143 Bissendorf Dipl.-Ing. Chr. Seebold, Architektur + Umwelt, Neue Str. 6, Tel.: 05402/984185

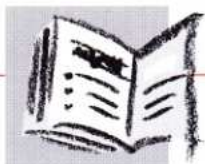
Leitzone 50000 • 50170 Kerpen Die Energieexperten, Dipl.-Ing. Detlef Breuer, Golzheimer Str. 21, Tel.: 02275/919512 oder Handy: 0160/94958570 • 51069 Köln Ing.-Büro Wagner, Dipl.-Ing. Lothar Wagner, Schilfweg 2a, Tel.: 0221/6809774 • 51702 Bergneustadt NWE Ingenieurbüro für Energietechnik, Kölner Str. 178, Tel.: 02261/949464 • 53225 Bonn Pro Tellus, Hans-Jürgen Kalb, Neustr. 116, Tel.: 0228/464219 • 53489 Sinzig-Westum Ingenieurbüro für Energie/Wärme/ Bauphysik, Dipl.-Ing. (FH) Holger Schomer, unabhängiger Energieberater, Krechelheimer Str. 16, Tel.: 02642/9046-60 • 53567 Asbach Ingenieurbüro Jüngling, Müllerstr. 10, Tel.: 02683/949232 • 53721 Siegburg Dipl.-Ing. Thomas Zwingmann, Gartenstr. 27, Tel.: 02241/258420 • 54516 Wittlich ANDRE Konzepte, Büro für Energieberatung, Dipl.-Ing. Bernhard Andre, Eifelstr. 23, Tel.: 06571/954622 • 55545 Bad Kreuznach Ing.-Büro Rainer Winkels, Bretzenheimer Str. 19, Tel.: 0671/44002 • 56070 Koblenz Dipl.-Ing. Christfried Hausdorf, Kaiser-Otto-Str. 13, Tel.: 0261/9835998 • 56477 Rennerod NWE Ingenieurbüro für Energietechnik, Alter Bahnhof, Tel.: 02664/99789-10 • 57537 Mittelhof Hermann-Josef Schmidt, Kirchweg 1, Tel.: 02742/4788 • 57572 Niederfischbach Dipl.-Ing. Matthias Simon, Eicherweg 5, Tel.: 02734/ 571557 • 59073 Hamm Dipl.-Ing. R. + D. Sarkander, An der Heckenrose 7, Tel.: 02381/61821 • 59457 Werl Marc Fliesenberger, Energieberatung – Modernisierungsplanung, Walburgisstr. 11, Tel.: 0172/2316671

Leitzone 60000 • 63924 Kleinherbach ADS-Architekturbüro, Dipl.-Ing. Jürgen Kubitz, Im Schloßpark 6, Tel.: 09371/97950 • 65510 Idstein NWE Ingenieurbüro für Energietechnik, Black & Decker Str. 28, Tel.: 06126/9577-60 • 65527 Niederrhausen Dipl.-Ing. Uwe Kaska, Bertholt-Brecht-Str. 7, Tel.: 06127/993870 • 65599 Dornburg Harald Mohr, Akazienweg 7, Tel.: 06436/2357 • 66280 Sulzbach Energieberatung Wünsch, Schlachthofstr. 11a, Tel.: 06897/ 7789317 • 67146 Deidesheim Dipl.-Ing. Wolfgang Müller (TH), Ingenieurbüro Solartechnik und Energieberatung, Kirschgartenstr. 13, Tel.: 06326/962996 • 67454 Haßloch Dipl.-Ing. Christina Fraude, Gebäude-Energieberaterin, Neumühle, Tel.: 06324/ 925883 • 67677 Enkenbach Ing.-Büro für energieeffiziente Gebäude, Dipl.-Ing. Peter Schaumlöffel, Auf dem Hahn 8, Tel.: 06303/800999 oder 800980

Leitzone 70000 • 70193 Stuttgart Energiebüro Fröhner, Gaußstr. 39, Tel.: 0711/6363585 • 72074 Tübingen SDU Architekten, Sigel Dubbers Unger, Planung, Bauleitung, Gebäude-Energieberatung, Eichhaldenstr. 33, Tel.: 07071/ 8884118 • 74523 Schwäbisch-Hall Dipl.-Ing. Gerhard Wiederholl, Bretzinger Steige 11, Tel.: 0791/41240 • 76189 Karlsruhe Martin Lazar, freier Architekt-Energieberatung, Salmenstr. 22, Tel.: 0721/377896 • 76227 Karlsruhe Hinrich Reyelts, Dipl.-Ing. Architekt, Sträßlerweg 117, Tel.: 0721/9415868 • 78120 Furthwangen Ingenieurbüro A. Schwarz, Vogt-Dufner-Str. 29, Tel.: 07723/7040 • 78224 Singen Ing.-Büro Rainer Behn, Görresstr. 20, Tel.: 07731/94033 • 79541 Lörrach Delzer-Kybernetik GmbH, Tüllinger Str. 90, Tel.: 07621/95770

Leitzone 80000 • 80639 München Dipl.-Ing. M. Eng. Hans Jürgen Ulrich, Bauingenieur- und Sachverständigenbüro, Kriemhildenstr. 38, Tel.: 089/17117426 • 81375 München Ingenieurbüro Wolfgang Bauer, Energieberatung, Batzerstr. 8, Tel.: 089/74009977 • 82229 Seefeld Dipl.-Ing. W. Klöckner, Ing.-Büro, An den Meisterwiesen 3, Tel.: 08152/7113 • 84152 Mengkofen W. Suttor, Steinbach 2, Tel.: 08774/1342 • 85598 Baldham INVESTIMO GmbH, Bauing. Wolfgang Huber, Heubergstr. 3, Tel.: 08106/997444 • 86152 Augsburg Planungs-büro Strobel VDI für Haustechnik + Bauphysik, Klinkertorplatz 1, Tel.: 0821/452312 • 86159 Augsburg H.D. Pluszynski, Reisinger Str. 23, Tel.: 0821/576177 • 89520 Heidenheim Karl Reyher, Knapfental 36, Tel.: 07321/64569

Leitzone 90000 • 91504 Ansbach IGA, Ing. Gesellschaft Ansbach, Rothenburger Str. 48, Tel.: 0981/4880060 • 92224 Amberg Planungs- und Ingenieurbüro, Dipl.-Ing. Josef Simon, Untere Angerstr. 6, Tel.: 09621/673932 • 95119 Naila Energie-Spar-Beratung Wenzel, Stengelstr. 13, Tel.: 0175/8011884 • 95447 Bayreuth Dr. Michael Schmitt, Energient AG, Ludwig-Thoma-Str. 36a, Tel.: 0921/ 50708450 • 96450 Coburg GEKO Gebäude- und Energiekonzepte, Dipl.-Ing. Jörg Wicklein, Am Schießstand 42 B, Tel.: 09561/90290 • 96479 Weiramsdorf GEKO-Energieberatung, Dipl.-Ing. (FH) Martin Pfränger, Gersbach 3, Tel.: 09561/ 420644 • 97225 Zelligen H. Endrich, Billingshäuser Str. 51, Tel.: 09364/9319 • 97877 Wertheim Pro Therm, Dipl.-Phys. Dr. Armin Schwab, Bildweg 9, Tel.: 09342/23469



Staatliche Zuschüsse für Energiesparen und Erneuerbare: Übersicht

(genaue Förderbedingungen beachten, ohne Gewähr)

	Zuschuss	Stromabnahme
Dämmung	Für Naturdämmstoffe: 25 bis 35 Euro pro m ³	
Fenstererneuerung	nein	
Heizungserneuerung	nein	
Pellet/Holzheizung	1.700 Euro*	
Sonnenwärme	135 Euro/m ² Heizungsunterstützung, 105 Euro/m ² Warmwasseranlage	
Sonnenstrom	nein	51,80 Cent pro kWh
Blockheizkraftwerk	nein	5,11 Cent pro kWh

KfW-Darlehen

gilt für alle Maßnahmen,
über Hausbank beantragbar

CO₂-Gebäudesanierungsprogramm

- Gebäude vor 1983
- 2,32 Prozent effektiv
- 10 Prozent Schulderrlass bei umfangreichen Maßnahmen

Wohnraum modernisieren

- bis 3,03 Prozent effektiv

Ökologisches Bauen

- bis 2,73 Prozent effektiv

Solarstrom erzeugen

- 4,51 Prozent effektiv

Zusätzliche Förderung gibt es oft auf Landesebene, von Kreisen, Gemeinden oder Versorgungsunternehmen.

Bitte nutzen Sie auch die Fördermittelrechner im Internet:

www.energieverbraucher.de/seite982.html

* zzgl. 1.500 Euro Landesförderung in NRW (Forstämter)

Veranstaltungen

Intersolar 2006

Solar Promotion
22.06.2006 bis 24.06.2006
Freiburg: Internationale Messe
zu Photovoltaik,
Solarthermie
und Solares Bauen.

Efficiency 2006

Messe Stuttgart
22.06.2006 bis 23.06.2006
Stuttgart: Fachkongress mit
begleitender Ausstellung für
energieeffiziente Gebäude.

Der Energiepass für Wohngebäude

Zentrum für Umweltbewusstes
Bauen e.V.
27.06.2006
Kassel: Grundlagen für die Erstellung
effiziente von Energiepässen für
Wohngebäude.

EuroSun 2006

The Solar Energy Society (UK-ISES)
27.06.2006 bis 29.06.2006
Glasgow, Internationale
Fachmesse zur Solarenergie.

25 Jahre energie + umweltzentrum

Energie- und Umweltzentrum
am Deister
21.07.2006 bis 22.07.2006
Springe: 25. Jahre Energie- und
Umweltzentrum am Deister.

World Renewable Energy Congress IX & Exhibition

19.08.2006 bis 25.08.2006
Florenz, Italien:
World Renewable Energy
Congress IX & Exhibition.

Literatur

Der Deutschland Clan

Das skrupellose Netzwerk aus
Politikern, Top-Managern und Justiz
Jürgen Roth
Eichborn Verlag 2006,
ISBN 3-8218-5613-0,
19,90 Euro.

Die Energiefalle

Wolfgang Gründinger
Verlag C. H. Beck,
ISBN 340 6540988,
12,90 Euro

RÜDIGER LIEDTKE

**DAS
ENERGIE
KARTELL**
DAS
LUKRATIVE GESCHÄFT
MIT STROM,
GAS UND WASSER

Eichborn

Das Energiekartell

Das lukrative Geschäft
mit Strom,
Gas und Wasser
Rüdiger Liedtke
Eichborn Verlag 2006,
ISBN 3-8218-5630-0,
19,90 Euro

Der Verein für gerechte Energiepreise!



Der Bund der Energieverbraucher kämpft für eine umwelt- und verbraucherfreundliche Energiezukunft.

Zu den Gründungsmitgliedern und Förderern zählen: Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker, Prof. Kurt Biedenkopf und Dr. Hermann Scheer.

Hinter dem Verein steht die starke Gemeinschaft von über 10.000 Mitgliedern.

Rufen Sie an und werden Sie Mitglied!

Hotline 0800-2333-800

www.energieverbraucher.de

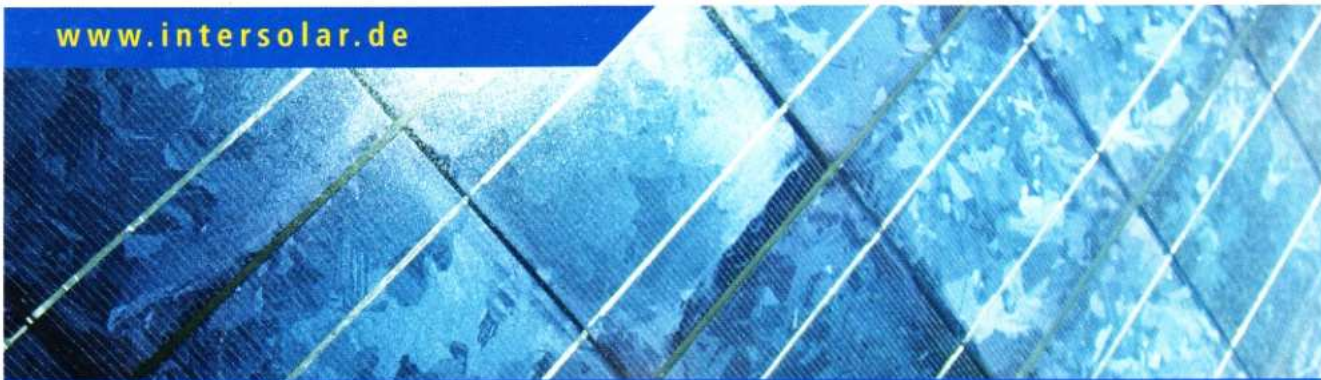
Jedes neue Mitglied stärkt den Verein und seinen Einfluss



**bund der
energie
verbraucher**

Grabenstr. 17 · 53619 Rheinbreitbach · Tel. 02224.92 27 0 · Fax 02224.10 321 · info@energieverbraucher.de · energieverbraucher.de

www.intersolar.de



**Europas größte
Fachmesse für
Solartechnik
Freiburg i. Br.**

22.-24. Juni 2006

**inter
solar 2006**

INFO: Tel+49 (0)72 31 / 5 85 98-0

info@intersolar.de · www.intersolar.de